



THESys Discussion Paper No. 2019-1

Maßnahmen zur nachhaltigen Ernährung in öffentlichen Kantinen zwischen Bevormundung und Mündigkeit

Samyra Hachmann, Martha Frittrang, Antonia Sladek, Nick Küspert,
Konstanze Möller, Marla Kaupmann, Sebastian Pukrop



IRI THESys - Integrative Research Institute on
Transformations of Human-Environment Systems
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Tel: +49 30 2093-66336
Fax: +49 30 2093-66335
Web: www.iri-thesys.org

THESys Discussion Papers
ISSN 2566-7661 (Print)
ISSN 2566-5561 (Online)

Kontakt:
Nora Milena Vehling (IRI THESys)
vehlinno@hu-berlin.de

Leitende Redakteure:
Dr. Bettina König (IRI THESys)
Sebastian van der Linden (IRI THESys / Universität Greifswald)

Chefredakteur:
Jonas Østergaard Nielsen (IRI THESys)
jonas.ostergaard.nielsen@hu-berlin.de

Diese Veröffentlichung darf ganz oder teilweise und in beliebiger Form für pädagogische oder gemeinnützige Zwecke ohne besondere Genehmigung des/der Urheberrechtsinhaber(s) unter Angabe der Quelle vervielfältigt werden. Diese Publikation darf ohne schriftliche Genehmigung des/der Urheberrechtsinhaber(s) nicht für den Weiterverkauf oder andere kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Zitierhinweis:
Hachmann, S.; Frittrang, M.; Sladek, A.; Küspert, N.; Möller, K.; Kaupmann, M.; Pukrop, S. 2019: Maßnahmen zur nachhaltigen Ernährung in öffentlichen Kantinen zwischen Bevormundung und Mündigkeit. THESys Discussion Paper No. 2019-1. Humboldt-Universität zu Berlin, Deutschland. edoc.hu-berlin.de/series/thesysdiscpapers

Titelbild: www.unsplash.com, 2019

Copyright © November 2019 durch die AutorenInnen und IRI THESys

Druck: HU Druckerei, Dorotheenstraße 26, 10117 Berlin

Vorwort und Danksagung

Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis eines interdisziplinären studentischen Forschungsprojektes der Deutschlandstipendium-Themenklasse *Nachhaltigkeit & Globale Gerechtigkeit* am Integrativen Forschungsinstitut zu Transformationen von Mensch-Umwelt-Systemen (IRI THESys) der Humboldt Universität zu Berlin. Er wurde von Bachelor- und Masterstudierenden der Studiengänge Geographie, Philosophie, Rechtswissenschaft, Europäische Ethnologie sowie Integrated Natural Resource Management verfasst und stellt ihre einjährige Forschungsarbeit zum Thema nachhaltige Ernährung im Universitätsalltag vor.

Als interdisziplinäres Lehrenden-Team bzw. sogenannte „Paten“ durften wir mit Unterstützung von Promovierenden des IRI THESys aus der Geographie und Philosophie die Arbeit der Stipendiat*innengruppe im Sinne des interdisziplinären, forschenden Lernens begleiten. Die Zusammenarbeit der Studierenden war geprägt von hoher inhaltlicher Qualität. Der Gruppe ist es gelungen, außerordentlich konstruktiv und wertschätzend mit den unterschiedlichen Perspektiven und methodischen Zugängen aller Beteiligten umzugehen, den gemeinsamen Untersuchungsgegenstand zu konzeptionalisieren und die Fragen zu einer nachhaltigen Ernährung im Universitätsalltag zu verorten. Im vorliegenden Bericht haben die Studierenden ihre Beiträge ausgewogen und konsistent zueinander in Beziehung gesetzt. Ihre zuverlässige und konstruktive Arbeitsweise – bis hin zur Organisation einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung in der Mensa Nord – ist ohne Zweifel ein hervorzuhebendes Engagement dieses Jahrgangs.

Die Deutschlandstipendium-Themenklasse *Nachhaltigkeit & Globale Gerechtigkeit* existiert am IRI THESys seit 2013. Jährlich forschen 15 Deutschland-Stipendiat*innen in fachlich gemischten Kleingruppen zu einer aktuellen Forschungsfrage aus dem Bereich der Mensch-Umweltforschung. Dabei werden sie durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IRI THESys unterstützt. Finanziert werden die Stipendien durch die Stiftung Humboldt-Universität und das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Ziel, den Studierenden schon während des Studiums und als Teil ihres überfachlichen Wahlpflichtbereichs, Einblicke in die Forschung zu Mensch-Umwelt-Systemen sowie in die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Dank der geleisteten Pionierarbeit der letzten Jahre hat sich dieses Format inzwischen als ein Best-Practice-Beispiel für studentische Forschung zu Nachhaltigkeit an Hochschulen etabliert. Als Betreuende der Themenklasse möchten wir den Studierenden für die aus dem folgenden Bericht

ersichtliche sehr gute Arbeit und das große Engagement danken. Gleiches gilt für die Stiftung Humboldt-Universität für die langjährige Unterstützung. Beides macht die spannende Arbeit der Themenklasse *Nachhaltigkeit & Globale Gerechtigkeit* überhaupt erst möglich!

Bettina König und Sebastian van der Linden
IRI THESys, Berlin, Oktober 2019

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung: Hintergrund und Ziele	1
2. Erfolgreiche Maßnahmen für ein nachhaltiges Angebot in öffentlichen Mensen	5
2.1. Einleitung und Datengrundlage	5
2.2. Selbstbild und Auftrag der Studierendenwerke	6
2.2.1. Der Handlungsrahmen	6
2.2.2. Der Verpflegungsauftrag der Hochschul-Mensen.....	7
2.2.3. Zielkonflikte und Interpretationsspielraum	8
2.3. Best-Practice-Beispiele	9
2.3.1. Reduktion der Fleischmenge im alltäglichen Speiseangebot.....	10
2.3.2. Labeln oder Nudgen: Worte, Symbole oder den Teller sprechen lassen?.....	11
2.3.3. Veggie-Day - Umsetzungsmöglichkeiten und Kompromisslösungen.....	14
2.3.4. Feedback und Partizipation.....	16
2.3.5. Nachhaltigkeitsmensen als Experimentierräume	17
2.3.6. Kooperationen und Kooperativen.....	19
2.4. Fazit.....	21
3. Bevormundung und Mündigkeit - Philosophische Perspektiven.....	23
3.1. Einleitung.....	23
3.2. Minimaldefinition von Bevormundung	23
3.2.1. Einschränkung	24
3.2.2. Absichten.....	25
3.2.3. Fehlende Akzeptanz	25
3.3. Maßnahmen zu nachhaltigem Konsumverhalten	26
3.3.2. (Lokaler) Verzicht auf bestimmte Produkte	27
3.3.3. (Temporärer) Verzicht auf bestimmte Produkte	28
3.3.4. Reduziertes Angebot bestimmter Produkte	31

3.3.5. Wirtschaftliche Anreize	32
3.3.6. Nudging	35
3.3.7. Transparenz und Informationspolitik.....	36
3.3.8. Offene Feedbackrunden.....	38
3.4. Fazit.....	39
4. Narrative Diskursanalyse der medialen Veggie-Day-Debatte zur Bundestagswahl 2013	41
4.1. Einleitung.....	41
4.2. Hintergrund der Ereignisse 2013.....	42
4.3. Medien als Analyseeinheit.....	43
4.3.1. Diskursive und erzählerische Macht von Diskursen.....	43
4.3.2. Medien prägen die Gesellschaft und deren Individuen indirekt.....	46
4.4. Forschungspraxis	47
4.4.1. Untersuchungsgegenstand.....	47
4.4.2. Auswahl der Medien	48
4.4.3. Auswahl des Materialkorpuses	48
4.4.4. Analyse und Kodierung	49
4.5. Narrative Diskursanalyse der medialen Veggie-Day-Diskurse.....	49
4.5.1. Narrativ #1 - Mündigkeit	50
4.5.2. Narrativ #2 - Bevormundung.....	55
4.5.3. Narrativ #3 - Staatliches Verbot	59
4.5.4. Narrativ #4 - Liberalismus	60
4.6. Fazit.....	62
5. Gesamtfazit	64
6. Literaturverzeichnis	i
7. Abbildungsverzeichnis	vii

1. Einleitung: Hintergrund und Ziele

Bis 2050 wird die Weltbevölkerung auf 9,8 Milliarden Menschen anwachsen (United Nations, 21.06.2017). Dadurch steigt der Bedarf an Lebensmitteln allgemein und insbesondere die Nachfrage nach Fleisch und anderen tierischen Produkten. Die globale Ausweitung von Produktions- und Ernährungsmustern mit einem hohen Anteil tierischer Lebensmittel trägt zu einer rasanten Beschleunigung der Nachfrage bei. Verbunden ist damit jedoch auch eine verstärkte Belastung von Ökosystemen, ein steigender Verbrauch von Süßwasserreserven und Zunahme der den Klimawandel vorantreibenden Kräfte im Ernährungssystem (Vermeulen et al. 2012, Tubiello et al. 2014, Poore & Nemecek 2018). Eine steigende Nachfrage nach tierischen Lebensmitteln führt zu einem steigenden Flächenverbrauch und damit zu verstärkter Landnutzungskonkurrenz, indem die Herstellung von Lebensmitteln mit Lebensraum für Ökosysteme und Menschen konkurriert. Für eine insgesamt nachhaltigere Entwicklung ist im Handlungsfeld der Ernährung in Ländern des Globalen Nordens vor allem die Reduktion des Fleischkonsums ein wichtiger Ansatzpunkt, um auf Konsumentenseite zu einer Begrenzung der besonders ressourcenintensiven Produktion tierischer Lebensmittel beizutragen. Eine Veränderung, die nicht nur aus der Umweltperspektive, sondern auch aus gesundheitlicher Perspektive notwendig ist (Springmann et al. 2016). Mit der Forderung nach einer Reduktion des Fleischkonsums wird zudem die Notwendigkeit eines angepassten Qualitätsverständnisses auf Verbraucherseite diskutiert, um insbesondere Tierwohlaspekte auf der Produktionsseite deutlicher und konsequenter zu berücksichtigen (Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik beim BMEL 2015). Der Ernährungsbereich ist dabei nur ein Sektor, in dem Ansatzpunkte zur Verbesserung von Nachhaltigkeit diskutiert und abgewogen werden. Auf Konsumentenseite spielt in diesem individuellen, politischen und gesamtgesellschaftlichen Abwägungsprozess Bevormundung immer wieder eine Rolle – nicht nur im Ernährungsbereich. Das Abwägen von Nachhaltigkeitsmaßnahmen aus dem Blickwinkel der Bevormundung ist als Thema also auch heute sehr aktuell und Bevormundung eine relevante Perspektive bei der Abwägung, Entscheidung und Implementierung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen. Der Ernährungsbereich verdeutlicht beispielhaft, dass eine Umstellung des Ernährungsverhaltens immer auch eine individuelle Entscheidung ist, die in Deutschland nicht durch landes- oder bundespolitische Steuerungsmaßnahmen vorangetrieben wird. Nichtsdestotrotz werden in verschiedenen Bereichen der Politik unterschiedliche Nachhaltigkeitsmaßnahmen abgewogen. Dabei spielt das Thema Bevormundung für die Entscheidung und Implementierung einer Maßnahme eine besondere Rolle. Der Ernährungsbereich ist ein gutes Beispiel um etwaige Perspektiven zu verdeutlichen.

Im Rahmen der Themenklasse *Nachhaltigkeit und Globale Gerechtigkeit* unter dem Motto „Humboldt’s Footprint“ haben sich bereits mehrere Jahrgänge mit dem Thema „klimagerechtes

Essen“ im Studierendenwerk Berlin auseinandergesetzt. Ausgangsüberlegung war das Spannungsfeld zwischen bereits länger diskutierten notwendigen Veränderungen im Ernährungsverhalten und der Forderung nach mündigen individuellen Entscheidungen. Darauf aufbauend haben wir uns in diesem Forschungsprojekt mit Maßnahmen auseinandergesetzt, die einzelne deutsche Studierendenwerke (StWs¹) auch ohne eine landes- oder bundespolitische Richtlinie durchgeführt haben. Zudem erkannten wir die Notwendigkeit einer begrifflichen Schärfung von Bevormundung und Mündigkeit. Nicht zuletzt haben wir während der Themenfindungsphase diskutiert, welchen Einfluss Diskurse zu bevormundenden Maßnahmen und mündigen Verbraucherentscheidungen auf die notwendigen Veränderungen beim Essverhalten haben können.

Verortet haben wir unser Forschungsinteresse auf dem Campus, genauer in der vom Studierendenwerk betriebenen Mensa. Denn so wie sich die Organisation mit ihren Maßnahmen positioniert und diese implementiert, wird ein nachhaltigeres individuelles Essverhalten der Studierenden erleichtert oder erschwert. Studierendenwerke weisen als öffentliche Organisation im Vergleich zu privatwirtschaftlichen Unternehmen Besonderheiten auf, die ihren Handlungsspielraum in Sachen Nachhaltigkeit bestimmen. Nach eigenen Angaben sind der Arbeit des Studierendenwerkes (StW) Berlin in Bezug auf Nachhaltigkeit zwei Grenzen gesetzt: Bestimmte Maßnahmen lassen sich logistisch nur eingeschränkt realisieren, bspw. der regionale Einkauf von Zutaten für die ca. neun Millionen jährlichen Mensagäste (Stand Geschäftsbericht 2017). Zusätzlich zu den logistischen Rahmenbedingungen hat sich das StW Berlin bewusst Grenzen gesetzt: Maßnahmen, die die Mensagäste bevormunden, werden ausgeschlossen (vgl. StW Berlin, 05.12.2018).

Aber nicht nur das StW Berlin, auch andere StWs in Deutschland positionieren sich zu diesem Themenkomplex:

[E]ine Bevormundung durch eine reine fleischlose Mensa, ohne Alternativangebot im näheren Umfeld, [führte für uns] zu wenig Akzeptanz und Umsatzeinbußen. (StW Dresden, 16.07.2018)

An diesen Aspekt der Bevormundung knüpft unser Forschungsprojekt an. Wir haben zunächst untersucht, welche Maßnahmen StWs einführen, um nachhaltigen Konsum in den Mensen zu befördern und welche davon als erfolgreich eingeschätzt werden. Anschließend haben wir analysiert, inwiefern diese Maßnahmen auf eine Bevormundung oder eine Selbstbestimmung der Konsumierenden hinauslaufen und was unter Bevormundung zu verstehen ist. Schließlich werfen wir

¹ Die etwas unschöne Abkürzung „StWs“ dient im Laufe des Berichts dem besseren Verständnis, da es andernfalls oft unklar wäre, ob der Singular oder der Plural gemeint ist.

einen Blick darauf, wie ein Vorschlag der konkreten Maßnahme „Veggie-Day“ in der deutschen Gesellschaft wahrgenommen wurde.

Hierzu haben wir als Themenklasse aus drei unterschiedlichen Perspektiven geforscht. Die erste Gruppe hat empirisch mit den StWs in Deutschland auseinandergesetzt, um sowohl deren Selbstverständnis als auch konkrete Maßnahmen zur nachhaltigen Angebotsgestaltung herauszuarbeiten (Kapitel 2). Dazu wurden nach einer explorativen Forschung zu den 57 StWs in Deutschland mit neun von ihnen (Telefon-)Interviews geführt. Das erste inhaltliche Kapitel dieses Berichts zeigt damit vor allem, mit welchen Maßnahmen die interviewten StWs positive Erfahrungen gemacht haben. Zuvor wird das Selbstbild der Menschen in Bezug auf ihren öffentlichen Verpflegungsauftrag erläutert, um ihren Handlungsspielraum transparent zu machen. Die zweite Gruppe hat die philosophische Diskussion um das Spannungsfeld zwischen Mündigkeit und Bevormundung erforscht und hieraus ein Verständnis von Bevormundung entwickelt, dass sich für die Einordnung der Maßnahmentypen, die sich aus der empirischen Forschung ergeben, operationalisieren lässt (Kapitel 3). Die Einordnung der Maßnahmen auf einer Bevormundungsskala erlaubt zudem die weitere Diskussion um die Bewertung der Bevormundung. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung wird gezeigt, dass Bevormundung nicht notwendigerweise verwerflich ist. Zudem zeigt das dritte Kapitel, dass die StWs (entgegen ihrem Selbstverständnis) durchaus Gebrauch von gewissermaßen bevormundenden Maßnahmen machen.

Die letzte Gruppe hat sich einer realpolitischen Maßnahme und der Diskussion dieser in der deutschen Öffentlichkeit im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 gewidmet: Dem Veggie-Day. Der Vorschlag der Partei Bündnis 90/Die Grünen, einen fleischfreien Tag in öffentlichen Kaminen einzuführen, löste eine hitzige Diskussion aus, die größtenteils mit dem Argument der Bevormundung angeführt wurde. In einer Diskursanalyse wird die Berichterstattung repräsentativer Leitmedien (Bild, Spiegel, Focus, Taz) kritisch reflektiert (Kapitel 4). Somit zeigt das vierte Kapitel eindringlich eine medial ausgehandelte Veggie-Day-Kontroverse im Spannungsfeld zwischen Mündigkeit und Bevormundung mit politischer Relevanz.

Die Beiträge sind also durch mehr als nur das gemeinsame Thema verbunden und in den einzelnen Kapiteln verweisen wir immer wieder auf die Ergebnisse vorangehender oder folgender Kapitel. Die Reihenfolge der Kapitel ist dementsprechend nur ein Vorschlag. Aufgrund der expliziten Verweise innerhalb der Kapitel ist es möglich, die folgenden Beiträge auch in anderer Reihenfolge zu lesen.

Weil die Beiträge aus unterschiedlichen Forschungsperspektiven stammen, sind mitunter widersprüchlich scheinende Überlegungen zu finden - so ist eine Grundannahme des dritten Kapitels, die Mündigkeit von Konsumierenden, die im vierten Kapitel explizit in Frage gestellt wird. Dies

reflektiert zum einen die Diversität der Ansätze, zeigt aber auch auf, dass einfache Antworten in diesem Themengebiet nicht der Frage gerecht werden.

Insgesamt verfolgen wir mit diesem Forschungsbeitrag mindestens drei Ziele, die der gemeinsamen Forschungsfrage nach der Wirksamkeit und Umsetzung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen im Ernährungsbereich unterstellt sind: Erstens möchten wir den StWs Deutschlands ganz konkret aufzeigen, welche Maßnahmen zur Nachhaltigkeit an verschiedenen Mensa-Standorten erfolgreich waren und was dazu geführt hat. Zweitens möchten wir darauf hinweisen, dass die Frage nach der Bevormundung eine wichtige ist, sie aber keineswegs als Argument gegen jede Handlung zu mehr Nachhaltigkeit dienen sollte. Drittens möchten wir mit Hilfe einer Diskursanalyse zum Veggie-Day die verwendeten Argumentationsmuster und deren Häufigkeit analysieren, um zu verstehen welche Eigendynamik und Wirkungen durch die Perspektive der Bevormundung im Handlungsfeld einer nachhaltigeren Ernährung entstehen können.

2. Erfolgreiche Maßnahmen für ein nachhaltiges Angebot in öffentlichen Mensen

2.1. Einleitung und Datengrundlage

Der Außer-Haus-Verzehr nimmt in Deutschland zu, jedoch gehen die verschiedenen Bereiche (Restaurants, Lieferdienste, Kantinen etc.) unterschiedlich mit dem Thema Nachhaltigkeit um. Nachhaltigkeit in universitären Mensen zeichnet sich durch verschiedene Aspekte aus. Durch unsere Nachforschungen für diesen Bericht erfuhren wir, dass sich deutsche StWs vergleichsweise sehr intensiv damit auseinandersetzen und bereits unterschiedlichste Strategien nutzen, um ihre Arbeit umweltfreundlicher zu gestalten. Dazu zählen beispielsweise die Nutzung von Ökostrom und möglichst energieeffizienten Geräten, die Reduktion von Tierprodukten sowie von Lebensmittelresten und Einwegverpackungen und die Verwendung von regionalen oder biologisch angebauten Produkten.

Die Reduktion tierischer Produkte im Speiseangebot nimmt dabei einen besonders wichtigen Stellenwert ein, da mit ihr ein besonders starkes Wirkungspotenzial einhergeht. Das globale Ernährungssystem ist für 19-29% aller anthropogenen Treibhausgase verantwortlich (Vermeulen et al. 2012), wovon 80% mit Nutztierhaltung in Verbindung gebracht werden (Steinfeld et al. 2006, Tubiello et al. 2014). Doch wenn es um den Verzicht auf tierische Produkte geht, befürchten StWs starken Widerstand (der aus gesellschaftlichen Diskursen hervorgeht und sich darin manifestiert, siehe Kapitel 4).

Deswegen haben wir uns in diesem Forschungsprojekt auf das Speisenangebot fokussiert und sind der Frage nachgegangen, wie der Ausbau des vegetarischen und veganen Angebots zugunsten eines umweltfreundlichen Ernährungsangebots gelingt: Mit welchen Maßnahmen haben StWs in Deutschland positive Erfahrungen gemacht? Wie kann die Akzeptanz solcher Maßnahmen vergrößert werden?

Mit diesem Erkenntnisinteresse haben wir uns an die deutschen StWs gewandt. Im Juli 2018 haben wir alle 57 StWs in Deutschland per E-Mail kontaktiert und nach ihren Maßnahmen für ein klimafreundliches Speisenangebot gefragt.

In der Wahl der Interviewpartner*innen interessierten uns besonders zwei Maßnahmen: Das zeitlich begrenzte Verzichten/Reduzieren bestimmter Produkte (z.B. Veggie-Days) sowie der räumlich begrenzte Verzicht (z. B. in vegan-vegetarischen Mensen). Nicht alle StWs, die wir mit diesem Fokus im Internet recherchiert hatten, haben unsere Anfrage beantwortet. Unter denjenigen die geantwortet haben, haben wir jene ausgewählt, die zu einem oder beiden dieser Maßnahmen etwas

beitragen konnten. Zusätzlich haben wir uns auf ihren Internetseiten zur Umsetzung der Maßnahmen vorinformiert.

Von August bis Dezember 2018 führten wir (Telefon-)Interviews mit neun StWs, die Erfahrungen mit Maßnahmen zur Reduktion von Fleisch und anderen CO₂-intensiven Lebensmitteln gemacht haben: Berlin, Erlangen-Nürnberg, Freiburg-Schwarzwald, Hamburg, Heidelberg, Leipzig, Osnabrück, Schleswig-Holstein und Tübingen-Hohenheim. Die Interviews bilden, neben Informationen die aus dem vorangegangenen E-Mail-Kontakt hervorgehen, die Grundlage unserer Analyse, welche dementsprechend auf jene StWs beschränkt ist, mit denen wir persönlich gesprochen haben, und auf deren Selbsteinschätzungen beruht. Die leitfadengestützten Interviews wurden transkribiert und in der Analysesoftware MAXQDA ausgewertet, wir zitieren sie mit Verweis auf das entsprechende StW sowie das Datum des Interviews.

In diesem Beitrag stellen wir basierend auf den Interviews, ausgewählte Best-Practice-Beispiele für Maßnahmen zur Reduktion von Tierprodukten dar (Kapitel 2.3.), unter anderem mit dem Ziel einen konstruktiven Erfahrungsaustausch zwischen StWs zu unterstützen. Zuvor möchten wir jedoch den Handlungsrahmen skizzieren, innerhalb dessen StWs bestimmte Maßnahmen überhaupt in Betracht ziehen bzw. ablehnen. Daher beschreiben wir in 2.2. unter dem Fokus der Implikationen für unsere Fragestellung das Selbstbild und den Verpflegungsauftrag, wie sie uns die StWs in den Interviews geschildert haben. In einem kurzen Fazit (Kapitel 2.4.) fassen wir noch einmal zentrale Erkenntnisse zusammen.

2.2. Selbstbild und Auftrag der Studierendenwerke

Welche Maßnahmen zur Reduktion von Tierprodukten für StWs infrage kommen, hängt maßgeblich davon ab, wie sie sich als Institution wahrnehmen. Welche Ziele haben die Mensen von StWs? Wie definieren sie ihren Auftrag? Nachhaltigkeitsaspekte spielen für alle kontaktierten und interviewten StWs eine wichtige Rolle - in der Gestaltung ihres Speiseplans, im (regionalen) Einkauf von Zutaten, in der Verwendung von Verpackungen und To-Go-Getränken sowie im generellen Energieverbrauch des Mensabetriebs. Im Fokus unseres Forschungsprojekts steht das Speiseangebot selbst: Hier halten alle interviewten StWs einen langfristigen Ausbau des vegetarisch-veganen Angebots und eine Reduzierung des Anteils an Fleischgerichten für wünschenswert im Sinne der Nachhaltigkeit.

2.2.1. Der Handlungsrahmen

Wie der Ausbau vegetarisch-veganer Speisen gestaltet wird, variiert zwischen den StWs und ihren jeweiligen Handlungsspielräumen. Grundsätzlich richten die interviewten StWs ihre Angebotsgestaltung an der Nachfrage und der logistischen und finanziellen Umsetzbarkeit aus: Jedes Gericht wird in großen Mengen produziert, was mit verschiedenen technischen

Verarbeitungsschritten und unterschiedlich hohem Personalaufwand verbunden ist. Gleichzeitig werden Zutaten über öffentliche Ausschreibungen bezogen und müssen möglichst günstig sein, damit das finale Gericht für alle Studierenden bezahlbar ist. Der Handlungsrahmen der StWs wird zunächst also von logistischen und wirtschaftlichen Faktoren mitbestimmt.²

Daneben spielt jedoch das Selbstbild, die Zielsetzung bzw. der gesellschaftliche Auftrag der StWs eine zentrale Rolle dabei, wie Handlungsspielräume ausgelegt werden - sprich, welche Maßnahmen vorstellbar sind und welche nicht. Dieses Selbstbild wird in allen Interviews deutlich dominiert von dem gemeinnützigen Verpflegungsauftrag. StWs wirtschaften nicht profitorientiert, sondern erfüllen einen Auftrag. So heißt es beim Dachverband DSW:

Die Studentenwerke arbeiten einerseits nach modernen kaufmännischen Prinzipien – hierzu gehören Markt- und Kundenorientierung, Personalqualifikation und -entwicklung sowie Qualitätssicherung. Andererseits befolgen sie den Auftrag der verfassungsmäßig verankerten (sozial-)staatlichen Daseinsvorsorge. Daher erbringen die Studentenwerke auch Leistungen in Bereichen, die nicht profitabel sind, und ermöglichen eine nahezu gleichartige Versorgungsstruktur auch an betriebswirtschaftlich unrentablen Standorten.
(Deutsches Studentenwerk, o.D. (a))

2.2.2. Der Verpflegungsauftrag der Hochschul-Mensen

Die deutschen StWs gehören mit 400 Mensen zu den größten Gemeinschaftsverpflegern in Deutschland (vgl. Deutsches Studentenwerk, 2014). Ihr Selbstverständnis als *Großverpfleger* und ihr sozialer Auftrag führen dazu, dass sich die Mensabetriebe der StWs als „unpolitische“ Einrichtungen positionieren: Ihr Ziel ist es, die Nachfrage der Studierenden möglichst breit und zu sozial verträglichen Preisen abzudecken - dazu gehören momentan fleischhaltige, vegetarische und zunehmend auch vegane Gerichte. Denn alle Studierenden sollen sich die Ernährung leisten können, die sie persönlich bevorzugen. Unsere Interviewpartner*innen der StWs Hamburg, Osnabrück und Berlin begründeten diesen Verpflegungsauftrag explizit damit, dass alle Studierenden die StWs durch den Semesterbeitrag gleichermaßen mitfinanzieren. Im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Ernährungsphysiologie begrüßt das StW Osnabrück zwar den Ansatz, fleischlose Essen günstiger zu verkaufen, also stärker zu subventionieren, jedoch scheiterte die Idee an der Verpflichtung der StWs, die Interessen aller

² Diese Rahmenbedingungen variieren von StW zu StW. Beispielsweise profitieren die Nürnberger Mensen von dem nahegelegenen großräumigen Gemüseanbaugelände „Knoblauchsland“. Sie können laut eigener Aussagen ganzjährig 90 Prozent ihres Gemüses von dort regional beziehen (StW Erlangen-Nürnberg, 19.9.2018). Demgegenüber ist für Berlin mit seinen neun Mio. jährlichen Mensagästen an räumlich weit entfernten Standorten der Einkauf von ausschließlich regionalem Gemüse eine bisher unlösbare Herausforderung. Zudem wäre die Zubereitung von ausschließlich frisch geerntetem Gemüse durch die in Berlin tariflich vorgegebenen Personalkosten schwer zu finanzieren (StW Berlin, 10.11.2017).

Studierenden abzudecken. Das StW Berlin betonte zudem die finanzielle Förderung der Mittagsmahlzeiten durch Steuermittel des Landes.

Exkurs: Preispolitik der StWs

Keines der interviewten StWs versucht, fleischlose oder klimagerechte Gerichte in den Mensabetrieben durch Preisnachlass attraktiver zu machen. Fleischprodukte sind im Einkauf oft vergleichsweise günstig und leicht zu verarbeiten. Weil Gemüsegerichte meist aufwändiger vor- und zuzubereiten (also mit hohen Personalkosten verbunden) sind, haben vegane/vegetarische Gerichte in den Mensen mitunter höhere Verkaufspreise als Fleischgerichte. An dieser Gewichtung wollen bzw. können die StWs nichts ändern, weder durch Subventionierung noch durch Preiserhöhung. Denn, um niemanden zu benachteiligen, orientieren sie sich an einer klaren Relation: Der Verkaufspreis ergibt sich immer aus dem Einkaufspreis und entstehenden Personalkosten. Würde jedoch das Fleisch durch politische/wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Einkauf teurer werden, dann würden StWs diese Preissteigerung an ihre Gäste weitergeben. Um ihre Preisstruktur in diesem Fall halten zu können, würde laut StW Freiburg-Schwarzwald entsprechend weniger Fleisch angeboten werden.

Aus diesem Verpflegungsvertrag und dem unpolitischen Selbstverständnis leiten viele StWs ab, dass sie den Gästen nicht vorschreiben dürfen, was gut und was schlecht ist. Es solle niemand bevormundet werden - mit dieser Begründung lehnten mehrere kontaktierte StWs Maßnahmen wie den Veggieday oder die Veggiemensa explizit ab.³

2.2.3. Zielkonflikte und Interpretationsspielraum

Doch dieser Auftrag einer unpolitischen, nachfrageorientierten und günstigen Verpflegung steht mitunter dem Anspruch auf eine nachhaltige und gesunde Ernährung gegenüber, nach denen sich die StWs richten (vgl. Deutsches Studentenwerk, o.D. (b)). Wie gehen Verantwortliche mit diesem Widerspruch zwischen sozialem Auftrag und Nachhaltigkeitsleitlinien um?⁴

Wie beide Aspekte miteinander vereinbart werden können, wird z. B. innerhalb des StW Hamburg kritisch diskutiert. Für das StW ergibt sich aus der Rolle als Großverpfleger nicht nur der Auftrag, die Nachfrage zu decken, sondern auch eine Verantwortung für eine nachhaltige und gesunde Ernährung.

³ Diese Aussage bezieht sich u.a. auf die Antworten auf unsere Email-Anfragen, in denen wir den Begriff Bevormundung nicht erwähnten. Mehrere StWs sprachen die Problematik von sich aus an: Bremen, Dresden, Essen-Duisburg, Mainz, Ulm, Osnabrück, Heidelberg.

⁴ Wir haben den Ursprung des Nachhaltigkeitsverständnisses der StWs nicht systematisch untersucht. Zentral sind jedoch die „Nachhaltigen Einkaufsrichtlinien“ des Dachverbands DSW (vgl. Deutsches Studentenwerk, o.D(c)). Darin wird allerdings nicht auf die Menge bzw. den Anteil tierischer Lebensmittel eingegangen. Welche Leitlinien im Bereich Nachhaltigkeit die StWs verfolgen hängt daher oft von einzelnen (leitenden) Personen ab.

Auch das StW Heidelberg sieht sich in diesem Spannungsfeld. Maßnahmen zur Förderung von klimafreundlicher Ernährung werden dort mit dem Ziel durchgeführt, „die große Masse“ (StW Heidelberg, 19.11.2018) zu erreichen und die Gesamtheit der Studierenden für eine klimafreundliche Ernährung zu gewinnen. Das StW versteht den Auftrag, die Bedürfnisse der Studierenden abzudecken, als einen dynamischen Prozess, der eine konstante Weiterentwicklung im Mensabetrieb und einen aktiven Austausch mit den Gästen erfordert.

Trotz des Selbstverständnisses als unpolitische Einrichtung, arbeiten manche StWs mit politischen Initiativen zusammen, die explizit die Förderung von vegetarisch-veganer Ernährung zum Ziel haben (bspw. das StW Freiburg-Schwarzwald mit Greenpeace, das StW Hamburg mit dem Verein GreenFlux, das StW Chemnitz-Zwickau mit engagierten Studierenden). Unser Ansprechpartner vom StW Freiburg-Schwarzwald beschreibt es so:

Es ist eigentlich nicht unser Auftrag, zu missionieren, das wollen wir eigentlich nicht. Wir wollen unsere Produkte anbieten und andere können das dann mit politischen Informationen unterfüttern. Das haben wir schon öfter gemacht und es ist auch erfolgreich. (StW Freiburg-Schwarzwald, 10.09.2018)

Viele befragte StWs nehmen eine steigende Nachfrage an vegetarisch-veganen Gerichten wahr und schätzen dies auch als zukünftigen Trend ein. Einige StWs wollen diese Entwicklung durch besonders attraktive vegan-vegetarische Angebote und Aktionen gezielt fördern (z. B. Leipzig, Heidelberg, Freiburg-Schwarzwald, Erlangen-Nürnberg). Andere beschreiben ihre Rolle nicht als proaktiv, sondern wollen nur auf Nachfrage und Feedback reagieren:

In Hinblick auf vegetarische und vegane Ernährung ist das Ende der Fahnenstange noch längst nicht erreicht, da wird noch sehr viel passieren. Aber das muss eben von den Studierenden ausgehen. (StW Berlin, 05.12.2018)

2.3. Best-Practice-Beispiele

In diesem Abschnitt stellen wir erfolgreiche Maßnahmen und Erfahrungen der interviewten StWs vor. Im doppelten Sinne haben die vorgestellten Maßnahmen einen Beispielcharakter: Einerseits wurden sie in den Interviews als besonders funktional bzw. erfolgreich beschrieben und sind oft zugleich innovativ. Sie können also als ‘gutes Beispiel’, als Best-Practice, und dementsprechend als Inspirationsquelle betrachtet werden. Andererseits ist unsere Ausführung insofern lediglich beispielhaft, als dass wir nur mit neun StWs persönlich sprechen konnten. Eine vollständige Liste von Best-Practice-Beispielen und den Orten, an denen sie umgesetzt werden, müsste dementsprechend weitaus länger ausfallen.

2.3.1. Reduktion der Fleischmenge im alltäglichen Speiseangebot

Viele befragte StWs betonten, ihre Hauptstrategie zur Reduktion von Tierprodukten in Mensen sei es, den Anteil vegetarischer und veganer Gerichte innerhalb des täglichen Angebots zu steigern. Im Jahr 2016 waren bereits über 50 Prozent der Mensagerichte in deutschen StWs vegetarisch-vegan (vgl. Spiegel Online, 1.07.2016). Wie gelingt eine weitere Steigerung so, dass sich die Mensagäste möglichst wenig eingeschränkt fühlen?

Beispiel Erlangen-Nürnberg: "Vegan heißt nicht immer nur Tofu".⁵ Bei der Ausweitung des veganen Angebots kann es herausfordernd sein, Rezepte zu finden, die ähnlich stark nachgefragt werden wie ein übliches Fleischgericht. Das StW Erlangen-Nürnberg mit der Nürnberger Veggie-Mensa St. Paul setzt dabei explizit nicht auf Fleisch-Imitate aus Soja. Geschmacklich und optisch ansprechende Gemüsegerichte aus frischen, einfachen Zutaten seien erfolgreicher: Sie sprechen auch Flexitarier*innen an, die etwa 40-45% der Gäste ausmachen.

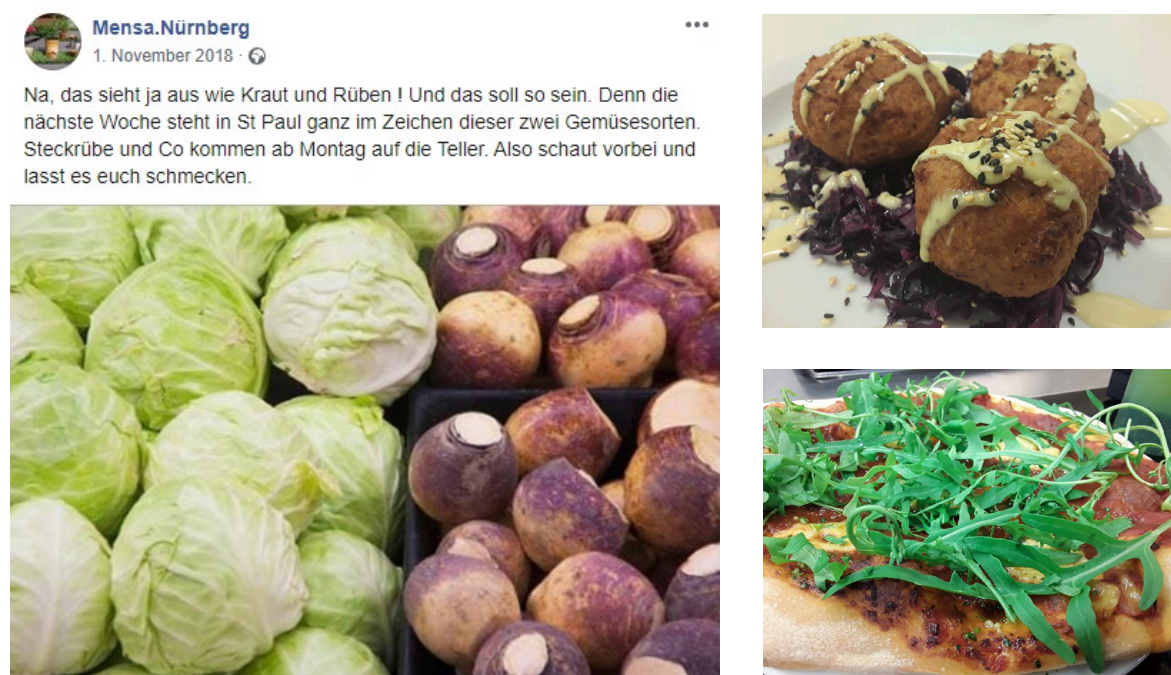


Abbildung 1: Das StW Erlangen-Nürnberg wirbt mit frischen Zutaten für vegan-vegetarische Gerichte (<https://www.facebook.com/Mensa.Nuernberg/>, abgerufen am 3.3.2019).

Für neue Gerichte und Aktionen wie z. B. saisonale Wochen kann das StW auf die Ideen und Erfahrungen der Veggie-Zone St. Paul zurückgreifen. Die kleine Veggie-Mensa an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät gibt täglich zwei Gerichte aus, davon mindestens eins vegan.

⁵ Die für dieses Beispiel genutzten Daten stammen aus Interviews mit dem StW Erlangen-Nürnberg vom 16.07.2018 und 19.09.2018.

Die Essenszahlen steigen seit mehreren Semestern an. 2018 zeichnete die Fachzeitschrift *gv-praxis* die Veggie-Zone mit dem sogenannten „Marketing Award“ für ihre Leistungen als Trendsetter für vegetarische/vegane Rezepturen aus (vgl. *Werkswelt*, 2018).

Beispiel Freiburg-Schwarzwald: „Auf Wunsch Vegan“ und reduzierte Fleischportionen.⁶ Das StW Freiburg-Schwarzwald probiert immer wieder neue vegane Gerichte aus und nimmt die erfolgreichen Gerichte in den Speiseplan auf. In den Mensen gibt es allerdings nicht genug Ausgabeschalter, um sowohl veganes als auch nicht-veganes Essen in verschiedenen Preisklassen anzubieten. Die Idee, eine „Auf-Wunsch-Vegan“-Option einzuführen, löste das Problem und ließ sich schnell umsetzen: Beliebte Standardrezepte wurden so abgewandelt, dass Fleisch oder andere Tierprodukte erst nachträglich und auf Wunsch aufgefüllt werden. Beispielsweise können die Gäste beim „Linseneintopf mit Wurst“ nun am Schalter auch eine Tofuwurst wählen; für Curry-Wurst oder Schnitzel gibt es Vegan-Varianten wie Gemüseschnitzel und bei anderen Gerichten kann statt Fleisch ein Nachtisch gewählt werden. Auch die Angebote der Cafeterien wurden entsprechend bearbeitet⁷.

Mit diesem Modell kann also die Menge des verkauften Fleisches reduziert werden, ohne dass die Option, Fleisch zu essen, verloren geht. Genau diesem Ziel folgt auch ein anderes Projekt, an dem das StW seit einigen Jahren arbeitet:

Wie kommen wir weg von der Wahrnehmung, dass Fleisch die Wertigkeit des Gerichts ausmacht? In der deutschen Küche gibt es häufig 1-2-3-Gerichte: Fleisch, Gemüse, Kartoffeln. Das wollen wir aufbrechen: Ein Steak muss eine gewisse Größe haben, sonst beschwerten sich die Gäste. Aber bei einem Auflauf mit Hack oder einem Ragout mit Pilzen und Karotten kann man die Fleischmenge verkleinern, solange das Gesamtgericht überzeugt. Und wenn man die Menge reduziert, kann man hochwertiges, teureres Fleisch einsetzen. (StW Freiburg-Schwarzwald, 10.09.2018)

2.3.2. Labeln oder Nudgen: Worte, Symbole oder den Teller sprechen lassen?

Was in einer Mensa konsumiert wird, hängt nicht nur von den Rezepturen (und Preisen) ab, sondern auch davon, wie die Gerichte präsentiert, bezeichnet und gekennzeichnet werden. Die Interviews zeigten, dass es konträre Auffassungen dazu gibt, ob Mensagäste gezielt über umweltfreundlichere Angebote zu informieren sind oder ob allein Aussehen und Geschmack der Gerichte für sich sprechen sollten.

⁶ Die für dieses Beispiel genutzten Daten stammen aus Interviews mit dem StW Freiburg-Schwarzwald vom 30.07.2018 und 10.09.2018.

⁷ Alle Rezepte sind in der Rezeptdatenbank des StW Freiburg-Schwarzwald auffindbar.

Beispiel Berlin: Symbole als Leitsystem. Das StW Berlin sieht seine Aufgabe darin, Gerichte anzubieten, zwischen denen jede*r Einzelne gemäß ihrer*seiner Wünsche, Vorstellungen und Ressourcen wählen kann. Für die Orientierung spielen symbolhafte Kennzeichen, die das StW selbst entworfen hat, eine große Rolle. Sie sollen eine informierte, mündige Entscheidung ermöglichen.⁸

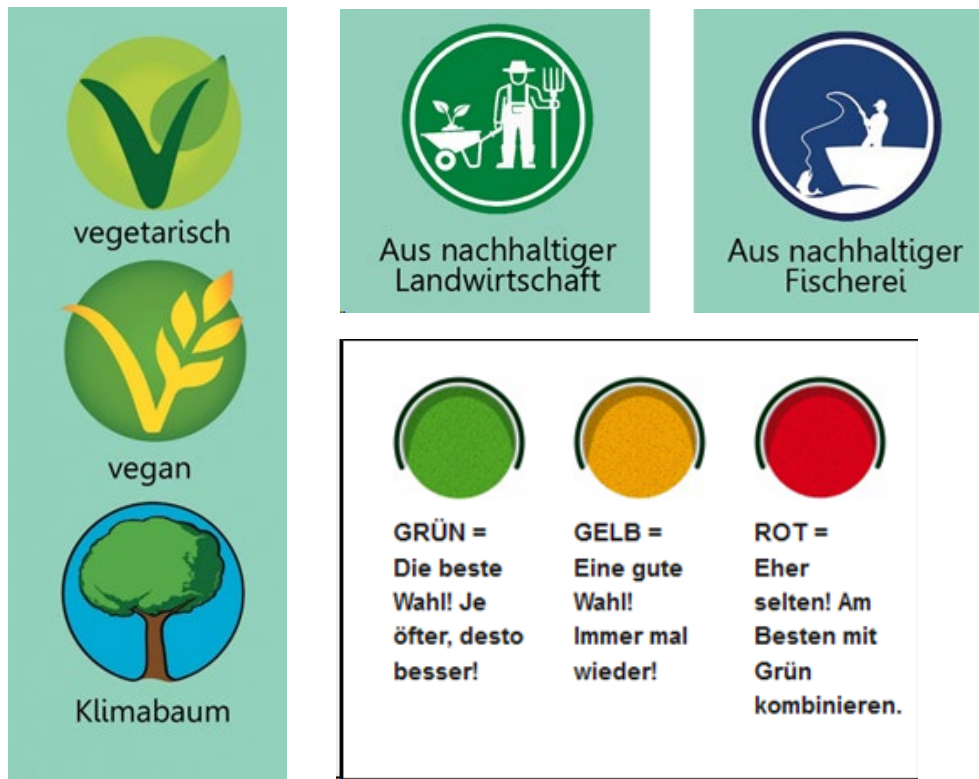


Abbildung 2: Kennzeichnung des StW Berlin. Die 'Gastronomische Ampel', unten rechts, steht für eine medizinisch-ernährungsphysiologische Gesamtbewertung der Gerichte, basierend auf Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (https://www.stw.berlin/mensen.html#jump_faq, <https://www.stw.berlin/mensen/themen/speiseleitsystem.html>, abgerufen am 24.04.2019)

Aufgrund der hohen Zertifizierungskosten wurden die Siegel MSC und Bio im Jahr 2018 jeweils durch ein hauseigenes Label ersetzt. Kleinere Einrichtungen konnten den administrativen Aufwand für die offiziellen Zertifikate nicht bewältigen. Die Umstellung auf inoffizielle Label habe zwar viel Kritik eingebracht, aber das StW Berlin beantworte alle Anfragen dazu und stelle klar, dass die Standards weiterhin gehalten werden:

Die Qualitätskriterien sind unverändert, auch was wir einkaufen, ist unverändert, aber dafür können wir es jetzt in allen Einrichtungen anbieten. (StW Berlin, 05.12.2018)

⁸ Ob das durch diese Maßnahme gelingt, diskutieren wir in den Kapiteln 3.3.6. und 3.3.7.

Exkurs: Klimasiegel

Weil die Lieferketten meist zu intransparent sind und die Rechnung zu komplex ist, können StWs die Klimabilanz einzelner Gerichte nicht erheben. Eine Kennzeichnung, etwa in Form einer Klima-Ampel, wäre sehr aufwändig.⁹ Allerdings bieten Mensen in Berlin (sowie Hamburg und Flensburg, siehe 2.3.6.) ein Klimaessen an. Zwar wird das Klimaessen in Berlin gut angenommen, doch eine Online-Umfrage der Themenklasse 2017/18 warf zumindest die Frage auf, inwieweit das Klimabaum-Label tatsächlich informierend wirkt: Die Frage, ob das Klimaessen vegan ist – eines der wichtigsten Kriterien dieses Siegels – bejahten nur 31 Prozent der 1666 Befragten.¹⁰

Im Fall vom Klima-Teller in Osnabrück führten ähnliche Irritationen über die Kriterien sogar zu negativem Feedback der Studierenden: Drei verschiedene Rezepturen wurden vom Institut für nachhaltige Ernährung der FH Münster als Klima-Teller empfohlen und als solche im Rahmen der Aktionstage Nachhaltigkeit verkauft. Auf Unverständnis stieß die Aktion bei den Gästen, weil bspw. Zutaten wie Linsen oder Kokos in den Gerichten enthalten waren, die für sie aufgrund der weiten Transportwege nicht als klimafreundlich galten. Dabei spielen andere Aspekte wie Produktion oder Lagerung eine größere Rolle als der Transport. Der Klima-Teller wurde zwar beworben und gekennzeichnet, die relevanten Kriterien (Material Foot Print, Carbon Foot Print, Wasserbedarf und Flächenbedarf) wurden den Studierenden jedoch nicht zugänglich gemacht (vgl. StW Osnabrück, 23.11.2018).

Beispiel Freiburg-Schwarzwald und Erlangen-Nürnberg: Rezept, Titel und Präsentation. Die sprachliche bzw. symbolische Kennzeichnung vegan-vegetarischer Gerichte war aus Sicht des StW Freiburg-Schwarzwald ein wichtiger erster Schritt, um diese Ernährungsweisen zu fördern. Dennoch hat die Erfahrung gezeigt, dass eine zu auffällige Kennzeichnung auch abschreckend wirken kann:

Circa 2012 haben wir angefangen, vegane Gerichte auch sprachlich zu kennzeichnen, z. B. ‚Veganer Gemüseauflauf‘. Wir haben festgestellt, dass das bei vielen (abgesehen von Veganerinnen und Veganern) nicht gut ankommt, sie denken sich dann: ‚Ah, dann schmeckt das nicht.‘ Wir hatten bspw. eine ‚Vegane Apfeltasche‘ in den Cafeterien: Als wir

⁹ Jedoch ließ bspw. Berlin erheben, wie groß der Anteil bestimmter Lebensmittelgruppen (z. B. Fleisch, Molkereiprodukte, frisches oder tiefgekühltes Gemüse etc.) an der Klimabilanz ihrer verbrauchten Lebensmittel insgesamt ist. (vgl. Klima ohne Grenzen, 2013)

¹⁰ Die Umfrage fand vom 29.01. bis 28.02.2018 statt. Eine der Fragen bezog sich direkt auf die Kriterien des Klimabaums: Es wurden elf Kriterien vorgeschlagen und die Befragten sollten einschätzen, welche davon tatsächlich zum Klimaessen gehören. Alle anderen zehn Kriterien, sowohl zutreffende als auch nichtzutreffende, wurden mit Abstand häufiger für wahr gehalten als die Aussage, dass das Klimaessen vegan ist.

‚vegan‘ weggelassen bzw. in den Hintergrund gestellt haben, nur noch unten als Kennzeichen, hat sich die Apfeltasche viel besser verkauft. (StW Freiburg-Schwarzwald, 10.09.2018)

Zusätzlich dürfe man vom Einsatz von Umweltlabeln nicht zu viel erwarten (vgl. etwa Folke/Thøgersen 2014). Das StW Freiburg-Schwarzwald setzt vielmehr darauf, dass die Gäste ein fleischloses Essen wählen, weil das Gericht appetitlich aussieht und sich der Titel gut anhört - ohne sich zwingend für etwas Umweltfreundliches bzw. Vegetarisches/Veganes zu entscheiden.

Durchkomponierte Tellergerichte, die vom Personal hübsch angerichtet werden, sind nicht nur am StW Freiburg-Schwarzwald, sondern auch in Erlangen-Nürnberg wichtiger Bestandteil dieser Strategie (vgl. StW Erlangen-Nürnberg, 19.09.2018).¹¹ Bei der Kombination von Bestandteilen wird auf die Farbigkeit geachtet. Der Teller wird z. B. mit einem Dip, mit Kürbiskernen oder Mandeln dekoriert.

Unterstützend dazu führte das StW Freiburg-Schwarzwald eine typische Nudging-Maßnahme durch (eine genaue Erklärung dieser Maßnahmen-Art findet in 3.3.6. statt):

Unsere Standard-Angebote heißen Essen 1 und Essen 2. Früher war Essen 1 immer ein Fleischgericht und Essen 2 das vegetarische oder vegane Gericht. Dann haben wir das umgedreht: Essen 1 klingt besser, einfach weil es die Eins hat. Und wenn Sie eine Reihenausgabe haben, können Sie das auch umstellen. Die Gäste kommen in die Mensa, gucken sich das an und sagen: ‚Ja, das sieht gut aus, das nehme ich.‘ Man nimmt ja oft das Erstbeste. (StW Freiburg-Schwarzwald, 10.09.2018)

Es lässt sich festhalten: Labeln oder Nudgen sind zwei verschiedene Maßnahmen, die die Speisewahl von Gästen beeinflussen können. In der praktischen Umsetzung haben verschiedene StWs unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Ob diese Maßnahmen informierte-, mündige Entscheidungen unterstützen, wird in den Abschnitten 3.3.6. und 3.3.7. kritisch diskutiert.

2.3.3. Veggie-Day - Umsetzungsmöglichkeiten und Kompromisslösungen

Die meisten StWs, die auf unsere Emailanfrage antworteten, lehnten den Veggie-Day als Maßnahme grundsätzlich ab (vgl. zur Kontroversität des Themas Kapitel 4). Tatsächlich ist uns kein StW bekannt, dass den Veggie-Day wöchentlich und konsequent praktiziert. Einige StWs haben aber diese Variante des vegetarischen Tages kreativ (und z.T. partizipativ) abgewandelt und sind damit auf Akzeptanz gestoßen. Bevor wir sie vorstellen, geben wir hier einen Eindruck vom Stand der Dinge, wie er sich uns

¹¹ Das StW Berlin arbeitet nicht mit Tellergerichten, sondern mit Gastro-Norm-Behältern zur Selbstbedienung. Damit die Gerichte ansprechend aussehen, werden kleinere Portionen zubereitet, sodass immer wieder frische Behälter nachgeliefert werden und das Essen sich nicht zu lange in der Auslage befindet.

darstellt, basierend auf unserer Recherche und den PETA-Berichten zu „veganfreundlichen Mensen“ 2017 und 2018 (vgl. PETA, 2017 und PETA, 2018).

Überblick: Veggie-Day-Vielfalt in StWs

Selten, aber konsequent:

- StW Freiburg-Schwarzwald: Seit 2010 1x/Semester konsequenter Veggie-Day in allen Mensen zugleich.
- StW Leipzig: Veggie-Day (2x/Semester) ist komplett fleischlos, findet aber nie in allen Mensen gleichzeitig statt.

Wöchentlich, aber mit Fleisch-Option:

- StW Osnabrück und StW Würzburg: wöchentlicher Veggie-Day mit einem Fleischgericht.
- StW Münster: 2011 führte die Stadt per Ratsbeschluss einen freiwilligen vegetarischen Tag ein. Am Veggietag, jeden Donnerstag, wird in beteiligten Betrieben (u.a. in den Mensen) ein höherer Anteil vegetarisch-veganer Speisen angeboten.

Fleischarme Aktionstage mit anderen Namen:

- StW Schleswig-Holstein: Monatlicher Greenday: überwiegend vegetarisch-vegan; keine roten Fleischsorten
- StW Heidelberg: Jährlicher Nachhaltigkeitstag und regelmäßige „Vegan Taste Week“
- In vielen StWs wird der *Welt-Vegan-Tag* mit besonderen veganen Angeboten begangen.

Außerdem:

- Einige StWs (wie Dresden, Erlangen-Nürnberg, Mainz und Tübingen-Hoheim) machten vor einigen Jahren negative Erfahrungen mit dem Veggie-Day und lehnen diese Maßnahme nun ab.
- Das StW Greifswald probierte den Veggie-Day 2018 erstmals aus.

Beispiel Leipzig: Den Veggie-Day räumlich einschränken. Eine Strategie des StW Leipzig, das den Veggie-Tag seit einigen Jahren durchführt, ist die räumliche Beschränkung auf einen Mensa-Standort. Der Veggie-Tag findet in jeder Mensa zweimal im Semester statt - allerdings nie in mehreren Mensen gleichzeitig. So haben Gäste, die Fleisch essen möchten, die Möglichkeit auf andere Standorte auszuweichen. In Leipzig ist dies möglich, weil die Einrichtungen nah beieinander liegen (vgl. StW Leipzig, 21.11.2018).

Beispiel Schleswig-Holstein: Green Day - „Rennerprodukte“ und Fleischoption. Mit dem Slogan „Gut fürs Klima, gut für deine Gesundheit“ bewirbt das StW Schleswig-Holstein den Green Day, der an jedem ersten Donnerstag im Monat stattfindet. „Rennerprodukte“ (vgl. StW Schleswig-

Holstein, 26.09.2018) wie Pizza, Burger und Lahmacun sorgen für ein attraktives Angebot, das mit und ohne Fleisch gut bei den Studierenden ankommt. Der zunächst gänzlich fleischlose Tag wurde nach einem Jahr an einzelnen Mensa-Standorten entsprechend der geringen Nachfrage der Studierenden angepasst und um ausgewählte Fleischgerichte erweitert. Hierbei wurde bewusst auf rotes Fleisch verzichtet, so dass vergleichsweise geringe Treibhausgasmengen verursacht werden. Inzwischen wird der Green Day von den Studierenden sehr gut angenommen. Im Vergleich zu den restlichen Donnerstagen, an denen der Green Day nicht stattfindet, ist in zwei von acht Mensen die Nachfrage am Green Day sogar gestiegen, in den anderen Mensen bleibt ein sehr geringer Teil der Gäste an diesem Tag fern.

Beispiel Freiburg-Schwarzwald: Veggie-Day als Probiertag mit Feedbackmöglichkeit. Das StW Freiburg-Schwarzwald schafft sich mit dem Veggie-Day und anderen Aktionstagen einen Experimentierraum, in dem neue vegane Rezepturen und Aktionsideen entwickelt und erprobt werden. 2010 wurde der Veggie-Day damals noch als „Green-Day“ eingeführt, um für den Zusammenhang von Fleischkonsum und Klima zu sensibilisieren. Seitdem wird einmal im Semester an allen Mensen zugleich komplett auf Fleisch verzichtet, was anfangs zu massiver Kritik führte, aber inzwischen gut funktioniert:

Der Veggie-Tag ist längst nicht mehr so kontrovers. Damals sind die Zahlen zwischen 15 und 20 Prozent zurückgegangen, jetzt haben wir fast keinen Rückgang mehr an diesem Tag. Wir nutzen den Veggie-Day inzwischen nicht mehr, um zu polarisieren und zu informieren, sondern um neue Gerichte auszuprobieren. (StW Freiburg-Schwarzwald, 10.09.2018)

Dazu wurde in den Mensen ein Bewertungstool aufgestellt. Auf kleinen Terminals können die Gäste ihre Buchungen überprüfen und Bewertungen abgeben: Ein Essen kann mit null bis fünf Sternen bewertet werden; Anzahl und Gesamtwertung werden dann über das Warenwirtschaftssystem an die Küche weitergeleitet. Anfangs waren die Studierenden noch unsicher, wie ernst ihr Feedback genommen wird. Doch die Mensen übernehmen alles in den Speiseplan, was von ausreichend Gästen (z. B. zehn Prozent) mit durchschnittlich vier Sternen und mehr bewertet wurde. Dank des Feedbacktools erhält der Veggie-Day einen experimentellen Charakter und wird an das alltägliche Angebot rückgekoppelt. Auch bei anderen Aktionen wird das Tool erfolgreich eingesetzt, z. B. um in der Rubrik *Newcomer* neue Trendrezepte wie Gemüse-Bowls zu testen.

2.3.4. Feedback und Partizipation

Zwar sind uns die in 2.3.3. beschriebenen Feedbackmonitore nur aus Freiburg bekannt, doch die Möglichkeit für Mensa-Gäste, Rückmeldung zum Speiseangebot zu geben, hat sich in mehreren

Interviews als besonders wichtig herausgestellt. Laut dem StW Leipzig hängen davon auch die Handlungsmöglichkeiten des StWs in Bezug auf Veränderungen in der Hochschulgastronomie ab: Eine radikale Erhöhung des vegetarischen Angebots sei an sich denkbar, aber „wenn, dann nur mit dem Gast“ (StW Leipzig, 21.11.2018).

Beispiel Leipzig: Feedback vor Ort, in Umfragen und Mitbestimmung im Mensa-Ausschuss. Neben dem StW Freiburg-Schwarzwald hat auch das StW Leipzig ein Feedback-System vor Ort in den Mensen eingerichtet. Es gibt Lob- und Kritik-Karten, die beschrieben und vor Ort eingeworfen werden können. Pro Jahr werden 500-600 Karten ausgefüllt, außerdem gibt es auch Nachfragen direkt per E-Mail. Auf alle Fragen wird per E-Mail geantwortet. Durch regelmäßige Mensaumfragen versucht das StW zusätzlich die Meinungen der Gäste einzuholen (vgl. StW Leipzig, 21.11.2018).

Über Feedbackmöglichkeiten hinaus haben Studierende in Leipzig die Möglichkeit, das Speiseangebot im Mensa-Ausschuss aktiv mitzugestalten. Der Ausschuss tagt zweimal im Jahr und setzt sich zusammen aus Vertreter*innen der Studierenden (aus Öko-Referaten der Leipziger Hochschulen), den Abteilungsleiter*innen der Mensen und Cafeterien und dem Einkäufer der Hochschulgastronomie. Im Mensa-Ausschuss wurde auch die Einführung des Veggie-Tages entschieden (als Idee von den Studierenden eingebracht) und dessen Ausweitung von einmal auf zweimal im Semester beschlossen.

Beispiel Heidelberg: Kulinarische Sprechstunde. Im StW Heidelberg findet einmal im Semester eine kulinarische Sprechstunde statt, in denen Studierende zum Gespräch mit Mitarbeiter*innen des StW eingeladen werden. In Zeiten, in denen bestimmte Mensa-Themen medial stärker thematisiert werden, ist die Sprechstunde stärker besucht. Feedback wird außerdem über die Sozialen Medien geäußert und gegenüber den Mitarbeiter*innen, die in der Mensa direkt vor Ort arbeiten (vgl. StW Heidelberg, 19.11.2018).

2.3.5. Nachhaltigkeitsmensen als Experimentierräume

[E]ine rein vegane Mensa ist der beste Weg, um an Universitäten Tierleid zu verhindern und über die tägliche Ernährung etwas für die Umwelt zu tun. Je einfacher es den Studierenden gemacht wird, vegan zu essen, desto wahrscheinlicher wird das Angebot auch angenommen. (PETA, 2018)

Rein vegetarische, vegane und/oder klimabewusste Mensen sind in deutschen StWs bisher nur vereinzelt vertreten. (Ein ähnliches Beispiel wäre eine reine Bio-Mensa, etwa im StW Dresden.) Die oben zitierte Einschätzung von PETA orientiert sich schließlich nicht am Verpflegungsauftrag der StWs (siehe 2.2.2.), sondern an Überlegungen zum Tier- und Umweltschutz. Allerdings haben die von uns

interviewten StWs Erlangen-Nürnberg, Berlin und Leipzig sehr positive Erfahrungen mit solchen Mensen gemacht.

Beispiel Berlin: Veggie- und Vegan-Mensa nach Umbauarbeiten. Das Berliner StW eröffnete Anfang 2010 die erste Veggie-Mensa Deutschlands, neun Jahre später folgte die erste Vegan-Mensa. Das StW Berlin betont jedoch:

Angesichts unserer insgesamt 55 Einrichtungen können wir so etwas leichter ausprobieren als z. B. Studierendenwerke, die nur vier Mensen haben, das hat einen ganz anderen Stellenwert (StW Berlin, 05.12.2018).

Außerdem befinden sich an beiden Standorten große Mensen mit regulärem Angebot in unmittelbarer Nähe.

Einerseits reagierte das StW Berlin mit diesen Veggie-Mensen auf die wachsende Nachfrage nach einer vegetarischen und veganen Ernährung. Andererseits benötigten beide Standorte aufgrund von Umbaumaßnahmen ein neues Konzept und konnten durch die Umstellung auf ein vegetarisch-veganes Profil erhalten bleiben.

Veggie-Mensa N°1: Aufgrund einer Gebäudesanierung und Bibliothekserweiterung sollte die damals größte Mensa der FU Berlin verlegt werden. Widerstand regte sich, sodass beschlossen wurde, dort zumindest eine kleine Mensa zu erhalten. Dafür musste die Gästezahl gedrosselt werden, wozu eine Veggie-Mensa geeignet schien. Obwohl einige Studierende bei der Eröffnung ein Protest-Grillen durchführten, sprechen die Zahlen inzwischen für sich: Täglich essen 1200 Gäste in der Veggie-Mensa, die ursprünglich für 500 Personen ausgelegt war.

Vegan-Mensa Veggie 2.0: Im Oktober 2018 wandelte das StW Berlin alle Cafeterien, in denen de facto seit einigen Jahren auch warme Mittagsmahlzeiten angeboten wurden, formal in Mensen um. Nur auf diese Weise konnten einheitliche Preise in allen Einrichtungen gewährleistet werden: Cafeterien sind offiziell nur für Zwischenmahlzeiten zuständig und diese werden nicht finanziell bezuschusst.

Durch die Umwandlung der Cafeterien hätte es im StW-Hauptgebäude somit zwei Mensen mit gleichem Angebot gegeben. Daher schlug die Abteilungsleitung vor, in der ehemaligen Cafeteria eine besondere, rein vegane Mensa zu eröffnen.¹² Weitere Maßnahmen unterstützen die Einführung der Vegan-Mensa (vgl. StW Berlin, 05.12.2018):

- Namenswettbewerb,
- Errichtung einer Vitalbar zum Verkauf frischer Smoothies,

¹² Wie sich dies auf das vegane Angebot der großen Mensa des StW-Hauptgebäudes auswirkt, war zum Zeitpunkt des Interviews noch nicht einzuschätzen.

- Eröffnung einer gläsernen Nudelmanufaktur, die direkt nebenan Produkte für die Mensa und zum Verkauf herstellt,
- Kräuter aus eigener Herstellung auf dem 2018 angelegten Dachgarten,
- Einstellung einer speziell geschulten Köchin.

Die Frage, ob die Erwartungen des StW Berlin durch die Maßnahmen erfüllt sind, kann derzeit noch nicht mit verlässlichen Daten beantwortet werden, sollte jedoch nach einigen Jahren ein interessantes Ergebnis liefern.

Beispiel Leipzig: Experimentierraum Nachhaltigkeits-Mensa. Auch in Leipzig wurde mit der Umwandlung der Mensa Peterssteinweg eine Einrichtung mit Fokus auf nachhaltige Ernährung geschaffen. Hier wird zwar auch Fleisch angeboten, jedoch vor allem aus artgerechter Tierhaltung. Außerdem werden mehr regionale Produkte angeboten als an anderen Standorten. Über das gastronomische Angebot hinaus ist die Mensa auch zum Experimentierraum für alternative Verpackungen, z. B. Strohhalme aus Stroh, oder umweltfreundliche Reinigungsmittel geworden.

Über Aktionen wie Verkostungen, Stände von regionalen Anbietern und Aufklärungskampagnen zu artgerechter Tierhaltung klärt das StW Leipzig über die Besonderheiten der Mensa auf - auch um zu erklären, warum Fleischgerichte dort teurer sind. Eine Erkenntnis seit der Umwandlung im Wintersemester 2015/16: Diese Mensa erfordert mehr Kommunikation mit den Gästen, da es insgesamt mehr Nachfragen und Feedback gibt (vgl. StW Leipzig, 21.11.2018). Ähnliche Erfahrungen haben die StWs Berlin und Erlangen-Nürnberg mit rein vegetarischen Mensen gemacht (mehr zur Nürnberger Veggie-Mensa im Abschnitt 2.3.1.).

2.3.6. Kooperationen und Kooperativen

Bisher haben wir Beispiele für Maßnahmen zusammengetragen, die StWs eigenständig durchführen können. Diese werden teilweise jedoch erst durch Kooperationen mit externen Initiativen angestoßen oder ermöglicht. Zudem entsteht durch den Zusammenschluss mehrerer StWs in Einkaufskooperationen noch einmal eine neue Dimension des Wirkungspotenzials. Um solche Formen der Kooperation soll es nun im letzten Abschnitt gehen.

Beispiel Hamburg: Kooperationen als Impulsgeber. In vielen StWs sind Kooperationen mit externen Organisationen oder Initiativen oft Anstoß und Ausgangspunkt für Maßnahmen zur Reduktion von Fleischgerichten. Das StW Hamburg z. B. hat vor einigen Jahren den Klimateller entwickelt, als sich eine Gruppe von Studierenden und Promovierenden mit der Idee an die Hochschulgastronomie wandte. Sie schlossen sich im Verein GreenFlux zusammen (den es heute in dieser Form nicht mehr gibt) und kooperierten mit dem StW in Fragen zum CO₂-Fußabdruck der Nahrungsmittel und Speisen sowie im Bereich der Informationsbereitstellung und Aufklärung über den Klimateller. Von Seiten des StW wurde diese Kooperation als sehr bereichernd empfunden. Mit

Informationsständen und Aktionen sensibilisierte GreenFlux für eine klimabewusste Ernährung. Der Verein ließ außerdem einen Werbespot drehen, der unter anderem in Hamburger Kinos lief - etwas wofür das StW Hamburg selbst keine Kapazitäten hätte (vgl. Perspektive Media, 2011). Der Verein habe gezeigt, dass Informationskampagnen zu nachhaltiger Ernährung stärker emotional und nicht nur rational gestaltet werden müssen, um zu überzeugen (vgl. StW Hamburg, 02.10.2018).

Beispiel Heidelberg und Leipzig: Weiterbildungen. Unsere Recherchen haben gezeigt, dass für erfolgreiche Veränderungen im Speiseplan nicht nur die Konsument*innen überzeugt werden müssen, sondern auch die Produzent*innen - also die Köchinnen und Köche im Mensabetrieb. Das StW Heidelberg kooperiert in diesem Bereich seit 2015 mit dem veganen Koch Björn Moschinski und beschreibt die Zusammenarbeit als sehr erfolgreich:

Bei den ersten Auftaktveranstaltungen, bei denen wir uns mit dem Thema beschäftigten, hat er sich mit in die Küche gestellt, hat mitgearbeitet und hat die Köche sehr gut inspiriert. Es ist natürlich schwierig, wenn da neue Produkte kommen. Und das Vegane ist ja eine Lebenseinstellung - die Köchinnen und Köche davon zu überzeugen, das ist ihm sehr gut geglückt. (StW Heidelberg, 19.11.2018)

Seitdem wird Björn Moschinski vom StW Heidelberg regelmäßig als Referent für Fortbildungen eingeladen. Die Albert-Schweitzer-Stiftung unterstützt das StW Heidelberg mit Rezepturen, im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und durch Hinweise auf Lebensmittellieferanten (vgl. Albert-Schweitzer-Stiftung, 2016).

Das StW Leipzig hat Vegan-Schulungen des Vegetarier Bundes (VeBu, jetzt in ProVeg umbenannt) genutzt, um Ideen für neue vegane Gerichte zu bekommen. Mit besonders ansprechenden Gerichten möchte das StW auch Gäste überzeugen, die normalerweise Fleisch essen würden. Das Interesse der Köchinnen und Köche am Thema ist hoch und am Veggie-Tag werden Gerichte mit besonders viel Kreativität und Mühe umgesetzt (vgl. StW Leipzig, 21.11.2018).

Beispiel Einkaufs-Kooperationen. StWs kooperieren nicht nur mit externen Initiativen, sondern auch untereinander. Sie stehen im Austausch – das betrifft Erfahrungen, aber auch Rezepturen – und schließen sich darüber hinaus in Einkaufs-Kooperativen zusammen, z. B. in Baden-Württemberg. In einer Einkaufskooperation wird die Einkaufsmacht gebündelt: Mehrere Betriebe einigen sich auf gemeinsame Bedingungen an den Handel, z. B. dass keine gentechnisch veränderten Produkte gekauft werden. Weil die StWs gemeinsam auf eine nennenswerte Bestellmenge kommen, können sie ihre Verhandlungsposition verstärken und Veränderungen bei den Zulieferern bewirken.

Auf diese Weise haben die StWs in Deutschland erreicht, dass der Großhändler "Deutsche See" den Anteil von nachhaltig gefangenem Fisch massiv gesteigert hat. Auf einer Mensatagung beschlossen sie, nur noch MSC-zertifizierten Fisch anzubieten. Damit stieg die Nachfrage nach

zertifiziertem Fisch bedeutend, sodass „Deutsche See“ mehrere Fischereibetriebe dazu veranlasste, auf nachhaltige Fangmethoden umzusteigen. Ein weiterer Erfolg der Einkaufs-Kooperation war der Verzicht auf Eier aus Käfighaltung.

Artgerechte Tierhaltung - das ist laut dem StW Freiburg-Schwarzwald der nächste Schritt der Einkaufs-Kooperationen. So sollen sie gemeinsam erwirken, dass mehr Betriebe auf bessere Haltungsbedingungen umstellen. Das sei jedoch nur durch große Investitionen und Veränderungen in der Landwirtschaft möglich und daher schwieriger zu realisieren als die Umstellung auf MSC-Fischfang. Gleichzeitig geht das StW davon aus, dass Gäste sich beschweren würden, wenn nur noch teureres Fleisch aus artgerechter Tierhaltung angeboten wird. Trotz der Schwierigkeiten sei es eine wichtige nächste Herausforderung der Einkaufs-Kooperativen (vgl. StW Freiburg-Schwarzwald, 10.09.2018).

2.4. Fazit

Diese Forschung innerhalb dieses Teilprojekts der Themenklasse 2018/19 hat sich mit Maßnahmen zur Reduktion von tierischen Produkten im Speiseangebot von Mensen auseinandergesetzt. Auf Basis von Internetrecherchen und (Telefon-)Interviews und E-Mail-Kontakt präsentierten wir in diesem Bericht Maßnahmen, mit denen StWs das vegan-vegetarische Angebot ausgeweitet haben sowie Strategien, mit denen sie mehr Akzeptanz für Veränderungen im Speiseangebot schaffen konnten.

Der Gestaltungsspielraum von StWs bewegt sich zwischen den Grenzen dessen, was **logistisch möglich** ist und dessen, was für StWs **im Rahmen ihres Selbstbildes vorstellbar** ist. StWs erfüllen einen sozialstaatlichen Auftrag: Die Nachfrage aller Studierenden soll zu sozial verträglichen Preisen gedeckt werden. StWs verstehen sich dabei als unpolitische Dienstleister, die niemandem den vermeintlich richtigen Ernährungsstil aufzwingen wollen und dürfen. In den Interviews zeigte sich jedoch, dass nicht alle StWs diesen **unpolitischen Verpflegungsauftrag** identisch auslegen: Für manche werden dadurch Maßnahmen wie der Veggie-Day oder die Veggie-Mensa zum Tabu. Andere sehen ökologische Ziele als Teil ihres sozialen Auftrags.

Den Anteil vegetarisch-veganer Gerichte im alltäglichen Angebot zu steigern, ist aus Sicht der meisten StWs vielversprechender als einzelne, kontroverse Maßnahmen (wie z. B. Veggietage und Veggiemensen). Doch auch hier kommt es darauf an, negativen Reaktionen vorzubeugen. Neben der Ausweitung fleischloser Gerichte können **verkleinerte Fleischportionen** dabei helfen, den ökologischen Fußabdruck zu verringern. Dadurch wird nicht nur weniger Fleisch konsumiert, sondern bei gleichem Preis kann hochwertigeres, umweltschonendes Fleisch eingesetzt werden. Das StW Freiburg-Schwarzwald bietet daher immer weniger klassische 1-2-3-Gerichte an (Fleisch, Kartoffeln, Gemüse), bei denen das Verkleinern der Fleischportion nicht gut funktioniert.

Über **Feedback und Partizipationsmöglichkeiten** können Maßnahmen aus der Studierendenschaft heraus angeregt werden. Beispielsweise wurde das vegane Angebot in Berlin auf

der Grundlage von Feedback erweitert. In Leipzig erreichten Studierende im Mensa-Ausschuss, dass ein Veggie-Day eingeführt wurde. Außerdem helfen niedrigschwellige Feedbackmöglichkeiten wie Karten oder Monitore vor Ort dabei, neue vegane Rezepturen zu testen und erfolgreich in den Speiseplan aufzunehmen.

Ob die Mensagäste gezielt über nachhaltige Angebote informiert werden sollten (durch entsprechende Label), oder vordergründig von Aussehen und Geschmack angeregt werden sollten, wird unterschiedlich bewertet. In Berlin z. B. lotsen mehrere **selbstgestaltete Label** durch das Angebot – u.a. kennzeichnet der „Klimabaum“ ein veganes Klimaessen, das alle größeren Mensen täglich anbieten. Laut anderer StWs wie Freiburg-Schwarzwald und Erlangen-Nürnberg sollte die Information, ob ein Essen vegan, vegetarisch oder klimafreundlich ist, eher **im Hintergrund** stehen.

Die **Veggie-Mensen** in Berlin und Nürnberg und die **Nachhaltigkeitsmensa** in Leipzig werden gut von den Studierenden angenommen. Sie erfordern allerdings auch mehr Kommunikation als andere Mensen. Außerdem wurde der jeweilige Standort mit Bedacht gewählt. In all diesen Mensen werden neue Ideen und Rezepte ausprobiert und, sofern erfolgreich, auf andere Standorte ausgeweitet.

Kooperationen mit **externen Partnern** verschaffen StWs die nötige Expertise, z. B. um einen Klima-Teller einzuführen. Durch eine langjährige Kooperation, etwa zwischen Heidelberg und der Albert Schweizer Stiftung, kann das vegane Angebot kontinuierlich verbessert werden. Dabei spielen auch Weiterbildungen eine wichtige Rolle. StWs kooperieren auch untereinander. In Form von **Einkaufs-Kooperativen** können sie durch Kriterien für einen nachhaltigen Einkauf sogar die Produktionsbedingungen beeinflussen. Nach Erfolgen der Kooperativen beim Fischfang und bei Legehennen könnte ein nächster, wenn auch herausfordernder Schritt sein, nur noch Fleisch aus artgerechter Tierhaltung zu kaufen. Weltweit trägt die Produktion tierischer Produkte maßgeblich zu den steigenden Emissionen anthropogener Treibhausgasen bei. Um diese zu reduzieren, sind Veränderungen in der Ernährung unausweichlich – auch in der Außer-Haus-Verpflegung. StWs sind sich dessen bewusst und haben u.a. eine Vielfalt an Maßnahmen entwickelt, um den Anteil vegan-vegetarischer Speisen zu erhöhen und Akzeptanz für solche Veränderungen zu schaffen. Einige vielversprechende Maßnahmen haben wir hier vorgestellt, um zum weiteren Austausch zwischen StWs und anderen Akteur*innen beizutragen.

3. Bevormundung und Mündigkeit - Philosophische Perspektiven

3.1. Einleitung

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit dem Konzept der *Bevormundung* aus philosophischer Sicht unter der Annahme, dass Menschen mündige bzw. selbstbestimmte Entscheidungen treffen können. Zunächst haben wir dafür eine (Minimal-) Definition entwickelt, die spezifiziert, unter welchen Bedingungen eine Handlung bevormundend ist. Unterschiedliche Maßnahmen lassen sich auf einer Skala einordnen, die unterschiedliche Abstufungen zwischen *Selbstbestimmung* und *Bevormundung* zulässt. Anschließend beschäftigen wir uns mit einigen konkreten, der im vorangegangenen Teil dargestellten, Maßnahmen von StWs deutschlandweit, die wir zunächst in unterschiedliche Kategorien einordnen. Darauf aufbauend werden wir einige Maßnahmen auswählen, die wir für besonders interessant und vielversprechend halten und werden sie entlang der Achse *Bevormundung - Selbstbestimmung* zueinander in Beziehung setzen.

Eine Vorannahme, auf die wir uns in den folgenden Kapiteln stützen, ist die Idee der Mündigkeit. Wir gehen in unseren Überlegungen davon aus, dass Konsumierende grundsätzlich dazu in der Lage sind, mündige Entscheidungen zu treffen, wenn sie im Besitz der relevanten Informationen für ihre Entscheidung sind.¹³ Das heißt, dass wir den Konsumierenden mehr Mündigkeit zusprechen, wenn sie beispielsweise mit mehr transparenten Informationen von Seiten der Mensen versorgt sind. Wir geben diese Annahme aus diesem Grund an, da es sich durchaus um eine problematische und diskussionswürdige Annahme handelt, also die Frage inwieweit eine Beziehung zwischen Informiertheit und Mündigkeit besteht. Für uns ermöglicht dieses Verständnis einen Erkenntnisgewinn: Würden wir davon ausgehen, dass Studierende grundsätzlich **nicht** in der Lage sind, mündige Entscheidungen zu treffen, wird eine differenzierte Betrachtung der Maßnahmen und deren unterschiedlicher Grad an Bevormundung unmöglich. Gleichzeitig schließen wir damit natürlich ein Ergebnis konzeptionell aus - es ist nach unserem Verständnis notwendig, dass es, zumindest in der Theorie, Maßnahmen gibt, die die Mündigkeit befördern. Inwiefern diese Grenzziehung problematisch ist, wird in Kapitel 4 vertieft diskutiert.

3.2. Minimaldefinition von Bevormundung

Die von uns entwickelte Definition von Bevormundung stützt sich auf drei Kriterien, die jeweils notwendig und gemeinsam hinreichend dafür sind, dass eine Handlung als bevormundend eingestuft

¹³ Die Idee der *Mündigkeit* ist in der Philosophie stark mit dem aufklärerischen Ideal Immanuel Kants verbunden, wie er sie in seinem Aufsatz: „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ (1784) diskutiert. Mündigkeit bei Kant ist zu verstehen als Fähigkeit, sich seines eigenen Verstandes ohne Anleitung anderer zu bedienen. Die Verbindung von Informiertheit und Mündigkeit ist unsere eigene Stipulation, die u.a. an Erkenntnisse der Handlungstheorie anknüpft. Siehe z. B. Schlosser (2015) „Agency“, oder Wilson & Shpall (2016) „Action“, Beide: *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*.

wird. Diese Kriterien sind Einschränkung, Absicht und fehlende Akzeptanz. Wir sind uns bewusst, dass die von uns entwickelte Minimaldefinition keinen Anspruch auf Vollständigkeit in jedem möglichen Untersuchungsbereich hat, sich aber vor allem für die Erforschung unserer Forschungsfrage eignet, die nach erfolgreichen Maßnahmen für nachhaltige Angebote in öffentlichen Mensen fragt. Im Folgenden erläutern wir die drei Kriterien sowie ihre Beziehung untereinander und motivieren kurz, warum diese Kriterien insbesondere für unseren Untersuchungsgegenstand interessant sind.

3.2.1. Einschränkung

Um als bevormundend klassifiziert zu werden, muss eine Handlung mindestens zur Folge haben, dass eine Person in ihren Handlungsoptionen eingeschränkt ist. Das bedeutet, dass sich diese Person, die von der Einschränkung betroffen ist, eine Handlung ausführen will, dies aber aufgrund der situativen Handlungseinschränkung nicht kann oder die relevante Handlung zumindest deutlich erschwert ist. Es ist wichtig, hierbei hervorzuheben, dass es sich um *relevante* Handlungsoptionen handeln muss. Was dabei als relevant gilt, ist abhängig vom Kontext. Der Kontext wird dabei durch den Auftrag der StWs bzw. konkret der Mensen bestimmt. Als öffentlicher Dienstleister hat die Mensa *prima facie* den Anspruch und den Auftrag, die Felder der Bedürfnisse möglichst breit abzudecken.¹⁴ Um diesem Zweck gerecht zu werden, müssen die relevanten Handlungsoptionen nicht zu spezifisch sein: Konkret ist es also nicht relevant, welches vegane, vegetarische oder fleischhaltige Gericht angeboten wird, da es um die Tatsache geht, *dass* ein solches Gericht angeboten wird.¹⁵ So handelt sich nicht um eine relevante Handlungsoption, dass jeden Tag in der Mensa Paprikagemüse als Beilage gewählt werden kann und ist demnach auch keine Einschränkung in unserem Sinne, wenn statt Paprika gebratene Zucchini im Angebot sind.

Das von uns genannte Kriterium lässt sich in einer offensichtlichen Weise abstufen, das heißt, dass das Kriterium es erlaubt, Handlungen in starke und weniger starke Bevormundung einzuteilen. Somit erlaubt uns das Kriterium in der Analyse von Maßnahmen zweierlei: Zum einen festzustellen, *ob* das Kriterium überhaupt erfüllt ist, ob also eine bevormundende Handlung vorliegen kann. Zum anderen erlaubt das Kriterium uns einzuschätzen, *wie stark* die bevormundende Handlung entlang der Achse der Einschränkung ist. Eine Abbildung dieser Abstufungen ist in der Konklusion zu finden.

¹⁴ So verstehen sich die StWs jedenfalls selbst (vgl. 2.2.). Uns ist es aber wichtig anzumerken, dass die Frage nach den relevanten Handlungsoptionen einen starken Einfluss auf die Frage nach der Bevormundung hat. Was relevante Handlungsoptionen sind, hängt stark vom Kontext ab. Das tatsächliche Selbstverständnis der StWs kann natürlich davon abweichen, wie das Selbstverständnis sein *sollte*. Warum sollte ein öffentlicher Dienstleister etwa nicht den Auftrag haben, Leid zu vermeiden, wo es möglich ist? Sollte dies der Ausgangspunkt sein, würde das Anbieten von Fleisch vermutlich von vornherein ausgeschlossen sein. Kontingenterweise haben die StWs diesen Auftrag aber (derzeit) nicht.

¹⁵ Es gibt allerdings Ausnahmen: Etwa wenn Überzeugungen, Allergien oder ähnliche Umstände ebenfalls in die Wahl der Konsument*in mit einfließen. Dann sind Maßnahmen nur dann nicht bevormundend, wenn sie diesen Einschränkungen entsprechenden Kategorien gerecht werden.

3.2.2. Absichten

Das zweite Kriterium, das für die Bewertung einer Handlung als bevormundend vorliegen muss, ist das der Absichten. Damit meinen wir, dass die Einschränkung der Handlungsoption, die wir im vorangegangenen Abschnitt erläutert haben, von der Person, die die Handlung ausführt, beabsichtigt ist. Bevormundung ist also unserem Verständnis nach, ein aktiver Prozess: Eine Handlung bewerten wir nur dann als bevormundend, wenn die Handlung von Person A die Einschränkung der Handlungsoptionen von Person B zum Ziel hatte. Diese Bedingung ist, anders als die Einschränkung von Handlungsoptionen, keine gradierbare Bedingung, sondern eine, die entweder erfüllt ist oder nicht erfüllt ist.

Wann genau etwas beabsichtigt ist, bleibt bei genauer theoretischer Ausarbeitung, vage. Für unsere Zwecke meinen wir damit, dass die Einschränkung mindestens vorhergesehen wurde und die Handlung, die zur Einschränkung führt, freiwillig ausgeführt wurde. Damit werden klare Fälle von Beabsichtigung gefasst, in denen ein StW befindet, es sei gut auf Produkt X zu verzichten, und es deshalb tut. Auch weniger klare Fälle von Beabsichtigung werden von unserem Verständnis gefasst: Wenn ein StW etwa beabsichtigt, den Speiseplan gesünder zu gestalten, und dies zur Folge hat, dass auf das Produkt X verzichtet wird, könnte argumentiert werden, dass in diesem Fall keine Absicht in Bezug auf das Verzicht auf Produkt X vorliegt. In diesem Fall ist es ausreichend, die Folge abzusehen und sich freiwillig dafür zu entscheiden. Ein Fall, der hingegen von unserem Verständnis ausgeschlossen wird, ist etwa der, in dem das StW aus wirtschaftlichen Gründen das Produkt X aus dem Speiseplan streicht; hier ist zwar das Kriterium der Vorhersehbarkeit gegeben, nicht aber das der Freiwilligkeit (das betroffene StW steht dann selbst unter einem Sachzwang).

3.2.3. Fehlende Akzeptanz

Das letzte Kriterium unserer Minimaldefinition besteht in der eigenen Einstellung der beteiligten Parteien zur Maßnahme. Damit meinen wir, dass die Einschränkung, die die einschränkende Person, A, bezüglich der Handlungsoptionen der eingeschränkten Person, B, durchführt, aus A's *eigener* Einstellung zu den Optionen und nicht etwa der vermuteten Einstellung von Person B stattfindet. Die Tatsache, dass B epistemische Gründe hat, die aus ihrer Sicht gegen die Einschränkung der Handlungsoption sprechen, wird von A somit nicht in einem solchen Maße berücksichtigt, dass dies zur Unterlassung der Einschränkung führt. Wenn wir von Akzeptanz sprechen, geht es uns um die hypothetische Zustimmung von B, nicht um die tatsächliche Einwilligung oder Ablehnung.

Auch dieses Kriterium ist damit gradierbar: So ist es möglich, dass A die Einstellung von B vollkommen außer Acht lässt, genauso gibt es viele Handlungen, bei denen A etwa vorgibt, B's epistemische Gründe in die Entscheidung miteinfließen zu lassen, oder dies tatsächlich tut.

Dieses Kriterium wirft nicht zuletzt die Frage der relevanten Gründe auf. Je nachdem wie die Gründe bewertet werden, ändert sich die Einschätzung der Maßnahme. Durch das Einschließen dieser Bedingung kommt somit eine zweite Achse zu der ersten Achse, der Einschränkung, hinzu: Akzeptanz.¹⁶ Unsere Minimaldefinition erlaubt es nicht nur, zu bewerten ob eine Maßnahme bevormundend ist oder nicht. Vielmehr ermöglicht unsere Minimaldefinition es, bevormundende Maßnahmen entlang der Achsen *Grad der Einschränkung und Grad der Akzeptanz* einzuordnen. Damit können wir auf Unterschiede in verschiedenen Maßnahmen präziser eingehen und ein genaueres Bild davon geben, welche Maßnahmen, die zu nachhaltigem Konsumverhalten führen sollen, wie zu bewerten sind und wie die erwartete Akzeptanz dieser Maßnahmen ist.¹⁷

3.3. Maßnahmen zu nachhaltigem Konsumverhalten

Bevor wir mit der Diskussion möglicher Maßnahmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit in Mensen beginnen, möchten wir eine wichtige Unterscheidung zwischen zwei Typen von Maßnahmen treffen. Dies ist die Unterscheidung zwischen Maßnahmen, die in einem veränderten Produktangebot resultieren und solchen, die dies nicht tun. In letztere Kategorie fallen etwa Maßnahmen wie das Ersetzen eines nicht-regionalen Produktes mit demselben Produkt aus regionaler Herkunft (wie es in fast allen angefragten StWs Deutschlands angestrebt wird), energieeffizientes Arbeiten (etwa beim StW Augsburg, Bielefeld und Frankfurt am Main), die Weiterverwendung von Speiseresten und Ölen (wie z. B. beim StW Essen-Duisburg) oder die Verwendung von ressourcenschonenden Einwegprodukten (z. B. StW Aachen). Maßnahmen dieses Typs werden wir im Folgenden *nicht* diskutieren, auch wenn wir denken, dass sie notwendig sind, um ein nachhaltiges Wirtschaften in Mensen zu erlauben. Wir diskutieren sie an dieser Stelle des Berichts deshalb nicht, weil sie - zumindest *prima facie* - keine Einschränkung der Konsumierenden zur Folge haben.¹⁸ Damit fallen sie nicht in das Feld bevormundender Maßnahmen.

¹⁶ Die persönliche Akzeptanz einer Maßnahme ist neben der Art von Begründung auch durch Faktoren wie dem medialen Diskurs beeinflusst. Wie der mediale Diskurs zum Thema fleischlose Ernährung verläuft und verlief, und wie er die öffentliche Meinungsbildung beeinflusst hat, wird ausführlich im dritten Teil (Kapitel 4) gezeigt und diskutiert.

¹⁷ Wie ist die Akzeptanz der Maßnahme in unseren Fallbeispielen zu messen? Sofern verfügbar, greifen wir auf Daten zurück, die diese Einstellung relativ direkt messen (etwa Bewertungssysteme), andernfalls sind wir leider darauf angewiesen, Vermutungen über die Einstellung zu treffen: So scheint es etwa (wie wir in 3.3 diskutieren) der Fall zu sein, dass eine Person eine negative Einstellung gegenüber einer Maßnahme hat, wenn sie an den Tagen, an denen die Maßnahme durchgeführt wird, der Mensa fernbleibt. Trotzdem messen wir damit die Akzeptanz nur pragmatisch - dementsprechend ist unsere Diskussion lediglich als eine Annäherung gedacht. Bei empirischer Forschung in diesem Gebiet empfehlen wir folglich, die Akzeptanz einer Maßnahme in jedem Fall ebenfalls zu messen.

¹⁸ Natürlich gibt es hierzu Ausnahmen: Wenn die Verwendung von Produkten aus regionaler Herkunft zu höheren Preisen führt, verändert die Maßnahme durchaus etwas am Angebot für den*die Konsument*in. Wir hoffen, dass die Überlegungen die wir in 2.4. zu wirtschaftlichen Anreizen ausführen, solche Veränderungen trotzdem aufgreifen.

Wir fokussieren uns in der Diskussion auf Maßnahmen, die in einem veränderten Produktangebot resultieren und damit (potentiell) eine Einschränkung der Konsument*innen bedeuten. Innerhalb dieses Typs von Maßnahmen unterscheiden wir wiederum sieben unterschiedliche Kategorien: lokaler Verzicht auf bestimmte Produkte, temporärer Verzicht auf bestimmte Produkte, ein reduziertes Angebot bestimmter Produkte, wirtschaftliche Anreize, die Transparenz und Informationspolitik sowie die Kategorie Nudging und offene Feedbackrunden. Diese Kategorien sind nicht als erschöpfend zu verstehen, die Kategorisierung stellt ein exploratives Vorgehen dar, in dem wir einige der möglichen Maßnahmen einordnen. Eine wichtige Bemerkung zu der empirischen Grundlage unserer Untersuchung ist der Verweis auf die Kurzfristigkeit der vorhandenen Daten. Da die meisten StWs noch nicht lange Daten zur Akzeptanz von nachhaltigkeitsfördernden Maßnahmen erheben und oft Maßnahmen bei kurzfristiger Inakzeptanz wieder aussetzen, lassen sich langfristige Prognosen schwer treffen. Die Akzeptanz ist also vor allem eine Momentaufnahme und kein langfristiger Blick: Es mag sein, dass das Einführen eines Verbotes bestimmter Produkte zwar kurzfristig (über einen Zeitraum von etwa fünf Jahren) nicht akzeptiert, langfristig aber akzeptiert wird. Diese Bemerkung ist also in gewisser Hinsicht als *Disclaimer* gedacht: Nur weil eine Maßnahme keine kurzfristige Akzeptanz zeigt, heißt das nicht, dass sie unter keinen Umständen sinnvoll ist.

3.3.2. (Lokaler) Verzicht auf bestimmte Produkte

Maßnahmen dieser Kategorie sind möglich, wenn ein StW mehrere Mensa-Standorte hat. So können einige dieser Standorte ein reduziertes Angebot bestimmter Produkte, die sich negativ auf die Nachhaltigkeit auswirken, bereitzustellen. Als Beispiel ist hier etwa die Mensa St. Paul des StW Erlangen-Nürnberg zu nennen, die seit mittlerweile vier Jahren als vegetarisch-vegane Mensa betrieben wird. Die Mensa erfreut sich nach eigenen Angaben großer Beliebtheit:

... die Essenszahlen steigen von Semester zu Semester stetig an. (StW Erlangen-Nürnberg 16.07.2018)

Gegenüber dieser Form von Maßnahme gibt es aber auch Vorbehalte, wie eine Antwort des StW Essen-Duisburg zeigt:

Eine reine Vegan/Veggie-Mensa ziehen wir bei uns derzeit nicht in Betracht, da wir unsere Speiseplangestaltung gemäß unserem Sozialauftrag vor allem an der Nachfrage unserer Kunden ausrichten und fleischhaltige Gerichte nach wie vor stark nachgefragt werden. *Außerdem möchten wir vermeiden, die Kunden zu bevormunden.* Die Gäste sollen die Wahl haben, je nach Vorliebe, Ernährungsprinzip oder Einstellung, welche Speisen sie zu sich nehmen. (StW Essen-Duisburg, 12.07.2018, eigene Hervorhebung)

Ob und inwiefern eine solche Maßnahme laut unserer Definition eine Bevormundung darstellt, diskutieren wir im Folgenden.

Exemplarisch diskutieren wir im Folgenden die sogenannte „Mensa Veggie № 1 - Die grüne Mensa“ des StW Berlin, die bereits in Abschnitt 2 vorgestellt wurde. An der Freien Universität Berlin gibt es seit 2009/2010 eine Veggie-Mensa, in der ausschließlich vegane und vegetarische Gerichte angeboten werden. Das war eine bewusste, intentionale Maßnahme, die u.a. deswegen eingerichtet wurde, weil die ursprünglich große Hauptmensa am gleichen Standort geschlossen werden musste und man im verkleinerten Raum weniger Gäste haben wollte.¹⁹ Die Frage nach der dritten Bedingung ist jedoch schwieriger zu beantworten. Das STW Berlin hat die Veggie-Mensa nicht aus dem Grund eingeführt, dass sie das rein vegetarische Angebot für „das Richtige“ oder das moralisch gebotene für die Studierenden angesehen hat. Es gab zum einen die Überlegung, dass die Gästezahl verringert werden musste, aufgrund von Platzproblemen, und zum anderen war die Nachfrage nach einem vegetarischen Angebot da und steigend, weshalb man darauf reagieren wollte und die Veggie-Mensa einrichtete. Ist diese Maßnahme nun bevormundend? Zur Eröffnung der Mensa gab es Demonstrationen („Protestgrillen“), aber die enorme Steigerung der Gästezahlen im Laufe der Jahre deutet auf eine gute Akzeptanz der Mensa seitens der Studierenden hin. Die Mensa ist für 500 Gäste ausgelegt, zieht aber inzwischen ca. 1200 Gäste pro Tag an. Außerdem sind den Studierenden in Form der anderen Mensen immer noch ausreichend Wahlmöglichkeiten gegeben, sodass das Maß von Bevormundung gering ist.

Schließlich sind die Gründe für die Eröffnung der Mensa weniger auf die ausgeschlossenen Handlungsoptionen bezogen, vielmehr wurden Kapazität und steigende Nachfrage als Gründe angegeben. Möglicherweise führt auch das zu einer höheren Akzeptanz der Maßnahme.

3.3.3. (Temporärer) Verzicht auf bestimmte Produkte

Am vermutlich meisten medial aufgeladen ist diese Kategorie, die solche Maßnahmen umfasst, welche ein temporäres Auslassen bestimmter Produkte zur Folge haben. Die prominenteste Maßnahme dieser Kategorie ist der Veggie-Day, der im letzten Teil des Berichtes mittels einer Diskursanalyse vorgestellt wird (siehe Kapitel 4). Verschiedene StWs haben diese Maßnahme bereits getestet. Bevor wir die Kategorie auf ihren Zusammenhang mit Bevormundung untersuchen, geben wir daher zunächst einen kurzen Überblick über die Erfahrung einiger StWs mit der Maßnahme.

Eine Zeit lang wöchentlich getestet wurde ein Veggie-Day am StW Tübingen-Hohnheim, jedoch fielen an eben diesem Tag in der Woche sehr viele Konsumierende weg, weshalb die Umsätze des StW zurückgingen (StW Tübingen-Hohnheim, 06.11.2018). Deshalb sah sich das StW gezwungen,

¹⁹ Die FU-Mensa ist nicht die einzige, die im Zuge einer ohnehin beschlossenen Baumaßnahme zu einer vegan-vegetarischen Mensa wurde.

den Veggie-Day wieder auszusetzen. Auch am StW Erlangen-Nürnberg wurde ein Veggie-Day erprobt und wieder abgesetzt. Das StW Ulm stellt sich nach eigenen Angaben gegen die Einführung eines Veggie-Days, da sie diesen, wie das eingangs zitierte StW Dresden, als eine bevormundende Maßnahme betrachten. Auch beim StW Mainz wurden gleiche Schlüsse gezogen:

Mit einem rein vegetarischen Tagesangebot haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. Die Studierenden fühlen sich davon bevormundet, weshalb wir an derartigen Aktionen nicht mehr teilnehmen. (StW Mainz)

Nur wenige StWs führen die Maßnahme in dieser Form durch: Das StW Schleswig-Holstein organisiert einen monatlich stattfindenden „Green Day“, an dem überwiegend vegane und vegetarische Gerichte angeboten werden, nachfragebedingt aber auch Fleisch angeboten wird. Dabei wird auf rote Fleischsorten verzichtet. In Leipzig findet quartalsweise bzw. einmal pro Semester in einer Mensa ein Veggie-Day statt, jedoch nicht parallel in mehreren Mensen. Sie schreiben darüber:

Wir wollen durch die Veggie-Tage zum Probieren vegetarischer Gerichte anregen und zeigen, dass vegetarisches Essen schmeckt und satt macht. Wir sehen die Aktion als ein Aufzeigen von Alternativen, nicht als Bevormundung und haben nicht die Absicht, Gäste zur vegetarischen Ernährung zu erziehen. (StW Leipzig)

Regelmäßige und häufig stattfindende Veggie-Days, also ein wöchentliches Auslassen von Fleischprodukten in allen Mensen, führt derzeit kein StW durch. Auch wenn der Veggie-Day in dieser Form an keinem (uns bekannten) StW (mehr) durchgeführt wird, wollen wir ihn dennoch als paradigmatisches Beispiel der Maßnahmenkategorie (*Temporärer*) *Verzicht bestimmter Produkte* behandeln. Dazu ordnen wir den Veggie-Day in der regelmäßigen und häufigen Form in Bezug auf Einschränkung und Akzeptanz ein.

Der Veggie-Day erfüllt klarerweise die drei Bedingungen, die wir in der Definition von Bevormundung angegeben haben. Das StW schränkt die Handlungsoptionen der Konsumierenden ein. Dass diese Handlungsoptionen relevant sind, ergibt sich aus dem öffentlichen Auftrag des StW, der sich, so das Selbstbild der meisten StWs, eben aus der Nachfrage der Studierenden ergibt. Es tut dies typischerweise mit einer bestimmten Absicht, ist also nicht ihrerseits durch äußere Umstände dazu gezwungen. Schließlich ist auch die dritte Bedingung erfüllt, da das StW für die Personen, die eigentlich vorhaben, Fleisch zu konsumieren, entscheidet, dass es z. B. im Hinblick auf Aspekte wie Klima oder

Tierethik, falsch ist.²⁰ Da alle drei Bedingungen erfüllt sind, geben wir im Folgenden eine Einschätzung zu der Frage, wie stark bevormundend die Maßnahme ist.

Bereits in der Einleitung haben wir das Beispiel des StW Tübingen-Hohnheim zitiert, dass einen Veggie-Day erprobt hat. Da an eben diesem Tag aber die Umsätze sehr stark zurückgingen (um etwa 20-25%), ist davon auszugehen, dass viele der Konsument*innen nur eine geringe Akzeptanz gegenüber der Maßnahme zeigten. Für viele Studierende scheint es also eine relevante Handlungsoption zu sein, Fleisch zu konsumieren, auf die sie nicht verzichten möchten. Am StW Leipzig protestierten Mensagäste gegen die Einführung des Veggie-Days und kritisierten die Maßnahme über Feedbackformulare.

Besonders interessant ist in diesem Beispiel, dass die Gründe, die das den Veggie-Day organisierende StW angibt, in jedem Fall öffentlich nachvollziehbare Gründe sind und keine, die lediglich aus einer privaten Aversion gegen Fleisch entstehen. Sowohl Klimaschutzaspekte als auch Tierwohlaspekte sind Gründe, die (zumindest in der Theorie) nachvollziehbar und transparent kommuniziert werden können.²¹ Jedoch gibt es Hinweise darauf, dass die Angabe von öffentlich nachvollziehbaren Gründen selbst nicht notwendigerweise die Akzeptanz der Studierenden für eine Maßnahme steigert, was eine Aktion des StW Freiburg im Jahr 2010 verdeutlicht, als der Begriff Veggie-Day noch nicht so geläufig war:

Der Zusammenhang von Essen und Klimaauswirkung stand damals noch nicht so im Fokus der Diskussion. [...] Wir haben zum Greenday Flyer ausgelegt, die das thematisiert haben. Und da gab es eine wahnsinnig große Reaktion darauf, in den sozialen Medien vor allem, sehr kontrovers und sehr emotional geführt: dass man das Essen politisiere. Es ging letztendlich um die Politik dahinter und dass die einen das den andern aufdrängen wollen.
(StW Freiburg)

Um die starke Einschränkung, die mit der Maßnahme einhergeht, zu befürworten, muss vielmehr darauf geachtet werden, die Wünsche der Studierenden selbst mit einzubeziehen. Dies kann in Form von eher passiven Umfragen oder aktiven Feedbackrunden stattfinden.

Der Vorteil der starken Einschränkung durch diese Maßnahme ist, dass (mit der Zeit) eine hohe erwartete Akzeptanz mit ihr einhergeht. Der *Greenday* des StW Schleswig-Holstein etwa hat "zu einer deutlichen Zunahme des vegetarischen Anteils [im Konsum] beigetragen" (Website STW SH), ähnliche

²⁰ Auch wenn dies so wahrgenommen wird, ist es im Prinzip falsch. Denn die StWs geben ja lediglich vor, am entsprechenden Tag kein Fleisch zu konsumieren und nicht *nie* Fleisch zu konsumieren.

²¹ Ob das auch de facto so ist, ist nicht unumstritten. Die Diskursanalyse (Kapitel 4) sowie einige der Interviews, die im ersten Teil (Kapitel 2) vorgestellt wurden, legen zumindest nahe, dass eine Umsetzung nicht notwendigerweise funktioniert.

Effekte erzielte eine Maßnahme des StW Freiburg. Die Frage, die sich ein StW also stellen muss, ist, ob der Aufwand, den die Akzeptanz für diese Maßnahme erfordert, gerechtfertigt ist.

3.3.4. Reduziertes Angebot bestimmter Produkte

Einen ähnlichen Ansatz, wie die in 3.3.3. besprochenen Maßnahmen, verfolgen Aktionen, die sich auf die Reduzierung bestimmter Angebote beschränken. Oft sind es auch hier die Fleischprodukte, die reduziert werden. So hat das StW Osnabrück eine Form des Veggie-Days eingeführt, an dem vegane und vegetarische Gerichte, aber auch ein Fleischgericht angeboten werden, um eine Bevormundung der Studierenden zu vermeiden. In einer ähnlichen Form beteiligt sich u.a. das StW Stuttgart einmal im Jahr an einer veganen Aktionswoche oder, wie viele andere StWs auch, am Weltvegantag²². Dabei wird die vegane Ernährung jeweils in den Fokus gestellt, es werden aber auch Fleischgerichte angeboten. Auch eingeschränkt sind in allen Mensen das Angebot von Fisch durch den Ausschluss von gefährdeten Fischarten wie u.a. Aal, blauer Marlin, Schwertfisch, Seeteufel, Seeszunge, Steinbeißer, Thunfisch und Viktoriabarsch.

Im Folgenden diskutieren wir die Maßnahmen, die das bestehende Angebot von Fleischprodukten oder besonders umweltschädlichen Produkten einschränken, ohne ganz auf die Produktart zu verzichten. Ein weit verbreitetes Beispiel ist, dass der Anteil der Fleischgerichte zugunsten vegetarischer und veganer Speisen sinkt. Ein hypothetisches Beispiel wäre der Verzicht auf Treibhausgas-intensives Rindfleisch, während andere Fleischsorten, wie Geflügel, weiterhin angeboten werden.

Da das Angebot der bestimmten Produktart lediglich reduziert wird, ist das einzige, was für die Konsumierenden wegfällt, die Entscheidung zwischen zwei Produkten dieser Art. Wo es vormals vielleicht eine Entscheidung zwischen zwei Sorten Fleisch gab, gibt es nach der Reduktion möglicherweise nur noch eine Sorte. Insofern wird die Handlungsfreiheit zwar eingeschränkt, da aber die relevante Option im Beispiel aber oft die Tatsache, dass Fleisch²³ wählbar ist, zu sein scheint, ist die Handlungsfreiheit in einer schwächeren Weise eingeschränkt als im Falle des Veggie-Days. Zudem stehen den Personen, die u. a. Fleisch in ihrer Ernährung haben, ja weitere neue Handlungsoptionen

²² Dieser findet am 1. November statt und wurde ursprünglich 1994 anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Gründung der Vegan Society in Großbritannien ausgerufen.

²³ Eine besondere Einschränkung kommt dann hinzu, wenn religiöse Aspekte miteinbezogen werden. Dementsprechend kann z.B. das Angebot von Schweinefleisch für Muslime*innen ein Ausschlusskriterium darstellen. Einschränkungen durch kulturelle Aspekte werden in dieser Arbeit allerdings nicht näher betrachtet. Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass Fleischkonsum durch Religionen mäßigend geregelt wird. Das bedeutet „religiöse Gesetze“ schränken den Fleischkonsum ein, schreiben diesen aber nicht vor. Das gilt auch in anderen Religionen als im Islam, z.B. Hinduismus sieht eine grundsätzlich vegetarische Ernährung vor, im Judentum dürften für Fleisch und Käseprodukte nicht die gleichen Töpfe verwendet werden und im Christentum ist vorgesehen freitags kein Fleisch zu konsumieren. Innerhalb dieser Arbeit wird jedoch vornehmlich auf die ökologischen Aspekte im Sinne der Nachhaltigkeit eingegangen, weniger auf kulturelle oder religiöse.

offen. Im Kontrast dazu bekommen Personen, die sich fleischfrei ernähren, weitere Optionen zur Auswahl hinzu. Insgesamt werden somit zwei verschiedene Einschränkungen abgewogen und zugunsten der Gruppe entschieden, die im herkömmlichen Sortiment in den Mensen die geringere Entscheidungsfreiheit hat.

Die Akzeptanz dieser Maßnahme ist, wenn man die Gründe betrachtet, ähnlich wie die der Maßnahme, die wir im vorigen Abschnitt diskutiert haben: Objektiv nachvollziehbare Gründe wie Klimaschutz und Tierwohl sind Gründe, die gut kommuniziert werden können. Im Gegensatz zum Veggie-Day aber kann es gut sein, dass viele Studierende die Maßnahme als weniger ideologisch gefärbt wahrnehmen, da sie nicht auf einen Verzicht von einer Produktart hinausläuft. Somit ist die Akzeptanz vermutlich stärker als die eines Veggie-Days. Der Effekt dieser Maßnahme ist, auch wenn nicht direkt der Verzicht auf ein Produkt impliziert ist, möglicherweise langfristig ebenso hoch wie der temporäre Verzicht auf ein Produkt.

Die Tatsache, dass die Reduktion bestimmter Produktarten in den meisten StWs angewandt wird, bestätigt diese Überlegungen: Die Maßnahme ist zwar einschränkend und damit in gewisser Weise bevormundend, trotzdem kann die Einschränkung in einem gewissen Maße legitimiert werden und die Maßnahme damit zu einem akzeptierten Schritt für mehr Klimaschutz oder Tierwohl werden.²⁴ Darüber hinaus wird aber auch die Bandbreite an Auswahl für viele Gäste vergrößert, denen bisher weniger Optionen zur Verfügung standen.²⁵ Besonders von der wachsenden Gruppe an Flexitarier*innen wird diese Art der Maßnahmen gut aufgenommen, wie einige StWs betonen. Beispielsweise laut dem StW Erlangen-Nürnberg liegt die Größe der Gruppe bei schätzungsweise 40-45%, Tendenz steigend (Sabine Schlüter; Jan-Peter Tews, Email 16.07.2018), ebenso im StW Chemnitz-Zwickau (Email Pierre Pätzold, 20.07.2018), und vom StW Freiburg werden Flexitarier*innen als Hauptessenstyp beschrieben (Interview).

3.3.5. Wirtschaftliche Anreize

Die vierte Maßnahme, die wir diskutieren, ist das Setzen wirtschaftlicher Anreize, um die Konsumierenden zum Konsum bestimmter Produkte anzuregen.

Die Idee bei der Maßnahme der wirtschaftlichen Anreize ist, dass das Erhöhen von Preisen bestimmter Produkte, den Großteil der Konsumierenden dazu anregt, günstigere Alternativen zu wählen. Zu beachten ist dabei, dass vor allem Personen von dieser Maßnahme betroffen sind, die

²⁴ Die Maßnahme bleibt dennoch bevormundend. Wenn die Maßnahme vollständig akzeptiert wäre, dann wäre die Maßnahme keine Bevormundung mehr. Davon gehen wir aber in der Diskussion hier nicht aus.

²⁵ Eine andere Möglichkeit zu argumentieren ist, dass derzeit eine bestimmte Gruppe von Menschen maximal viele Optionen hat wohingegen die Personen, die sich vegetarisch-vegan ernähren dies nicht haben. Eine Veränderung zu einem vegetarisch-veganen Angebot würde dann einfach nur für eine gleiche Verteilung von Auswahl sorgen - alle hätten maximal viele (alle) Optionen.

wirtschaftlich schlecht gestellt sind. Dementsprechend läuft diese Maßnahme Gefahr, dem öffentlichen Auftrag der Mensa insofern entgegenzuwirken, dass nicht alle Konsumierenden gleichermaßen am Angebot teilhaben können. Dies wird auch in der folgenden Diskussion um Fremdbestimmung eine zentrale Rolle spielen. Viele StWs, die auf diese Maßnahme setzen, nutzen z. B. einen Aufschlag auf den Kauf von Pappbechern (statt Tassen oder Mehrwegbechern).²⁶ Sowohl das StW Berlin als auch Erlangen-Nürnberg machen von dieser Maßnahme Gebrauch (nach eigenen Angaben mit Erfolg). Das StW Berlin hat zum 01.01.2019 den Verkauf von Pappbechern vollkommen eingestellt. Dennoch ist ein Blick auf die empirischen Daten, die der Aufschlag auf den Kauf von Pappbechern zur Folge hatte, aufschlussreich:

Der erste Preisaufschlag wurde im Jahr 2015 eingeführt (10ct/Pappbecher) und dann im April 2017 (20ct/Pappbecher sowie 20ct Einsparung bei eigener Tasse) sowie im März 2018 (40ct/Pappbecher) schrittweise erhöht. Das StW stellt die Daten seit April 2016 zur Verfügung. Der Rückgang im Verkauf von Pappbechern ist spürbar wie die folgende Grafik zeigt:

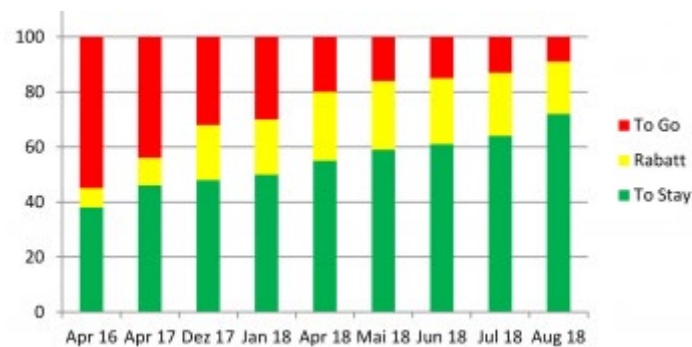


Abbildung 3: Konsum von Heißgetränken in Berliner Mensen nach Servierart, online verfügbar: <https://www.stw.berlin/mensen/themen/pappesatt.html>, aufgerufen am 27.06.2019

Pappbecher machten demnach im April 2016 noch etwas mehr als die Hälfte der Verkäufe aus, im August 2018 nur noch 9%. Gleichzeitig ist der Anteil von eigenen Tassen (in der Grafik als "Rabatt" gekennzeichnet) besonders zum Dezember 2017 gestiegen, danach aber weitgehend gleichgeblieben. Somit scheinen wirtschaftliche Anreize in bestimmten Situationen die Möglichkeit einer erfolgreichen Maßnahme zu bieten. Besonders die stufenweise Einführung des Rabatts bzw. stufenweise Abschaffung des Pappbechers über einen längeren Zeitraum lässt Akzeptanz in den Cafeterien und Mensen des StW Berlins vermuten.²⁷ Außerdem fällt auf, dass diese Maßnahme bestimmte Personengruppen in unterschiedlichem Ausmaß betrifft. Doch wie bevormundend ist die Maßnahme?

²⁶ Diese Maßnahme unterscheidet sich inhaltlich von den anderen, in denen es vor allem um die Reduktion von Fleischkonsum ging. Trotzdem funktioniert sie analog. Dass ein Preisaufschlag für Fleisch für die StWs nicht in Frage kommt, liegt am Selbstverständnis der StWs, das bereits in 2.2.1 diskutiert wurde.

²⁷ Eine Einschränkung ist dadurch gegeben, da die Abbildung 3 nicht zeigen kann, ob die absoluten Zahlen sich nicht verändert haben und auch keine Auskunft darüber liefern kann, wie viele der ursprünglichen Gäste nun in

Zunächst scheint klar zu sein, dass eine Handlungsoption - nämlich die des "To-Go-Bechers" - also das Trinken eines Getränkes an jedem beliebigen Ort, eingeschränkt wird. Doch bei dieser Maßnahme lohnt sich ein zweiter Blick, denn die Maßnahme schränkt unterschiedliche Personengruppen unterschiedlich stark ein. Während wirtschaftlich gut gestellte Personen kaum von der Maßnahme betroffen sind (denn für sie ist der "To-Go-Becher" weiterhin eine Handlungsoption), sind es wirtschaftlich schlecht gestellte Personen durchaus. Damit stellt sich hier die Frage, ob eine Einschränkung einer bestimmten Personengruppe rechtfertigbar ist. Angesichts des öffentlichen Auftrages der Mensa, ein Angebot für alle Studierenden bereitzustellen, ist das nicht klar: Diese Schiefelage legt zumindest nahe, dass die Maßnahme (um eine ungerechte Benachteiligung einiger Personengruppen zu vermeiden) wenn dann anders aussehen müsste, etwa wie das Verbot, welches das StW Berlin umgesetzt hat.

Doch auch davon abgesehen, wessen Handlungsoptionen eingeschränkt werden, stellt sich die Frage, ob diese Handlungsoption überhaupt eine relevante Handlungsoption ist. Diesmal ist der Verweis auf den öffentlichen Auftrag der Mensa weniger klar. Ist es Aufgabe der Mensa, Studierenden die Möglichkeit zu geben, ein Luxusgut wie Kaffee außerhalb der Mensa konsumieren zu können? Damit dies der Fall wäre, müsste gezeigt werden, dass es eine zentrale Handlungsoption für Studierende darstellt. Somit bleibt die Frage der Relevanz zumindest unklar.

Schließlich lässt sich die Einstellung zur Maßnahme beobachten. Im Fall des Preisaufschlags durch das StW Berlin lässt sich dies anhand einer Umfrage annäherungsweise klären:

Das Studierendenwerk Berlin hat zudem eine Umfrage zum Thema 'Pappaufschlag' durchgeführt. Insgesamt wurden 280 Personen befragt, also eine relativ kleine Fallzahl vor dem Hintergrund der tagtäglichen Besucher der Mensen. Die Umfrage stellte eine breite Zustimmung zum Preisaufschlag fest: 84% der Befragten fanden die Preisaufschläge gut, 16% nicht. (Coskun et al. 2018, S. 2)

Die breite Zustimmung, die sich aus der Umfrage feststellen lässt, ist in jedem Fall ein erster Indikator, der zeigt, dass es eine positive Einstellung gegenüber der Maßnahme gibt. Somit ergibt sich, dass wir die Maßnahme insgesamt als gering bevormundend zählen, diese Einschätzung deckt sich mit der Akzeptanz der Konsument*innen. Trotzdem ist es wichtig zu benennen, dass die geringe Bevormundung, die durch die Maßnahme hervorgerufen wird, unterschiedlich auf wirtschaftlich

umliegende Cafés ausweichen. Zudem war Ergebnisse der abschließenden Podiumsdiskussion, dass die Abschaffung der Pappbecher für den Café-Bereich umfangreiche Umsatzeinbußen mit sich brachte. In der Konsequenz müsse das StW Berlin auch den Aspekt der Umsatzgenerierung für die Entlohnung der Mitarbeiter*innen bei solchen Entscheidungen mit berücksichtigen.

unterschiedlich gestellte Personen verteilt wird. Eine solche Ungerechtigkeit macht die Maßnahme aus einer Gerechtigkeitsperspektive deutlich problematischer als aus einer Mündigkeitsperspektive.

3.3.6. *Nudging*

Nudging kann als Subkategorie von Bevormundung verstanden werden. Beim Nudging werden unerwünschte Handlungsoptionen nicht durch Zwang ausgeschlossen, sondern Handlungsoptionen werden auf unterschiedliche Art und Weise präsentiert. Die präferierten Optionen werden als besonders attraktiv oder besser sichtbar und zugänglich dargestellt als die Option, welche als unerwünscht eingestuft wird (Dworkin 2017). Beispielsweise sind in einer Mensa, wo gesunde (oder nachhaltige) Mahlzeiten besser sichtbar platziert oder appetitanregender ausgestellt werden, die Mahlzeiten, die als nicht gesund (oder nachhaltig) eingestuft werden, trotzdem noch verfügbar und erhältlich.

Diese Kategorie beinhaltet Maßnahmen, die nicht deshalb als bevormundend angesehen werden können, weil sie Handlungsoptionen ausschließen, sondern weil sie lediglich die Art und Weise verändern, wie unterschiedliche Optionen dargestellt werden.²⁸

Trotzdem ist aufgrund des öffentlichen Auftrages der Mensa gar nicht so klar, ob durch diese unterbewusste Maßnahme nicht vielleicht doch eine (im Sinne des Selbstverständnis' des StW) relevante Handlungsoption genommen wird: Nämlich die Handlungsoption, das Angebot der Mensa in dem Wissen wahrzunehmen, dass die Konsumierenden eben *nicht* manipuliert werden. Das Nudging unterscheidet sich von der Kategorie *Transparenz und Informationspolitik* entsprechend dadurch, dass hier die Beeinflussung der Handlungsoptionen auf unterbewusste Prozesse abzielt, während eine Informationspolitik gerade gegenteilig versucht über Offenheit auf das Verhalten der Konsumierenden einzuwirken. Der öffentliche Auftrag steht hierbei im Fokus: An StWs als öffentliche Organisation legen wir im Hinblick auf die Manipulation höhere Standards an als an privatwirtschaftliche Unternehmen, da erstere explizit durch die Bürger*innen legitimiert sind und ihre Prozesse den Bürger*innen transparent darlegen sollten.

Nicht alle StWs kennzeichnen offen ihre Maßnahmen als "Nudging" oder geben zu, dass sie versuchen, die Gäste unterbewusst in ihren Kaufentscheidungen zu beeinflussen. Andere wiederum, z. B. das StW Heidelberg, sehen Nudging als sehr positiv und stellen es klar als Erfolgsfaktor für ihr Bestreben nach einem dauerhaft höheren Veggie-Anteil dar.

²⁸ Solche Darstellungsmöglichkeiten sind etwa Siegel, die Abkürzungen für die Inhalte eines Produktes sein sollen, zwar denken wir das einige dieser Siegel Nudging-Maßnahmen sind, jedoch sind sie kein paradigmatischer Fall, weshalb wir unsere Diskussion auf andere Maßnahmen beschränken.

Ein Beispiel für Nudging ist die Maßnahme des StW Kiel, während ihres Veggie-Tags (Greenday) gezielt bestimmte „Renner“-Produkte anzubieten, wie Pommes oder Burger, also beliebte Gerichte, die immer gerne gegessen werden. Dadurch soll möglicher Unmut über den Veggie-Tag gemindert werden, weil die Gäste durch die beliebten „Renner“ quasi in ihrem Urteil über die Aktion beeinflusst werden und möglicherweise so die Akzeptanz eines Veggie-Tags erhöht wird.²⁹

Obwohl es, wie eingangs angedeutet, zunächst nicht so scheint, dass durch Nudging-Maßnahmen wie diese wirklich Handlungsoptionen entfernt werden, muss dies im Lichte des öffentlichen Auftrages der StWs differenzierter betrachtet werden: Eben weil es den öffentlichen Auftrag gibt, ergibt sich ein Recht für Konsumierende der Institution, nicht über Manipulation zum veränderten Verhalten bewegt, sondern über Information aufgeklärt zu werden. Mit dem Wissen die Mensa zu betreten, dass ich als Konsument*in dort nicht gezielt manipuliert werde, scheint deshalb eine relevante Handlungsoption.

Ist die Einschränkung dieser relevanten Handlungsoption rechtfertigbar? Prinzipiell mag das sein, vor dem Hintergrund des öffentlichen Auftrages ist es aber schwer vorstellbar: Aufklärung auf der einen Seite und Manipulation auf der anderen vertragen sich schlecht miteinander. Deshalb bewerten wir Nudging-Maßnahmen als bevormundende Maßnahmen. Allerdings weisen wir an dieser Stelle darauf hin, dass wir mit dieser Einordnung keine Aussage darüber machen, dass es an sich schlecht und verwerflich ist, zu bevormunden. Nudging-Maßnahmen können durchaus erfolgreich sein und von den Gästen akzeptiert werden.

3.3.7. *Transparenz und Informationspolitik*

Diese Kategorie von Maßnahmen betrifft die Transparenz- und Informationspolitik der StWs. Die dahinterstehende Idee ist, dass die Konsumierenden mit mehr Informationen zu den Angeboten eine nachhaltigere Wahl treffen werden.

Hierbei gibt es verschiedene Systeme, die in den meisten StWs verwendet werden. Zentral sind dabei das Ampelsystem (das sich vor allem um gesundheitsfördernde Menüempfehlungen dreht) und die Verwendung von Klimasiegeln. Die Siegel können entweder als eine Maßnahme verstanden werden, die Transparenz bezüglich der Inhalte und Herkunft einzelner Angebote herstellen. Oder sie werden als Nudging-Maßnahme verstanden, die einen unterbewussten Einfluss auf die Kaufentscheidung der Gäste haben soll.

Neben den Siegeln bieten viele StWs auch Aktionstage an, die für das Thema Nachhaltigkeit sensibilisieren sollen. Beispielhaft sei hier das StW Essen-Duisburg genannt, das zu diesem Zwecke mit dem AStA und anderen studentischen Gruppen kooperiert. Auch in den Mensen Chemnitz-Zwickau

²⁹ Andererseits werden über die „Renner“-Produkte die Wünsche der Studierenden aufgegriffen. Hier wird das aber genutzt, *um* eine andere Maßnahme zu *verdecken*, weshalb wir die Aktion als Nudging einstufen.

wurde das Thema Nachhaltigkeit über Aktionstage („Go Next! Nachhaltigkeitstage“), Einzelaktionen, sowie in Kooperationsveranstaltungen mit der TU Chemnitz (Campus- und Sportfest mit Fokus auf das Thema „Nachhaltigkeit an der TU Chemnitz“ bzw. in diesem Jahr dem „Tag der Gesundheit“) an die Studierendenschaft gebracht.

Als Beispiel für einen Versuch, mehr Transparenz zu erzeugen, diskutieren wir im Folgenden das Klimabaum-Siegel des StW Berlin unter Rückgriff auf den Bericht der Themenklasse 2017/18 (Cremer et al. 2018). Wir bewerten diese konkrete Maßnahme dann entlang der Frage, ob und wie stark einschränkend sie ist. Dabei stellen wir einen Bezug zu der Frage her, ob die Maßnahme weiterhin zur Mündigkeit der Studierenden beiträgt. Zudem diskutieren wir kurz die Akzeptanz der Maßnahme.

Zunächst ist offensichtlich, dass das Siegel keine Person in der für den Mensakontext relevanten Handlungsfreiheit einschränkt.³⁰

Den Klimabaum zu kennen, heißt nicht automatisch, sich danach zu richten: Von den insgesamt 54 % der Teilnehmenden, die angaben, das Logo zu kennen, sagten 25 %, dass der Klimabaum ihre Entscheidung nicht beeinflusse. (Cremer et al. 2018, S.21)

Da damit schon die erste Bedingung unserer Definition nicht erfüllt und es damit keine bevormundende Handlung ist, bräuchten wir gar nicht weiter zu diskutieren, wodurch die Maßnahme stärker akzeptiert würde.

Trotzdem denken wir, dass die Maßnahme zentral in einem Maßnahmenkatalog ist, der sich um die Frage von Bevormundung dreht, da sie zur Stärkung der Akzeptanz bestimmter Maßnahmen beiträgt, und darüber hinaus auch dazu beitragen soll, dass die Gäste mündigere Entscheidungen treffen können.³¹ Dies tut die Transparenz und Informationspolitik insofern, als es leichter wird, *objektiv nachvollziehbare* Gründe anzugeben, die zu höherer Akzeptanz führen sollen, da Entscheidungsprozesse und -gründe innerhalb des StW offengelegt werden. Echte Informationsmaßnahmen fördern daher sogar die Mündigkeit der Studierenden. Allerdings gibt es auch Gründe zur Annahme, dass man die Reichweite von Informationsmaßnahmen nicht überschätzen sollte, was ausführlicher im Bericht der Themenklasse 2017/18 diskutiert wurde.

³⁰ Eine Möglichkeit zu argumentieren, dass eine relevante Handlungsoption eingeschränkt wird ist folgende: Nach der Siegel-Einführung habe ich nicht mehr die Freiheit, *unwissend* bestimmte nicht-nachhaltige Produkte zu konsumieren. Diese Argumentation funktioniert mindestens im Kontext des StWs nicht, da eine zentrale Aufgabe der StWs als öffentliche Einrichtungen die Aufklärung ihrer Konsumierenden ist.

³¹ Siegel können aber, wie im vorigen Abschnitt andiskutiert, ebenso als Nudging-Maßnahme wahrgenommen werden. So besteht über das „Klimasiegel“ des StW Berlin ein geringes Bewusstsein für die Bedeutung seitens der Studierenden, und der Name suggeriert deutlich Positiveres als tatsächlich im Siegel enthalten ist (Cremer et al. 2018).

3.3.8. Offene Feedbackrunden

Gerade in Kombination mit anderen Maßnahmen sorgen offene Feedbackrunden für Transparenz und höhere Akzeptanz. Darunter verstehen wir Formate, die Studierende in der einen oder anderen Weise aktiv einbinden und versuchen, die Wünsche der Studierenden zu erfahren. Beispiele hierfür sind der „Mensa-Stammtisch“ des StW Essen-Duisburg oder das Projekt „Mach dir deine Mensa“ des StW Frankfurt am Main. In Leipzig gibt es z. B. ein Feedback-System mit Lob- und Kritikkarten vor Ort in der Mensa, wobei auf alle Karten mit einer Frage geantwortet wird. Die Projekte fordern aktiv Feedback und Partizipation der Studierenden ein. Damit daraus aber mehr Nachhaltigkeit resultiert, ist eine bestimmte Grundeinstellung der Studierenden notwendig. Die Chancen und Risiken dieses Formates diskutieren wir im Folgenden.

Am Beispiel des Mensa-Stammtisches des StW Essen-Duisburg ordnen wir im Folgenden eine Maßnahme der Kategorie *Offene Feedbackrunden* exemplarisch entlang der Einschränkungssachse ein und treffen eine Vorhersage über die Akzeptanz.

Das Ziel des Mensa-Stammtisches ist es „durch konstruktives Feedback, die Angebote in den Mensen und Cafeterien weiter an die Bedürfnisse der Studierenden anzupassen“ (Studierendenwerk Essen-Duisburg, k.A.). Dabei wird in Gruppen von max. 18 Studierenden das Mensaanbot in verschiedener Hinsicht unter die Lupe genommen. Da die Bedürfnisse der Studierenden im Vordergrund stehen, können kontingenterweise auch Aspekte der Nachhaltigkeit zur Sprache kommen, dies ist aber nicht notwendigerweise der Fall (theoretisch kann sogar das genaue Gegenteil passieren). Zudem garantiert die Maßnahme nicht, dass sich ein verändertes Angebot ergibt.

Zunächst ist die Maßnahme selber nicht bevormundend, weil die Maßnahme *selbst* keine Einschränkung ist. Trotzdem ist ein Ziel der Maßnahme, das Angebot der Mensa zu verändern. Daher ist es möglich, dass aus der Feedbackrunde resultierende Maßnahmen wiederum bevormundend sind. Wird eine Feedbackrunde konsequent ein- und umgesetzt, können etwa die bisher diskutierten Maßnahmen aus ihr resultieren. Aber mit der Feedbackrunde als Instrument, das anschließenden Maßnahmen anderer Kategorien vorgeschaltet ist, ergibt sich möglicherweise eine höhere Akzeptanz im Vergleich zu Einzelentscheidungen durch die StWs, weil so Rücksicht genommen wird auf die Wünsche der Studierenden.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Maßnahme für uns interessant ist, weil sie in Kombination mit anderen Maßnahmen für Transparenz und höhere Akzeptanz sorgen kann. Wenn also Feedbackrunden mit anderen Maßnahmen kombiniert werden, dann erhöht das die Akzeptanz für andere, bevormundende Maßnahmen. Somit ist diese Maßnahmenkategorie mündigkeitsstärkend.

3.4. Fazit

Bevor wir einige der Ergebnisse nochmals zusammengefasst diskutieren, legen wir in diesem Abschnitt eine Veranschaulichung der gesammelten Beispiele entlang einer Bevormundungsskala (in Form einer Nominalskala) dar:

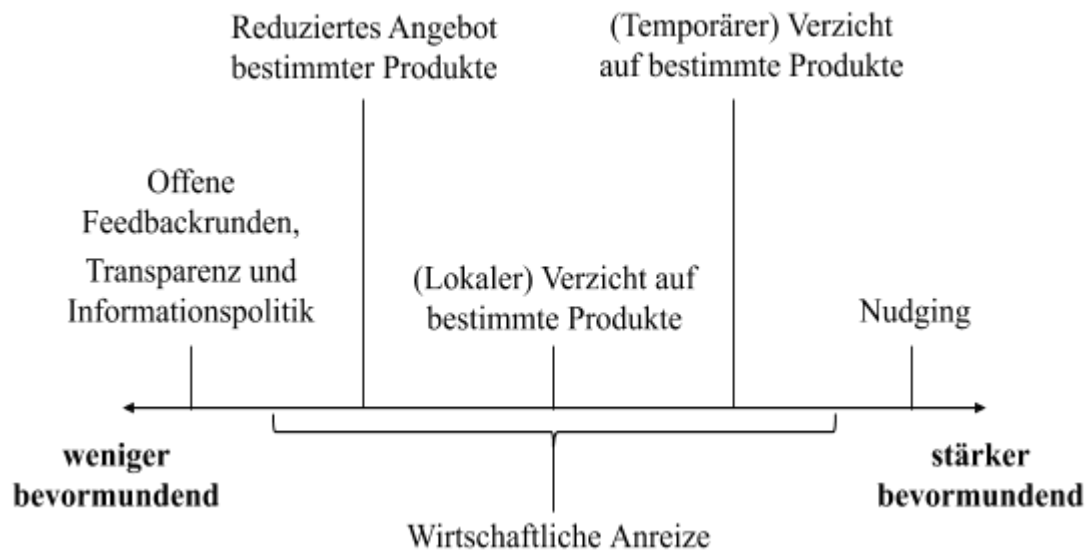


Abbildung 4: Bevormundungsskala, entwickelt auf Basis von Beispielen aus der Hochschulgastronomie (eigene Abbildung).

Die Punkte *Offene Feedbackrunden* und *Transparenz und Informationspolitik* sind dabei nicht nur 'weniger bevormundend', sondern sie tragen im Gegenteil dazu bei, Mündigkeit zu stärken.

Ob eine Maßnahme bevormundend ist oder nicht, ist, wie die Diskussion gezeigt hat, kontextabhängig: In diesem Fall wird der Kontext durch den öffentlichen Auftrag der Mensa bestimmt. Dieser öffentliche Auftrag der Mensa bestimmt, welche Gründe in der Bewertung von Handlungen berücksichtigt werden müssen.

Eine Beschränkung, die unsere Diskussion zweifelsohne aufweist, ist das Fehlen expliziter Aussagen über die Effektivität der Maßnahmen. Anstatt der Effektivität konnten wir lediglich die Akzeptanz unter Studierenden (und auch das oft nur annäherungsweise) messen. Um die Diskussion weiterzubringen, wäre es daher notwendig, Möglichkeiten zu finden, um die Effektivität verschiedener Maßnahmen möglichst genau bemessen zu können.

Die wichtigste Schlussbemerkung unsererseits ist der erneute Verweis darauf, dass unsere Darstellung *nicht* implizieren soll, dass Bevormundung per se etwas Schlechtes ist und daher Maßnahmen wie der Veggie-Day oder das Nudging grundsätzlich abzulehnen sind. Es geht uns vielmehr darum, aufzuzeigen, dass bestimmte Maßnahmen als bevormundend gelten können und man sich dieses Faktos bewusst sein sollte, wenn man sie durchführt. Dass das so ist liegt daran, dass

Bevormundung zumindest *pro tanto* problematisch ist - der Umstand, dass eine Handlung bevormundend ist, spricht zumindest in einer Hinsicht gegen diese Handlung, aber eben nicht abschließend gegen diese Handlung. Gerade im Angesicht des Erfolgs, den auch bevormundende Maßnahmen haben können, mag es unter Umständen nicht illegitim sein, solche Maßnahmen durchzuführen. Dass einige StWs Nudging als unproblematische Maßnahme wahrnehmen, sollte sie dazu anregen, ihre grundsätzliche Position, dass Bevormundung ihrer Gäste in keinem Fall akzeptabel ist, zu überdenken. In bestimmten Situationen sind es eben solche bevormundenden Maßnahmen, die den größten Erfolg versprechen, wenn es darum geht, die Nachhaltigkeit des eigenen Angebotes zu verbessern. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Ziel eines nachhaltigen Produktangebotes so gewichtig bzw. wünschenswert ist, dass es das Ziel, niemanden zu bevormunden, unter manchen Umständen überwiegt.

4. Narrative Diskursanalyse der medialen Veggie-Day-Debatte zur Bundestagswahl 2013

4.1. Einleitung

„Die Grünen wollen uns das Fleisch verbieten“ (BILD (1), 05.08.2013). Mit dieser Schlagzeile antwortete die Bild-Zeitung am 05.08.2013 auf das Wahlprogramm der Grünen zur Bundestagswahl 2013, genauer auf die dort enthaltene Forderung nach einem Veggie-Day (Bündnis 90/Die Grünen, 2013, S. 164), einem Tag, an dem in öffentlichen Kantinen nur vegetarische und vegane Gerichte angeboten werden sollten.

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, wie dieser Vorschlag im medialen Diskurs in Deutschland aufgegriffen, reproduziert und wiedergegeben wurde und nach kurzer Zeit eine Eigendynamik entwickelte, die die Grünen wohl zumindest einen Teil der Stimmen in der Wahl kostete und deren Anliegen eines nachhaltigeren (Fleisch-)Konsumverhaltens nicht voranbrachte.

In einer medialen Diskursanalyse zum Veggie-Day wollen wir die darin verwendeten Narrative, also Argumentationsmuster, aufdecken. Wir möchten herausfinden, inwiefern sich der medial geführte Diskurs auf die Akzeptanz und Wahrnehmung des Veggie-Days in der Gesellschaft auswirkte. Konkret stellt sich uns in diesem Zusammenhang die Frage, weshalb der Vorschlag der Grünen den Fleischkonsum in öffentlichen Kantinen zu reduzieren nicht erfolgreich war, sondern im Gegenteil heftig kritisiert wurde.

Der Diskurs um den Veggie-Day zeichnet Aussagen zu einer sozialen Thematik als Ursache und deren Wirkung als Konsequenz. Damit kann ein Rückgriff auf die Analyseform des französischen Soziologen Michel Foucault gemacht werden. Der Diskurs als soziologische Kategorie führt weg von einer Analyse des Individuums selbst, sondern stellt eine Kategorie vor jenes Subjekt, die dieses erst hervorgebracht hat. Damit kommt Institutionen, wie Medien, in der Diskurstheorie eine besondere Rolle zu (Foucault, 1991).

Der Diskurs ist eine strikt positivistische Kategorie und umfasst neben dem alltäglich Gesagtem insbesondere die Medienlandschaft, welche Aussagen politischer sowie nicht-politischer Art transportiert und der Gesellschaft als Ganzem zugänglich macht. Der Diskurs ist dadurch eine eigene Machtstruktur jenseits staatlicher Institutionen.

Vor diesem theoretischen Hintergrund analysieren wir vier große deutsche Medien und setzten uns damit auseinander weshalb die mediale Berichterstattung zur Forderung der Grünen nach einem fleischlosen Tag in deutschen Kantinen in weiten Teilen den Anschein erweckte, innerhalb der Gesellschaft auf so große Ablehnung zu stoßen. Das ist besonders überraschend, weil zu dem

Zeitpunkt nur etwa die Hälfte der Deutschen angab, öfter als zweimal wöchentlich Fleisch zu essen und jede*r Zweite angab, einen Veggie-Day zu begrüßen (vgl. Zeit, 2013).

Im Zusammenhang mit den Beiträgen aus Kapitel 2 und 3, wird ein besonderer Fokus auf das diskursive Wechselspiel von Bevormundung und Mündigkeit im Kontext der Debatte rund um den Veggie-Day gelegt. Die übrigen bei der Analyse aufgeworfenen Zusammenhänge entstanden aus diesen Leitkategorien heraus.

4.2. Hintergrund der Ereignisse 2013

Im April des Wahljahres 2013 verabschiedete die Partei Bündnis 90/Die Grünen ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 unter dem Titel „Zeit für den Grünen Wandel“ (vgl. Bündnis 90/Die Grünen, 2013). Das Thema ökologische Nachhaltigkeit wurde in mehreren Passagen aufgegriffen (Probst, 2015, S. 139).

Im Kapitel 5 zur Massentierhaltung, in der Rubrik „Intakte Umwelt und gesunde Ernährung für alle“ findet die Idee zum bundesweiten Veggie-Day Erwähnung (Bündnis 90/Die Grünen, 2013, S. 164). Verbraucheraufklärung solle zur Reduktion des Fleischkonsums führen, der in seinem derzeitigen Ausmaß keine Rücksicht auf Mensch, Tier und Umwelt nehme (ebd.). Dabei solle der Veggie-Day eine Maßnahme zur politischen Förderung gesunder und umweltfreundlicher Ernährungsgewohnheiten sein. Öffentliche Kantinen sollten in die Verantwortung genommen werden, einmal wöchentlich das Angebot ausschließlich vegetarisch und vegan zu gestalten.

Die Forderung der Grünen „Angebote von vegetarischen und veganen Gerichten und ein Veggie-Day [in öffentlichen Kantinen] sollen zum Standard werden.“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2013, S.164), passte zur politischen Agenda der Partei. Die prägnante Sprache verlieh dem politischen Leitbild „Zeit für den Grünen Wandel“ Ausdruck (Bündnis 90/Die Grünen, 2013, 8f.). Trotz der marginalen Bedeutung dieses Vorschlags für die gesamte Politikagenda der Partei, entfaltete dieser „harmlos klingende Satz“ (Probst, 2015, S.141) eine unterschätzte „politische Sprengkraft“ (ebd.). Der Kontext dieses marginalen Vorschlags verblasste in dem Moment, als die BILD diese Passage ohne Rücksicht auf den Kontext des Wahlprogramms (BILD (1), 05.06.2013) zitierte.

Die BILD-Zeitung titelte, als erstes großes journalistisches Medium „Politiker fordern Vegetarier-Tag in der Kantine“ mit dem dramatisierenden Nachtrag „Die Grünen wollen uns das Fleisch verbieten!“ (BILD (1), 2013). Eine mögliche Erklärung für die daraus resultierende Dynamik des massenmedialen Diskurses ist mit der damaligen politischen Situation zu verstehen: Der Bundeswahlkampf gestaltete sich als besonders träge. Angela Merkel schaffte durch ihre Agenda der Stabilität und Sicherheit (Korte, 2015, S. 12) ein entpolitisiertes Klima der „Passivität“ (Korte, 2015, S.10). Interessenkonflikte traten vor dem gesellschaftlichen Ziel des Konsenses, der Schlichtung und Harmonie, das Merkel bediente, in den Hintergrund und produzierten aus journalistischer Sicht einen

langweiligen und späten Wahlkampf (Korte: 2015, S. 12). Journalist*innen seien voller Ungeduld gewesen (ebd.) und schienen in dessen Endphase mit der Instrumentalisierung des Veggie-Days ihre Chance zu nutzen in die „heiße Phase“ des Wahlkampfs einzusteigen. Üblicherweise spitzen sich Debatten und der gesamte Wahlkampf, der durch Parteien geführt und durch Medien vermittelt ist (Korte, 2015, S. 295), in den letzten Wochen vor der Wahl zu (Probst, 2015, S. 146).

Die Veggie-Day-Debatte fiel also in diese Zeit ausbleibender Kontroversen und Polarisierung - und das unmittelbar vor einer Bundestagswahl. Noch am selben Tag des ersten ausführlichen medialen Erwähnens durch die BILD, brachten der SPIEGEL ONLINE, die TAZ einen- und der FOCUS sogar zwei Artikel heraus (BILD (1); SPIEGEL ONLINE (2); TAZ (2); FOCUS (1), (2); jeweils vom 05.08.13). Von diesen wurde das Image der Grünen als „Verbots- und Reglementierungspartei“ weitergeführt und dankbar von politischen Gegner*innen fast aller großen Parteien aufgegriffen (Probst, 2015, S. 149). Die BILD brachte an einigen Tagen mehrere Artikel täglich mit dem Gegenstand des Veggie-Days heraus und heizte die mediale Debatte an (vgl. beispielhaft BILD (2), 06.08.13). Die spezifische Diskursführung der BILD wurde mehrfach von Zeitungsmedien wie der TAZ reproduziert oder thematisiert. Alle Diskurse um den Veggie-Day bezogen sich aufeinander, lassen aber klare Unterschiede in den verwendeten Narrativen erkennen (vgl. Kapitel 4.5.).

Bei der Bundestagswahl erlebte die Partei einen Verlust an Wähler*innenstimmen (Probst, 2015, S.135) und erzielte ein einseitiges Wahlergebnis, ähnlich dem Niveau von 2002 und 2005 (ebd.; Cantow et. al, 2017). Nach Aussagen von Korte (2013) war der mit dem Veggie-Day einhergehende Imageverlust der Grünen nicht die alleinige Ursache, spielte aber eine entscheidende Rolle bei der Wahlniederlage im September 2013 (Korte, 2013).

4.3. Medien als Analyseeinheit

Bevormundung und Mündigkeit sind sich gegenüberstehende Narrative in sich gegenüberstehenden Diskursen im Zusammenhang mit der medial ausgetragenen Veggie-Day-Debatte. Eine Klärung und kritische Diskussion dieser Begriffe sind in Kapitel 3 zu finden. Im Folgenden gehen wir auf die methodischen Grundlagen der Diskursanalyse ein, um dann die Motive Bevormundung und Mündigkeit im medialen Diskurs um den Veggie-Day zu analysieren. Die gesellschaftliche Relevanz von Diskursen ist nur im Kontext von Machtstrukturen zu verstehen, die auf Diskurse einwirken, diese prägen und zugleich von ihnen selbst ausgehend die Gesellschaft gestalten.

4.3.1. Diskursive und erzählerische Macht von Diskursen

Sprache ist ein unumgängliches Medium die „soziale Realität“ zu begreifen; sich einen „Weltzugang“ zu verschaffen (Gardinger et. al (b), 2014, S. 68). Damit werden Ereignisse oder Weltgeschehnisse nie objektiv beschrieben, sondern sind immer in „Geschichten verstrickt“, die sich in Diskursen

transportieren (ebd., S. 67). Während manche Diskurse im „Auf und Ab des Alltags“ soeben gesprochen und gleich darauf verklungen sind, sind andere „der Ursprung anderer Sprechakte“ (Foucault, 1993, S. 18). Besonders Zweitere, die speziellen Diskurse, werden in der Gesellschaft weitergetragen, verändert und besprochen (ebd.), oftmals auch weil sie im Kontext von Institutionen entstanden und festgehalten wurden (1993, S. 9f.). Institutionen, wie Medien, als mächtige gesellschaftliche Akteure prägen folglich Diskurse und damit auch den „Weltzugang“ ihrer Gesellschaft.

Somit sind Diskurse von Machtstrukturen geprägt. Foucault nennt hier die Ausschluss- und Kontrollmechanismen, die von innen und außen auf den Diskurs einwirken und diesen gestalten (Foucault, 1993, S. 11). So unterliegen Diskurse dem „Willen zur Wahrheit“ (Foucault, 1993, S. 15), welcher unzählige Diskurse hervorbringt, die „wahr“ sind, aber keine „Wahrheit sagen“ (ebd. S.25). Diese Diskurse bieten uns innerhalb ihrer Disziplin Wahrheiten hoher Plausibilität an. Das übt zugleich Druck und Zwang auf Sinnstrukturen anderer Diskurse aus; lassen sie unglaublich erscheinen, schließen sie aus (ebd., S. 16). Faktisch aber wird innerhalb des Diskurses nur eine willkürliche Grenze zwischen Wahrem und Falschem gezogen (ebd., S. 11f.).

Damit ist klar es existiert in der Theorie nicht nur *eine* Wahrheit (ebd., S.23) und damit ist Wissen, anders als oftmals angenommen, nicht statisch und universell (ebd., S. 24, 32). Praktisch allerdings existiert in jeder Gesellschaft ein Wahrheitsregime (Seitter, 2001, S. 160), das Diskurse bewahrt, die scheinbar Aufschluss über die Realität der Welt geben und die *eine* „Wahrheit“ besprechen (Foucault, 1993, S. 32). Tatsächlich aber ist die Wahrheit Diskursen und folglich den Subjekten der Gesellschaft hinzuzugewiesen (Seitter 2001, S. 160). Welches Wissen in einer Gesellschaft für *wahr*, also für plausibel, gehalten wird, hängt somit auch maßgeblich von institutionellen und gesellschaftlichen Machtstrukturen ab, die Teil dieses *Wahrheitsregimes* sind und damit Diskurse dominieren.

Innerhalb eines Diskurses reproduzieren sich Sinn- und Vernunftssphären und gestalten gemeinsam einen spezifischen Diskurs. Innerhalb dieses spezifischen Diskurses sind die Sinnstrukturen kohärent, damit plausibel (Willems, 2008, S. 150), gemessen an der inneren Logik „wahr“, sagen aber nicht zwangsweise die Wahrheit (Foucault, 1993, S. 25). Wenn zahlreiche Diskurse zu einem Thema entstehen, bildet sich eine Pluralität an Wirklichkeits- und Wahrheitskonstruktionen heraus (Willems, 2008, S. 149), sofern ein mächtiges Wahrheitsregime diese nicht verschleiert (vgl. Seitter, 2001, S. 160). Damit sind Diskurse ein mächtiges Medium „worum und womit man kämpft“ (Foucault, 1993, S. 11).

In der neueren Literatur sozialwissenschaftlicher Disziplinen werden Aussagen eines Diskurses zu größeren Analyseebenen, den Narrativen, zusammengesetzt (Schünemann, 2014, S. 105).

Narrative strukturieren und typisieren den Inhalt der Diskurse (ebd., S. 80). Sie bilden Sinneinheiten, indem sie typisierte Aussagen eines Diskurses zusammenfassen und abstrahieren. Gemeinsam erzählen Narrative eine Geschichte des Diskurses, im Sinne einer „Story“ (ebd., S. 105).

In der Diskursanalyse werden wir folgende Begriffe verwenden: Den **Diskurs**, der sich durch seine von anderen Diskursen abgrenzbaren Sinn- und Logikstrukturen charakterisiert. Die **Narrative**, als Logikstrukturen oder Argumentationslinien, die mehrere Aussagen innerhalb eines Diskurses oder diskursübergreifend inhaltlich abstrahiert zusammenfassen. Die logischen Bezüge der Narrative werden durch den Diskurs benannt. Um die aufgedeckten Sinnstrukturen in der Analyse detaillierter hierarchisieren zu können, benennen wir Unterkategorien: Das **Extra-Erzählelement** als Logikstrang und die diesen zusammensetzenden Erzählelemente. Die **Erzählung**, ein Aspekt, der durch den Diskurs erzählten Geschichte: Sie unterscheidet sich von dem Narrativ nur durch seine fehlende Trennschärfe, bezüglich der verwendeten Narrative. Die Verwendung des Begriffs Erzählung will sich bewusst von der oftmals angenommenen *einen Wahrheit* distanzieren und aufzeigen, was der Diskurs ist: Eine mögliche von unendlich vielen Deutungen der Welt und ihrer Ereignisse.

Diskurse, in gesellschaftliche Prozesse eingebettet, sind deren Produkt und Mitgestalter. Wie genau übt sich politische Macht auf den Diskurs aus und was genau entfaltet die Macht des Diskurses, die auf die Gesellschaft einwirkt, sei sie nun institutionell, medial oder subjektiv vermittelt? Die Macht entfaltet sich in jedem kollektiven Aushandlungs- und Entscheidungsprozess (Gardinger et. Al (a), 2014, S. 9), der von sozialer Bedeutung ist. Besonders in konfrontativen politischen Situationen, ist dieser Prozess mit einem Ringen politischer Narrative über mögliche Politikoptionen und dem Einsatz erzählerischer Macht, verbunden (ebd., S. 11). Das Ergebnis ist eine kollektiv, diskursiv getroffene politische Entscheidung; die Politikoption der emergenten, sich durchsetzenden Erzählung. Durch diesen kollektiven Aushandlungsprozess erhalten die Narrative der sich durchsetzenden Ordnung ihre Legitimität, ganz gleich wie rational oder empirisch begründbar diese ist. Somit sind die Erfolgsfaktoren für eine sich durchsetzende Erzählung vor allem die Rhetorik, die Plausibilität der inneren Logik (Gardinger et. Al, 2014, S. 11), sowie die Situation, die verwendeten sprachlichen Mittel (ebd., 10) und die Verwendung starker institutioneller Narrative (ebd., S. 11).

So erklärt sich die Macht des „Weltveränderns“, die durch jene ausgeübt wird, die die Hoheit über das Erzählte haben, das sich gesellschaftlich durchsetzt (Gardinger et. al (b), 2014, S. 71). Es steht außer Frage, dass sich Institutionen wie Medien, Politiker*innen und politikvermittelnde Akteure, wie Medienautor*innen, sich der diskursiven und kommunikativen Macht bemächtigen oder ihren Praxen diese Macht des *Weltveränderns* innewohnt.

Heutige Geisteswissenschaftler*innen wollen die Aspekte weniger deterministisch gegeben betrachten (Gadinger et. al (a), 2014, S. 6). So wird heute angenommen, dass nicht nur Institutionen,

wie es Foucault betont (Foucault, 1993, S. 9f.), sondern auch einzelne Subjekte die Möglichkeit haben, entscheidend Einfluss auf das Weltverstehen und Weltverändern zu nehmen (Gadinger et. al (a), 2014, S. 3).

Aus dieser Erörterung leitet sich das Vorgehen dieser Arbeit ab (Kapitel 4.4). Die Debatte um den Veggie-Day war ein politischer Aushandlungsprozess um Machtverhältnisse und mögliche Entscheidungsoptionen während der Bundestagswahl 2013. Medien haben diese Debatte aufbereitet, Diskurse selbst (re-)produziert und damit auch kontrollierend auf die Debatte eingewirkt. Die vielstimmigen Erzählungen, die in den Medien zu dem Thema des Veggie-Days publiziert wurden, wollen wir aufdecken. Die Diskursanalyse des medienvermittelten Veggie-Days möchte einen Beitrag dazu leisten zu verstehen, welche Rolle Medien dabei spielen, breite politische Meinungen bzw. Narrative in der Gesellschaft entstehen und fortauern zu lassen.

4.3.2. Medien prägen die Gesellschaft und deren Individuen indirekt

In der Gegenwart haben Medien eine Orientierungs-, Informations- und Gedächtnisfunktion (Zillien & Lenz, 2008, S. 451) und bilden die Grundlage für die Meinungs- und Willensbildung der Menschen (Korte, 2015, S. 295). Sie zählen zu den „wichtigste[n] Bezugspunkt[en] mit de[nen] Individuen der Moderne die Wirklichkeit beobachten“ (Zillien & Lenz, 2008, S.442). Je nachdem auf welche Diskurse Individuen treffen, manifestieren sich diese in der Perspektive und dem Verständnis zur (Um)Welt. Es existiert also eine Vielfalt an subjektiven Perspektiven auf die (Um)welt, die aber maßgeblich durch diskursiv, oft medial, vermittelte Perspektiven konstruiert werden. Cohen fasste diesen Zusammenhang 1965 treffend zusammen:

„[T]he world looks different to different people, depending not only on their personal interests, but also on the map that is drawn for them by writers, editors, and publishers of the papers they read.“ (Cohen in Zillien & Lenz, 2008, S. 440)

An dieser Stelle beginnen wir zu verstehen, dass Medien, als Herausgeber spezieller Diskurse und sich durchsetzender Erzählungen (Willem, 2008, S. 149), die Gesellschaft beeinflussen und prägen. Medieninhalte werden produziert und damit auch Wirklichkeitsversionen: Medieninhalte entstehen unter besonderen Produktionsbedingungen. Journalistisch arbeitende Medieninstitutionen bereiten medial politische und gesellschaftliche Prozesse auf. Dabei entsteht eine sich von der gesellschaftlichen Realität unterscheidende mediale Wirklichkeit (Zillien & Lenz, 2008, S. 442, 436). Die Ursache liegt darin, dass Objektivität nicht existiert, wenn Wissen nichts anderes ist als sozio-kulturell geprägte und subjektive Erzählstrukturen (Kapitel 4.3.1).

Klar ist, dass Medien immer nur selektiv einzelne Ereignisse aus der Realität herausgreifen und besprechen können. Entscheidend ist jedoch, dass Medien die Wirklichkeit nicht unvollständig,

sondern gar nicht abbilden. Sie erzählen *eine* Version der Wirklichkeit. Meist werden die Inhalte des Agenda-Settings nach gesellschaftlicher Relevanz und deren Aufmerksamkeitswert ausgewählt (Zillien & Lenz, 2008, S. 440). Eine besonders hohe Aufmerksamkeit erreichen Negativmeldungen und spektakuläre Schlüsselereignisse, sogenannte „trigger events“ (ebd., S. 441). Durch deren Nachrichtenwert, werden häufig Aussagen in Artikeln und damit auch Diskurse „zugespitzt, verkürzt, dramatisiert und personalisiert“ (ebd., S. 442).

Die meisten Wähler*innen beziehen ihre Informationen zur Politik aus Fernseh- und Zeitungsmedien (Korte, 2015, S. 318). Daher gewinnt die Gestaltung des Agenda-Settings besonders in Wahlkampfzeiten erheblich an Einfluss auf die Leser*innen, die zugleich potentielle Wähler*innen sind. Die Leser*innen übernehmen geradezu identisch die Rangordnung der Themen aus den Medien, die in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte als wichtig und relevant gelten (Zillien & Lenz, 2008, S. 440). Das hat mitunter Einfluss auf deren Wahlverhalten, politische Meinung und Perspektive auf die Welt. So begründet sich, dass Medien eine herausragende Rolle im Wahlkampf und der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Politik spielen.

Somit ist anzunehmen, dass die medialen Diskurse über den Veggie-Day die Wahrnehmung in der Gesellschaft und den politischen Aushandlungsprozess zur Wahlkampfzeit maßgeblich mit beeinflussten. Dabei orientiert sich die subjektive Ablehnung oder Akzeptanz des Veggie-Days nicht immer daran, wie objektiv nachvollziehbar und ethisch begründbar die Einführung einer Maßnahme ist, sondern welche Erzählungen sich in der Gesellschaft durchsetzen. Daher nutzen wir die Medien als verfügbare, verschriftlichte Quelle eines institutionellen, öffentlichen und gesellschaftlich breiten Diskurses über den Veggie-Day. In der Rekonstruktion der verwendeten Narrative wollen wir den medialen Aushandlungsprozess nachvollziehen und das politische Scheitern des Veggie-Day Vorhabens besser verstehen.

4.4. Forschungspraxis

4.4.1. Untersuchungsgegenstand

Die Zusammenhänge zwischen Diskursen, Medien und Politik (4.3) bilden die Begründung unseres Forschungsvorhabens: eine Diskursanalyse der medialen Berichterstattung des Veggie-Day Vorschlags im Bundeswahlkampf 2013. Der Vorschlag wurde im April 2013 im Wahlprogramm der Grünen erstmals als politischer Steuerungsvorschlag zur Reduktion des zu hohen Fleischkonsums in Deutschland schriftlich festgehalten (vgl. Bündnis 90/ Die Grünen 2013, S. 164). Darauf aufbauend entsponn sich eine mediale Debatte. Es gilt aus dem gesamten Materialkorpus die in den Medien verwendeten Narrative und Erzählelemente herauszufiltern, um somit die Sinn- und Logikstrukturen der medial verbreiteten Diskurse über den Veggie-Day zu verstehen.

4.4.2. Auswahl der Medien

Die Auswahl der analysierten Medien einer Diskursanalyse muss zwei Aspekten gerecht werden: Einerseits soll sie einen möglichst lückenlosen und umfassenden Aufschluss über die Diskurse liefern, andererseits dürfen die Grenzen dessen, was sinnvoll in einem bestimmten Zeitrahmen analysiert werden kann, nicht zu weit gesetzt werden. Da der hier untersuchte Diskurs bezüglich der Veggie-Day Debatte vor der Bundestagswahl 2013 zumindest potentiell die gesamte Wähler*innenschaft zur Bundestagswahl und somit u.a. die Gesamtheit aller mit deutschem Pass erreicht und deren Sprechakte zu dieser Zeit prägen, decken wir näherungsweise die gesamtgesellschaftlichen, medial festgehaltenen Diskurse zu dem Thema Veggie-Day ab. Es ist schlicht unmöglich, die durch die gesamte deutsche Medienlandschaft verbreiteten Diskurse lückenlos und in aller Detailgenauigkeit abzubilden. Aus diesem Grund wurden vier Print- bzw. Onlinemedien ausgewählt, die einen möglichst breiten und nuancenreichen Überblick über die Diskurse zu dem Thema Veggie-Day liefern sollen. Alle ausgewählten Medien entstammen dem Zeitungs- und Zeitschriftenbereich, dessen Grenzen zwischen Print- und Onlinebereich längst verschwommen sind. Die Analyse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern möchte vielmehr exemplarisch einzelne Prozesse und innere Logiken der Veggie-Day Diskurse aufzeigen, die öffentlich verbreitet eine große Reichweite hatten und verallgemeinerbar erscheinen.

Die ausgewählten Medien umfassen den SPIEGEL, die BILD, die TAZ sowie den FOCUS. Somit sollte sowohl ein Querschnitt der politischen Ausrichtungen, wie auch der medialen Darstellungsformen erreicht werden; wobei auch auf die Reichweite der Medien Wert gelegt wurde, um einen möglichst hohen gesellschaftlichen Einfluss der Untersuchungsobjekte zu erreichen. Die BILD ist die größte Boulevardzeitung Deutschlands und vertritt in den meisten Fällen politisch konservative Ansichten. Der SPIEGEL hat eine Vergangenheit als linkes Magazin, vertritt heute jedoch ein eher bürgerliches Publikum und legt mehr Wert auf investigative Recherchen als auf politische Kontroverse. Die TAZ ist politisch am weitesten links zu verordnen und vertritt regelmäßig auch kontroverse politische Ansichten. Sie entstammt einem antikapitalistischen und feministischen Hintergrund und richtet sich ebenfalls eher an eine hoch gebildete, akademische Zielgruppe. Der FOCUS ist ein Magazin, welches ebenfalls dem bürgerlichen-konservativen Spektrum zuzuordnen ist.

4.4.3. Auswahl des Materialkorpuses

Zur konkreten Auswahl wurden zunächst alle online verfügbaren Artikel der ausgewählten Medien aus dem Zeitraum vom April 2013 (Veröffentlichung des Grünen-Wahlprogramms) bis Ende September 2013 (nach der Bundestagswahl) auf einen Zusammenhang mit der Veggie-Day Debatte untersucht. Subsequent wurden sämtliche Artikel wieder entfernt, die nur einen Bezug am Rande aufwiesen (insbesondere Beschreibungen aktueller Umfrageergebnisse der Parteien). Die Analyse verfolgt die

Zielstellung, die medialen Diskurse mit ihrer inneren Logik- und Sinnstruktur abstrahiert zu beschreiben. Darum versprechen allein Artikel mit substanziellen und ausführlichen Erzählungen und Berichten zum Veggie-Day einen Erkenntnisgewinn über den Einfluss der medialen Diskurse auf die gesellschaftliche Wahrnehmung und Akzeptanz der vorgeschlagenen Maßnahme.

Somit wurden schließlich 18 Artikel in den gesamten Materialkorpuser aufgenommen. Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Medien: Vier FOCUS-Artikel, sechs BILD-Artikel, fünf TAZ-Artikel und drei SPIEGEL-Artikel.

Im Zuge der Zusammenstellung des gesamten Materialkorpuses hat sich gezeigt, dass die medialen Diskurse zum Veggie-Day mit inhaltlicher Substanz und narrativen Erzählelementen erst in der heißen Endphase des Wahlkampfes am 05. August 2013 beginnen. Damit hat sich der Analysezeitraum entgegen unserer Erwartungen auf die Zeit von Anfang August bis Mitte September 2013 verkürzt.

4.4.4. Analyse und Kodierung

Zu Beginn wurde der Materialkorpuser gesichtet. Hierfür wurden alle Artikel durchgelesen und aus einem Theoretical Sampling erste Narrative herausgefiltert. Das Sampling bestand überblicksweise aus je einem Artikel der ausgewählten Print- bzw. Onlinemedien. Die ersten narrativen Anhaltspunkte, wurden stark abstrahiert in den Schlagworten #1 Mündigkeit #2 Bevormundung #3 staatliche Lenkung #4 Liberalismus zusammengefasst.

Mit diesen groben Kategorien wurde das weitere Material induktiv untersucht. In einem fortlaufenden Prozess induktiver Kodierung, wurden die Narrative erweitert und angepasst, sowie deren Erzählelemente prozesshaft und explorativ aufgeschlüsselt, präziser kategorisiert und zueinander in Beziehung gesetzt. Dabei galt es, mit jedem Analyseschritt den Abstraktionsgrad der Kodierung zu erhöhen, um Erkenntnisse bezüglich der inneren Narrativstrukturen einzelner Artikel zu Sinn- und Logikstrukturen mehrerer Artikel vorsichtig zu verallgemeinern. Ziel ist es, die Diskursstrukturen nachzuvollziehen, die in den medialen Berichterstattungen verwendet, konstruiert und reproduziert wurden.

4.5. Narrative Diskursanalyse der medialen Veggie-Day-Diskurse

Das induktive Analyseverfahren deckt zwei stark voneinander getrennte Diskurse innerhalb der medialen Veggie-Day Debatte auf, die sich gegensätzlicher Narrative und ganz unterschiedlicher Erzählelemente und Deutungsschritte bedienen. So baut sich eine klare Erzählung zur Befürwortung des Veggie-Day Vorhabens auf (kurz: Pro Veggie-Day) und steht überwiegend konträr der ablehnenden Erzählung (kurz: Contra Veggie-Day) gegenüber.

Im Folgenden gilt es, die Erkenntnisse der narrativen Diskursanalyse durch das Darlegen der inneren Logikstrukturen der beiden gegenpoligen Diskurse verständlich aufzuzeigen. Schritt für Schritt werden die Narrative #1 Mündigkeit, #2 Bevormundung, #3 staatliche Verbote und #4 Liberalität aufgezeigt, erläutert und deren begriffliche Deutung und Verwendung in den Kontext der medialen Veggie-Day Debatte gestellt und in Beziehung gesetzt. Das Narrativ #5 Fleischkonsum nimmt eine Querschnittsrolle ein und wird nicht ausschließlich von einem Diskurs erzählerisch verwendet. Zugunsten eines systemischen Verständnisses der Narrativ- und Logikstrukturen der zwei Diskurse, wird das Narrativ #5 Fleischkonsum nicht einzeln herausgegriffen, sondern immer im direkten Zusammenhang der Narrative #1 bis #4 erwähnt.

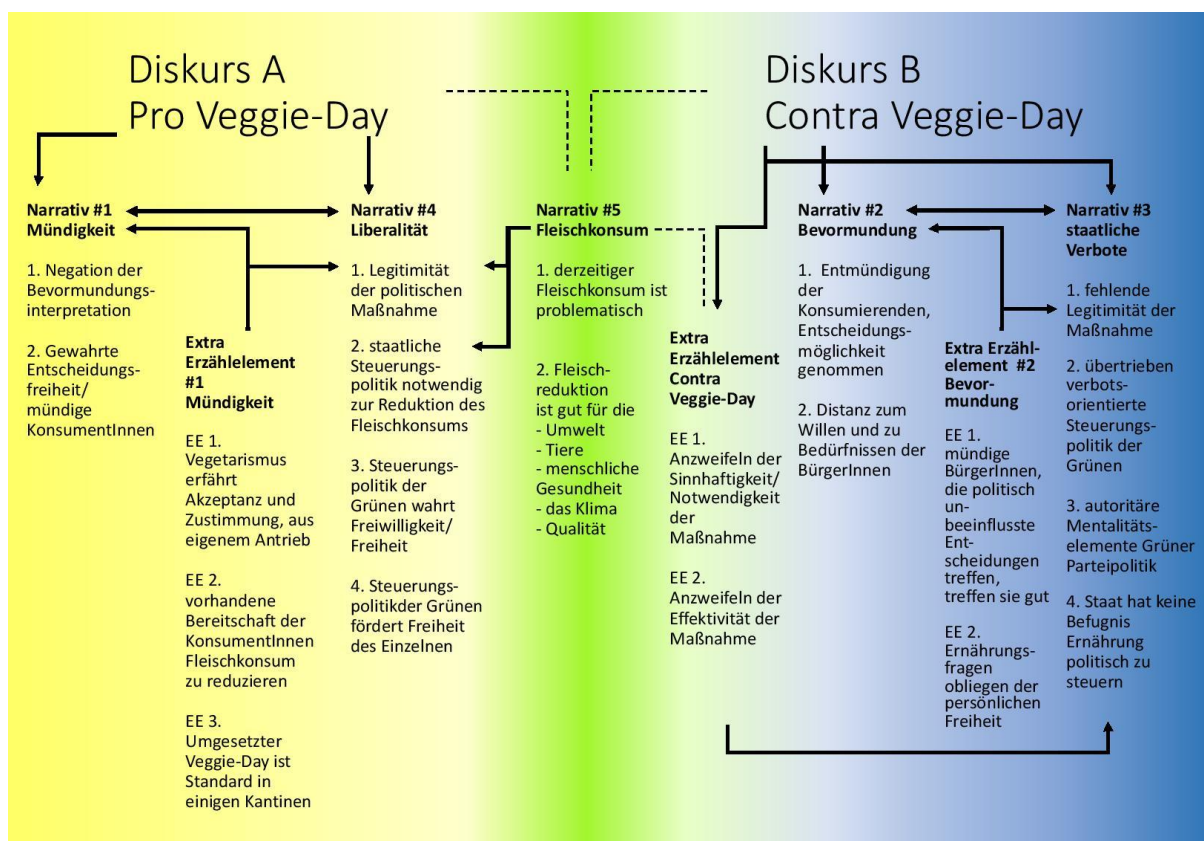


Abbildung 5: Pro und Contra-Narrative zum Veggie-Day (eigene Abbildung)

4.5.1. Narrativ #1 - Mündigkeit

Die Narrative, die sich um den Diskurs *Pro Veggie-Day* ranken, bedienen sich der Deutung, dass die Mündigkeit der Konsument*innen im Kontext dieser Maßnahme gewahrt wird.

In der Analyse lässt sich das als eigenes Narrativ erkennen, nämlich als die Erzählung, dass Bürger*innen selbstbestimmte Konsument*innen in öffentlichen Mensen sind, auch wenn das einmal wöchentliche Veggie-Day Vorhaben deren Handlungsoptionen in der Mensa einschränkt. Dabei fließt das fortan als Narrativ #1 *Mündigkeit* bekannte Narrativ als basale Begründungsstruktur in die Bildung

des Narrativs #4 mit ein. Das Narrativ #4 *Liberalität*, dass die Maßnahme als steuerungspolitisch legitimes und vor allem liberales, mündigkeitswahrendes Vorhaben Grüner Parteipolitik wertet, wird nicht nur auf das vorausgehende Narrativ #1 *Mündigkeit*, sondern auch auf weitere Argumentationsstrukturen gestützt.

Das Narrativ #1 *Mündigkeit* kann als ein den anderen zugrundeliegender Erzählstrang aufgefasst werden. Dessen erzählerische Festigung geschieht vornehmlich durch die Verwendung folgender Erzählelemente:

Eines der direkt zuordenbaren Erzählelemente findet sich in Aussagen, die die Deutungsschritte der Bevormundung durch die geplante Einführung des Veggie-Days negieren. Das Narrativ Bevormundung ist das Kernelement der Sinnstruktur des *Contra Veggie-Day*-Diskurses. Damit definieren beide Diskurse Bevormundung und Müdigkeit unterschiedlich, ziehen also folglich die Grenze zwischen *wahren* und *falschen* Aussagen in anderer Weise.

„Der fleischlose Tag soll laut Wahlprogramm der Grünen „zum Standard werden“. Künast betont jedoch: „Es wird ja niemandem etwas verboten.“ (TAZ (1), 09.08.13). Ähnliche Aussagen sind: „Wir sind keine Verbotspartei“, so Claudia Roth im Namen ihrer Partei Bündnis 90/ DIE Grünen (FOCUS (3), 10.08.13), „Es geht um keine Zwangsaktion“ (SPIEGEL ONLINE (1), 09.08.13) und „Der Veggie-Day soll keine Bevormundung sein“ (ebd.). Cem Özdemir von den Grünen stellt den Sachverhalt nochmal klar; das Stilelement der Verneinung würde dominieren:

„Wir machen keine Vorschriften! Im Wahlprogramm steht nicht, dass wir ein Verbot fordern, sondern das empfehlen. Die Grünen wollen niemandem verbieten Fleisch zu essen.“ (BILD (6), 12.08.13)

So bedienen sich Autor*innen der analysierten Medien immer wieder der Erzähllogik, dass Narrativ #2 *der Bevormundung*, des gegenüberstehenden Diskurses, schlicht zu verneinen. Das Prinzip der Mündigkeit wird durch die Verneinung der Gegenerzählung viel häufiger gestützt, als durch die Überlegung, dass durch das geänderte Ernährungsangebot öffentlicher Mensen die Entscheidungsfreiheit und damit Mündigkeit gewahrt bleibt. Damit erfährt das Narrativ #1 *Mündigkeit* durch den Umgang der Medien mit den Narrativen eine erzählerische Schwächung verglichen zu ihrer Gegenerzählung.

Der Grund dieser häufig verwendeten Verneinung der Bevormundung liegt zum Teil in der von den ausgewählten Medien verstärkt verwendeten und unterstützten *Contra Veggie-Day* Sinnstruktur. Die immer wieder auftauchenden Zitate der sich verteidigenden Grünen Politiker*innen werden nur selten mit einem Beweis verknüpft und sind zugleich oftmals eingerahmt von Aussagen, die den Sinnstrukturen der *Contra Veggie-Day* Erzählung entsprechen. Die Erzählung *Pro Veggie-Day* wird damit in auffällig vielen Artikeln verschiedener Medien weniger aussagekräftig und plausibel

herausgearbeitet als die Gegenposition. Bereits die Überschriften und Untertitel weisen auf den durchaus häufig zu findenden Bias der Artikelautor*innen zugunsten des den Veggie-Day ablehnenden Diskurses.

Eine positive Begründungsstruktur des Narrativs #1 *Mündigkeit* bezüglich des Veggie-Days wird selten verwendet. Dennoch, immer wiederkehrend ist, besonders eine in den Artikeln häufig verwendete Aussage, um die Erzähllogik von der gewährten Selbstbestimmung der mündigen Konsument*innen zu betonen. Renate Künast von den Grünen fasst das in einer Aussage so zusammen:

„Ein Veggie Day ist ein wunderbarer Tag zum Ausprobieren, wie wir uns mal ohne Fleisch und Wurst ernähren. Vegetarisch kochen ist nämlich mehr, als nur das Fleisch weglassen.“
(FOCUS (1), 05.08.13)

In ihrer Wortwahl schwingt *Freiheit* als Wert vordergründig mit. Statt das Bild einer starren Vorgabe oder eines Zwangs zu bedienen, spielt „Ausprobieren“ auf kreatives Ausleben an und das Veggie-Day-Vorhaben wird als impulsgebende Maßnahme zum selbstständigen entdecken neuer Lieblingsgerichte formuliert. Konkret: „Manche würden vielleicht auf die Idee kommen zu Hause auch mal was ohne Fleisch zu kochen“ (BILD (3), 06.08.13); vollkommen mündig entschieden, wohlbemerkt. Auch SPIEGEL ONLINE und die TAZ reproduzierten dieses Element (SPIEGEL ONLINE (1), 09.08.13, TAZ (1), 06.08.13).

Außerdem gehe es um mehr als fleischlos Essen (BILD (3), 06.08.13). Der Veggie-Day wird folglich vielmehr mit einer breiten Auswahl an vegetarischen und veganen Speisen in Verbindung gebracht. Damit bleibt die Entscheidungsfreiheit der Konsument*innen erhalten (FOCUS (1), 05.08.13). Nicht zuletzt auch, weil es jedem freistehe, bei Bedarf den nächsten Imbiss aufzusuchen (BILD (3), 06.08.13). Claudia Roth stellt das nochmal klar, dass das Staatsverständnis der Grünen nicht vorsieht, dass der Staat in die Freiheit des Einzelnen eingreift (FOCUS (3), 10.08.13). Damit fügt sich ihr nächster Kommentar plausibel in die Sinnstruktur des Pro Diskurses ein. Sie stellt heraus: „Wir, die Grünen setzen auf Freiwilligkeit und Überzeugungskraft“, sagt Claudia Roth, Grüne (FOCUS (3), 10.08.13). Den Bürger*innen soll die Möglichkeit an die Hand gegeben werden einen „ganz persönlichen Beitrag“ zum Klimaschutz zu leisten (BILD (1), 05.08.13).

Durch eben diese Aussagen, als Teile von in der Analyse abstrahierten Erzählelementen, baut sich das Narrativ der Mündigkeit um den Sachverhalt des Veggie-Days. Anders als der Diskurs *Contra Veggie-Day* sieht dieser das Vorhaben befürwortende Diskurs eine Vereinbarkeit des Veggie-Day Vorhabens mit dem Fördern und Wahren der den Bürger*innen zugesprochenen Mündigkeit.

Das Narrativ #1 *Mündigkeit* wird weiterhin durch das Extra Erzählelement #1 *Mündigkeit* unterstützt. Dieser unterstützende Erzählstrang fungiert als Beweismittel, dass Vegetarismus Zustimmung, Akzeptanz und wachsende Nachfrage in der Gesellschaft erfährt. Wichtig für die

Aussagekraft dieses Extra Erzählelements ist, dass alle darunter zusammengefassten Erzählelemente sich durch das Prinzip der Freiwilligkeit und des Handelns durch eigenen Antrieb auszeichnen und damit das Narrativ #1 *Mündigkeit* der Erzählung (re-) produzieren. Folglich wird in dem Pro Diskurs die Überlegung formuliert, dass die vegetarische oder rein pflanzliche Ernährungsoptionen bereits gesellschaftlich etabliert ist und für viele Menschen schon heute eine selbst gewählte Ernährungsweise, die aus eigenem Antrieb heraus gelebt wird:

„Schon seit vielen Jahren wird in Restaurants, Kantinen und selbst bei McDonald's vegetarisches Essen angeboten. [...] Und manche stellen fest: Es schmeckt ja besser, als ich dachte!“ (BILD (3), 06.08.13)

„Vegetarische und vegane Ernährung ist akzeptiert, als Angebot etabliert und zunehmend nachgefragt.“ (TAZ (1), 06.08.13)

Ein besonders starkes Element dieses Erzählstrangs bezieht sich auf die Bereitschaft der Menschen ihren Fleischkonsum einzuschränken. Eine in den Artikeln häufig zitierte Studie der dpa belegt empirisch, dass 60% der Menschen in Deutschland freiwillig weniger Fleisch essen würden (FOCUS (1), 05.08.13); die empirische Datenlage steht damit der Struktur des Contra Veggie-Day Diskurses konträr gegenüber. Neben der empirisch belegten Bereitschaft der Menschen, das Veggie-Day Vorhaben anzunehmen, gibt es Anzeichen der Akzeptanz aus der Praxis: „Die grüne Idee hat sich teilweise schon durchgesetzt [...]“ (BILD (1), 05.08.13). „Dreißig deutsche Städte beteiligen sich bereits am Veggie-Day“ (TAZ (3), 10.08.13). Das zur Bundestagswahl viel diskutierte Veggie-Day Vorhaben scheint also lange nicht so „irre“ (BILD (2), 06.08.13) zu sein, wie es der Contra Veggie-Day Diskurs beschreibt, sondern ein erprobtes und durchaus auch akzeptiertes Vorhaben.

Während der Contra Diskurs die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahme fortwährend wiederholt und Beispiele und Zitate verwendet, um die widerständige Haltung (SPIEGEL ONLINE (2), 05.08.13) der Mensabesucher*innen und Bürger*innen zu betonen (vgl. Beispielhaft FOCUS (4), 13.08.13), verwendet der den Veggie-Day befürwortende Diskurs, die oben beschriebenen Erzählstränge als Fundament zur Begründung der politischen Legitimität das Veggie-Day-Vorhaben umzusetzen (vgl. Beispielhaft TAZ (1), 06.08.13).

Das Erzählelement, das die steuerungspolitische Maßnahme als legitim wertet, nimmt in der Debatte um den Veggie-Day eine wichtige Funktion ein. ber das Argument, dass die Maßnahme legitim ist, verknüpft sich das Narrativ der Mündigkeit mit dem Narrativ der Befürwortung bezüglich der von den Grünen vorgeschlagenen steuerungspolitischen Maßnahme.

Als legitim wird der Veggie-Day in dem Diskurs Pro Veggie-Day nicht nur gewertet, weil dieser die Selbstbestimmung wahrt, sondern auch, weil ein starkes Narrativ hinzugezogen wird. Das Narrativ

#5 *Fleischkonsum* problematisiert zum einen den gegenwärtigen empirisch belegten Fleischkonsum pro Kopf in Deutschland und verweist auf die möglichen positiven Effekte eines verringerten Fleischkonsums zum anderen. „Wir essen doppelt so viel Fleisch wie von Ernährungsexperten empfohlen.“ (TAZ (3), 10.08.13). Das ist nicht nur aus Gesundheitsaspekten problematisch. Viel Fleischkonsum bedeutet Massentierhaltung, die nicht nur aus ethischen Gründen verwerflich, sondern auch aus ökologischen Gesichtspunkten problematisch ist (SPIEGEL ONLINE (1), 09.08.13, TAZ (3), 10.08.13).

„Die Viehwirtschaft verbraucht für den Anbau von Tierfutter mit Abstand den größten Teil der Anbaufläche weltweit und verursacht fast ein Fünftel der Treibhausgasemissionen.“ (TAZ (1), 06.08.13)

„[D]er Konsum tierischer Produkte verschlimmert den globalen Hunger.“ (TAZ (4) 12.09.13) Denn „[dieser] gefährdet die weltweite Ernährungssicherheit.“ (TAZ (3), 10.08.13)

Konkret: „Weniger Fleisch zu essen sei gut für die Gesundheit, den Tier- und Klimaschutz.“ (FOCUS (1), 05.08.13)

Immer wieder bedienen sich Aussagen der Deutung, dass ein Veggie-Day und die Reduktion von Fleisch in der Ernährung gut ist für die Umwelt, das Klima, das Tierwohl, die menschliche Gesundheit und durchaus, wenn auch selten verwendet, für die Fleischqualität ist (vgl. beispielhaft BILD (1), 05.08.13, FOCUS (1), 05.08.13). Aus dieser Erzählung über die Problematik, sowie der abgeleiteten Sinnhaftigkeit des verringerten Fleischkonsums heraus, findet eine zusätzliche Unterstützung des Narrativ #4 *Liberalität* statt. Somit wird eine staatlich lenkende Maßnahme, zum Abwenden von Problemen als legitim bewertet. Zudem wird das Extra Erzählelement der Legitimität bedient, denn die Maßnahme wahrt die Mündigkeit der Konsument*innen und ist aus ökologischer und gesundheitlicher Perspektive sinnvoll. Nun sind alle Narrative und Erzählelemente des *Pro Diskurses* miteinander verknüpft und bilden innerhalb der Diskursstruktur eine hohe Plausibilität heraus.

Diese innere Struktur verschleiert jedoch die sprachliche und kontextabhängige Wirkung des Pro Veggie-Day Diskurses innerhalb der Artikel. Oftmals ist dieser Diskurs erzählerisch weniger überzeugungsstark dargestellt. Dem *Pro Diskurs* werden gern direkt Argumente des Contra Veggie-Day Diskurses gegenübergestellt. Auch werden das Narrativ #5 *Fleischkonsum* stärkende Aussagen des öfteren im Konjunktiv verfasst. Durch Formulierungen wie „Weniger Fleisch zu essen sei gut [...]“ (FOCUS (1), 05.08.13) erfährt dieses Erzählelement eine Schwächung.

Die mediale Erzählung Pro Veggie-Day kommt damit ganz klar zu dem Schluss, dass die, den Konsument*innen zustehende Mündigkeit nicht genommen wird, wenn an einem Tag der Woche das

Mensaangebot auf vegetarische und vegane Lebensmittel eingeschränkt wird. Innerhalb des den Veggie-Day befürwortenden Diskurses wird durch den Erzählstrang der Akzeptanz und Bereitschaft sich auch mal fleischfrei zu ernähren eine Erzählung vom Veggie-Day generiert, der die Mündigkeit jeder und jedes Einzelnen erhält. Die Absicht des Veggie-Days folgt global nachvollziehbaren Gründen, die eine Handlung notwendig machen.

Damit argumentiert der mediale Pro Veggie-Day Diskurs auf eben denselben Ebenen - Einschränkung, Akzeptanz und Absicht - die die im dritten Kapitel als notwendige und gemeinsam hinreichende Kriterien zur Einordnung einer Maßnahme auf der Mündigkeits- Bevormundungsskala identifiziert wurde (vgl. Abschnitt 3.2.). Während dort die Veggie-Day Maßnahme jedoch anhand dieser Kriterien als bevormundend eingeordnet wurde, gelingt es dem Diskurs Pro Veggie-Day eine Struktur mit hoher Plausibilität aufzubauen, die ein klares Bild des Mündigkeits- und Freiwilligkeitscharakters dieses Vorhabens entstehen lässt. Somit stehen sich die in der medialen Debatte erfüllten Kriterien denen aus Kapitel 3.2. diametral gegenüber

4.5.2. *Narrativ #2 - Bevormundung*

Nach der Kontextualisierung des ersten Narrativs #1 *Mündigkeit*, werden die Gegensätzlichkeiten in der erzählerischen-, bzw. medialen-, Deutungen der Wirklichkeit deutlich. Folglich stellt sich wie angekündigt das Narrativ #2 *Bevormundung*, als Teil des *Contra Veggie-Day Diskurses* der Erzählung der gewährten Freiwilligkeit und Mündigkeit gegenüber.

Der Diskurs *Contra Veggie-Day* stilisiert sich als klarer Diskurs gegen das Veggie-Day Vorhaben. Die Erzählung folgt grob folgendem Faden: Die Maßnahme bevormundet und entmündigt die Konsument*innen der öffentlichen Mensen. Die Sinnhaftigkeit oder Effektivität der Maßnahme werden angezweifelt. Die Maßnahme zur Reduktion von Fleischkonsum wird mit autoritären politischen Führungsstilen verglichen und darum als entmündigend abgelehnt. Spannend ist vor allem, wie konträr zur *Pro Veggie-Day* Erzählung auch innerhalb des *Contra Veggie-Day* Diskurses eine innere Logikstruktur mit einer hohen Plausibilität entsteht. Im Folgenden werden die Strukturen, vornehmlich um das Narrativ #2 *Bevormundung* herum, aufgedeckt, die eine Erzählung über die Illegitimität des Veggie-Days formen.

Das Narrativ #2 *Bevormundung* wird vor allem durch zwei Erzählelemente getragen, die wiederum durch ein *Extra-Erzählelement* unterstützt werden: Zum einen wird argumentiert dass die Maßnahme die Konsument*innen durch die intentional getroffene Vorauswahl des Speiseangebots entmündigt. So fasst die BILD den einschränkenden Charakter des Veggie-Days wie folgt zusammen: „Der mündige Bürger soll gerade nicht die Wahl haben. [...] Es wird gegessen, was auf den Tisch kommt.“ (BILD (4), 06.08.13). Dies gipfelt in den Vorwurf der Bevormundung durch die Maßnahme der Grünen Partei gegenüber den Bürger*innen. So stilisiert die BILD eine direkte Rede aus der

vermeintlichen Position der Grünen: „[W]as das ist, [was gegessen wird,] bestimmen wir!“ (BILD (4), 06.08.13).

Die fleischfreie Ernährung an einem Tag der Woche in öffentlichen Kantinen wird als absolutes Verbot (BILD (1) 05.08.13), als ein gesetzlich verordneter Verzicht (BILD (4), 06.08.13) wahrgenommen und als Mittel, die Menschen auf die „ökologisch korrekte Bahn [zu] zwingen“ (BILD (5), 07.08.13). Dass, das mit dem Selbstbestimmungsrecht der Bürger*innen vereinbar sei, konstatiert Angelika Beer (Grüne) in von den Medien häufig zitierten Aussagen und wundert sich nicht über den gesellschaftlichen Widerstand (FOCUS (2), 05.08.13). „Die Beschäftigten meuterten gegen den Veggie-Day, wollten sich einfach nicht vorschreiben lassen, auf Fleisch zu verzichten.“ (BILD (1), 05.08.13).

Es entsteht ein Bild der eingeschränkten Entscheidungsmöglichkeit und darum der Bevormundung, dass mit der Assoziation des persönlichen Freiheitsverlusts Zuspitzung findet. Der scheinbar unvermeidlich politisch aufgedrückte Verzicht der „Lieblingsspeise“ (BILD (2), 06.08.13) Fleisch stärkt nur noch mehr das Narrativ #2 *Bevormundung*. Plausibilität bekommt dieses Erzählelement durch die Grundannahme, dass Ernährungsfragen der persönlichen Freiheit jeder und jedes Einzelnen obliegen. „Die Deutschen sollen selber entscheiden, was sie essen wollen“ (FOCUS (3), 10.08.13). Das staatliche einmal wöchentliche Eingreifen in das Mensaangebot, also der Veggie-Day, wird als Vorschrift und damit als Einschnitt in die persönliche Freiheit gewertet (FOCUS (2), 05.08.13). So war es besonders Rainer Brüderle wichtig zu betonen, dass Freiheit bedeute ohne Vorschriften selbst zu bestimmen und zu entscheiden (FOCUS (1), 05.06.13). Deswegen ist das Selbstverständnis der Bürger*innen klar, sie dürfen das Selbstbestimmungsrecht in jedem Moment behalten: „Niemand muss Fleisch essen, aber jeder darf es, wann, so oft und wo er will.“ (TAZ (3), 10.08.13). Hinzu kommt die Überzeugung, dass die Menschen wissen, was gut für sie ist (TAZ (2), 05.08.2013).

Entsprechend wird dem Staat und allen Parteien (hier: insbesondere den Grünen) die Befugnis des Staates im Zusammenhang mit Ernährungsfragen abgesprochen steuerungspolitisch einzugreifen. „Weder [...] die Grünen oder eine andere Partei hat das Recht dem Bundesbürger vorzuschreiben, was er essen soll.“ (BILD (6), 12.08.13). Somit wird ein signifikant verändertes Mensaangebot, unabhängig der Absicht und der vegetarischen Angebotsvielfalt, als freiheitsberaubend und folglich als illegitimes staatliches Eingreifen abgelehnt. Der FOCUS fasst zusammen: „Wenn das nicht unfreiheitlich gedacht ist, weiß ich nicht, was Freiheit bedeutet“ und wertet den Veggie-Day als „Frontalangriff auf die Demokratie.“ (FOCUS (4), 13.08.13).

Auffällig ist, dass sich Aussagen in den Artikeln, zuordenbar zu Erzählelementen des Narrativ #2 *Bevormundung*, kaum trennen lassen von dem Narrativ #3 *staatliche Verbote*. Immer wieder schwingen generalisierte Aussagen über Parteipolitik und mögliche autoritäre Trends der forcierten Steuerungspolitik der Grünen mit. Der Veggie-Day wird als „anmaßender“ und „hochmütiger“ (BILD

(2), 06.08.13) staatspolitischer Lenkungsstil wahrgenommen, dem nicht zuletzt autoritäre Mentalitätselemente nachgesagt werden: „Die Grünen wollen von Berlin aus vorschreiben, wie wir im ganzen Land zu leben haben.“ (BILD (2), 06.08.13).

Ein wichtiger Baustein in der Argumentation der anmaßend genutzten Autorität des Staates, entsteht aus der Argumentation, dass die Politik aufgrund ihrer Distanz zu dem Leben der Bürger*innen, an deren Willen vorbei und über ihre Köpfe hinweg von Berlin aus entscheiden, was gut für alle „im ganzen Land“ ist (BILD (2), 06.08.13). Entsprechend der diskursiven Deutung folgen die Grünen der „hochmütigen“ (BILD (2), 06.08.13) Logik: „Wir wissen, was gut für euch ist, aber ihr noch nicht“ (FOCUS (2), 05.08.13). Damit distanzieren sich die Grünen mit ihrer Politik vom Bürger*innendialog und nähern sich einer zentralistischen, bürger*innenfernen Politik an. Das im Contra-Diskurs formulierte Rollenverständnis der Politik steht dem entgegen und sollte eigentlich die Aufgabe haben „stets zu versuchen die Menschen miteinzubeziehen, statt ihnen Vorschriften zu machen.“ (FOCUS (2), 05.08.13). Eine Einmischung der Politik verweist damit umso mehr auf die Distanz zwischen Politik und Bürger*innen und auf die Schlussfolgerung, dass sich so das Narrativ #2 Bevormundung bestätigt sieht.

Nicht nur die Maßnahme Veggie-Day wird als bevormundend angesehen, sondern die Grünen im Allgemeinen als Initiator*innen und Befürworter*innen des Veggie-Days, deren gesamte Parteipolitik, als „anmaßend“ (BILD (2), 06.08.13) entmündigend dargestellt.. “[...] unerträglich, wie die Grünen uns in diversen Bereichen des Privatlebens bevormunden“ (BILD (3), 06.08.13) und „Die Entmündigung der Bürger zieht sich bei den Grünen mittlerweile durch alle Politikbereiche!“ (BILD (6), 12.08.13)

Damit entheben sich Aussagen des Narrativ #2 *Bevormundung* oft der Inhaltsebene des Veggie-Days und beziehen eben jene parteipolitische Ebene generalisierend und oft auch polemisch mit ein. „Jener Veggie-Vorschlag löst die Dynamik der Unfreiheit, der totalen staatlichen Bevormundung, also letztlich die Dynamik des Totalitären aus.“ (FOCUS (4), 13.08.13)

Dieses, in sprachlicher Polemik häufig reproduziertes Bild der Distanz zwischen politischer Zielsetzung und bürgerlichem Willen, verweist nur allzu deutlich auf die in den Medien formulierte fehlende Akzeptanz, existierende Ablehnung und die Bereitschaft zum Widerstand gegen das Vorhaben (vgl. beispielhaft SPIEGEL ONLINE (2), 05.08.13, FOCUS (4), 13.08.13).

Fast vollständig ignoriert hingegen werden die Erzählelemente des Narrativ #5 *Fleischkonsum*, dessen sich der Pro Diskurs vornehmlich bedient. So wird das Element „die Maßnahme Veggie-Day trägt positiv zu dem problematischen Zustand der Umwelt, des Tierwohls und des Klimas bei“ nicht aufgegriffen. Nur in wenigen Artikeln wird innerhalb des *Contra Veggie-Day* Diskurses der derzeitige, politisch ungesteuerte Fleischkonsum in Deutschland tatsächlich als problematisch eingestuft. In

solchen Fällen sind fast ausschließlich die gesundheitlichen Folgen für die Menschen gemeint. Auffällig ist, dass das Narrativ #5 *Fleischkonsum* in dem *Contra Veggie-Day* Diskurs nicht als Deutungsschritt in weitere Erzählelemente mit einfließt. Somit ist in der Erzählstruktur nicht zu erkennen, dass das im Falle des Anerkennens des Zusammenhangs von gesundheitlichen Problemen und Fleischkonsum, zu veränderten Logikstrukturen in vereinzeltten Artikeln führen würde. Der Veggie-Day bleibt in der Erzählung eine übertriebene, bevormundende Maßnahme.

Dieses für den *Pro Veggie-Day* Diskurs starke Erzählelement, zur Legitimierung des temporären und lokalen Eingriffs in Ernährungsfragen der Bürger*innen, muss für eine plausible innere Logikstruktur des *Contra Veggie-Day* Diskurses in vielen Artikeln gar nicht entkräftet werden. Es taucht dann in der Erzählung einfach nicht als wichtiger Aspekt auf und wird damit zwischen den Zeilen ohnehin geschwächt durch die mit starken kulturellen Werten wie Freiheit und Mündigkeit angereicherte Erzählung der Entmündigung.

Nur in wenigen Artikeln tauchen dann drei Varianten auf Bezüge zu diesem Narrativ #5 *Fleischkonsum* herzustellen. Das Narrativ #5, als eigentlich global gültiges und nachvollziehbares Argument, wird mit folgenden Argumentationslogiken in die Erzählung des *Contra*-Diskurses selektiv aufgegriffen: „Zu viel Fleisch ist ungesund“ (BILD (3), 06.08.13) damit wird dem Erzählelement des *Pro Veggie-Day* Diskurses zugestimmt, jedoch dennoch jede Vorschrift diesbezüglich als „anmaßend“ abgelehnt. Es wird auch argumentiert, dass der Veggie-Day als Maßnahme. „in der Kantine das Klima retten zu wollen einfach absurd [ist]“ (BILD (4), 06.08.13). Oder das Narrativ #5 wird gänzlich vom Tisch gewischt, indem „Die Verbesserung der Welt“ als „das breiteste Einfallstor für Bevormundungen aller Art“ gewertet wird (BILD (4), 06.08.13). Letztes trifft auf fruchtbaren Deutungsboden, denn Bevormundung wurde bereits als freiheitsberaubend, demokratiefördernd, sowie illegitim gewertet und damit abgelehnt.

Eine Einschränkung wird im *Contra Veggie-Day* Diskurs als Entmündigung oder Bevormundung gewertet. Damit fällt die Gegensätzlichkeit der Deutung der Wirklichkeit auf, die von den beiden Diskursen jeweils konträr erzählt werden. Das dritte Kapitel ordnete den Veggie-Day als Maßnahme ebenfalls in der Kategorie „temporärer Verzicht“ einem hohen Bevormundungsgrad zu (vgl. 3.3.3.). Die erste Begründung liefert die Einschätzung, dass in dem Fall des konsequent fleischfreien eintägigen Angebots eine signifikante Einschränkung relevanter Handlungsoptionen entsteht. Zugleich geht die absichtlich einschränkende Handlung von einer Person aus, die aufgrund irgendwelcher Gründe eine Entscheidung fällt, welche die eingeschränkte Person betrifft. Zusätzlich weisen die Aussagen des *Contra Veggie-Day* Diskurses und auch das Kapitel 3 auf die fehlende Akzeptanz dieser Maßnahme hin.

Im Contra-Diskurs wird Mündigkeit als uneingeschränkte Entscheidungs- und Wahlfreiheit begriffen, Freiheit mit Mündigkeit in allen Lebensbereichen voraussetzungsvoll in Verbindung stehend definiert und Demokratie als Staatsform der Freiheit und ergo der Unterlassung jeglichen staatlichen Einmischens in Ernährungsfragen der Bürger*innen angesehen. Das kann als exakt konträre Deutungslogik verglichen zum Pro Diskurs verstanden werden. Die BILD fasst zusammen: „Wer mündige Bürger will, der muss sie auch so behandeln und darf nicht ständig versuchen, sie umzuerziehen.“ (BILD (2), 06.08.13)

Damit ergibt sich in dem Diskurs die Erzählung der Unvereinbarkeit eines Veggie-Days, also einer staatlichen Vorschrift mit der Wahrung der Mündigkeit der Bürger*innen (TAZ (3), 10.08.13) und damit mit einer liberalen, demokratischen Staatsordnung (FOCUS (4), 13.08.13). Es werden gleiche Begriffe Freiheit, Mündigkeit und Liberalität verwendet, jedoch ganz anders definiert. So entsteht ein erzählerisch starkes Narrativ der Bevormundung, als Teil des *Contra Veggie-Day* Diskurses mit einer hohen Plausibilitätskraft der Deutungsstrukturen.

4.5.3. *Narrativ #3 - Staatliches Verbot*

Das dritte in den Artikeln identifizierte Narrativ ist das Narrativ #3 *staatliches Verbot*. Bereits der Beginn der diskursiven Thematik mit dem BILD-Artikel unter dem Titel „Die Grünen wollen uns das Fleisch verbieten!“ stellt die Stoßrichtung klar – der Veggie-Day ist eine staatliche Intervention zu Lasten der Entscheidungsfreiheit der Bürger*innen. Damit ist das Narrativ #3 *staatliches Verbot* untrennbar mit dem Narrativ #2 *Bevormundung* verwoben. Das Narrativ der Bevormundung und deren (Extra) Erzählelemente bilden den basalen Deutungsschritt, um die Praktiken und steuerungspolitischen Zielstellungen der Grünen Politik derart abzulehnen und für illegitim zu werten.

Das Narrativ #3 *staatliches Verbot* zieht sich folglich durch die meisten analysierten Artikel und durch alle Medien, wenn auch mit unterschiedlichem Tonfall. So übertitelt der FOCUS wohlmeinend etwa mit einem Zitat der damaligen Grünen-Chefin mit „Wir sind keine Verbotsparterie“ (FOCUS, 10.08.2013) und listet hiernach die Verbote auf, welche die Grünen aufheben wollten: „das Adoptionsverbot für eingetragene homosexuelle Paare, das Verbot der Mehrstaatlichkeit (...)“. Die BILD dagegen listet in einem ähnlichen Artikel umgekehrt die Verbotsforderungen auf, die es nicht „ins Programm geschafft“ haben, aber zu irgendeinem Zeitpunkt einmal von Grünen geäußert wurden: „Plastiktüten (...), Motorroller mit Verbrennungsmotor (...), Ponyreiten auf Jahrmärkten (...), 1. Bahnklasse (...)“ (BILD, 08.08.2013). Selbstverständlich sind die Grünen konsequenterweise „die grüne Verbotsparterie“ mit ihren „Verbotsfantasien“ (a.a.O.). Auf diese Art (re-)produziert der Diskurs eine zugespitzte Erzählung über die Grünen als Bevormundungs- und Verbotsparterie, sowie einer verbotsorientierten Steuerungspolitik der Grünen.

Doch auch die andere Seite des politischen Spektrums äußert sich ähnlich: bei der TAZ „streitet Deutschland, ob es sich von den Grünen das Fleisch verbieten lassen soll“ (TAZ, 12.08.2013), gefolgt von einer Reportage aus Bremen, wo der „Veggie-Day-Staatsterror“ (a.a.O.) seit 2011 im Koalitionsvertrag verankert ist (meint: in Bremen ist seit damals der Donnerstag als fleischfreier Tag in öffentlichen Kantinen vorgesehen). Der offensichtliche und TAZ-typische Sarkasmus ändert nichts an den Umständen der gewählten Begrifflichkeiten, die den Veggie-Day als eine staatliche Intervention gegen den Willen der Bürger*innen illustriert.

Andere Artikel verfolgen die erzählerische Ablehnung staatlicher Intervention in Ernährungsfragen noch ein wenig konsequenter und wittern die Umerziehung und machen den „Faktencheck: Ist der Veggie-Day ein Schritt in Richtung Ökodiktatur?“ (SPIEGEL 09.08.2013). Auch wenn die Antwort erwartungsgemäß negativ ausfällt: begrifflich entwickelt das Verbot in nicht wenigen Artikeln eine Eskalationsspirale zur Diktatur oder auch gleich zum „Ökofaschismus“ (TAZ, 12.08.2013). Durch ganz unterschiedlich verwendete Sprache und sprachliche Mittel entsteht die Erzählung einer grünen Politik mit erkennbaren autoritären Mentalitätselementen, die nicht zuletzt aufgrund der Distanz zu den Bürger*innen deren Willen und ihren Bedürfnissen nicht entspricht. Entscheidend für diesen Deutungsschritt ist das feststellen, dass Ernährungsfragen Teil der persönlichen Freiheit sind, die ein liberaler Staat den mündigen Bürger*innen gewähren muss. Damit wird im Gegensatz zum *Pro Veggie-Day* Diskurs dem Staat die Befugnis abgesprochen in Ernährungsfragen zu intervenieren und diese zu lenken. Folglich wird aufbauend auf die Logikstruktur des Contra-Diskurses der Veggie-Day, aufgrund fehlender Legitimität diesen umzusetzen, als steuerungspolitisches Vorhaben strikt abgelehnt.

Insgesamt weist das Narrativ # 3 *staatliche Lenkung* eine erhebliche Schnittmenge mit dem Narrativ der Bevormundung auf. Allerdings stellt das Verbot eine eigene Qualität dar, da es eine zusätzliche grundlegende Falschdarstellung enthält: Die Idee der Grünen war niemals ein Verbot im Sinne einer staatlichen Anordnung, etwas zu unterlassen³². Der Vorschlag zum Veggie-Day enthielt einzig eine Angebotseinschränkung öffentlicher Kantinen an einem Tag der Woche auf vegetarische und vegane Gerichte. Die hier analysierte Medienlandschaft hat dies in kürzester Zeit in eine staatliche Intervention höchster Stufe umgewandelt, die vielen Wähler*innen im wahrsten Sinn des Wortes „nicht geschmeckt“ haben dürfte.

4.5.4. Narrativ #4 - Liberalismus

Das letzte identifizierte Narrativ wird von uns als Liberalismus bezeichnet und ist etwas diffuser zu begreifen. Am offensichtlichsten wird es z. B. in Zitaten grüner Politiker*innen, die für die Idee des

³² Duden zum Verbot: „Befehl, Anordnung, etwas Bestimmtes zu unterlassen“.

Veggie-Days werben wollen, so etwa Claudia Roth im FOCUS: „Wir setzen auf Freiwilligkeit, auf Überzeugungskraft“ (FOCUS, 10.08.2013). Damit stimmt sie wohl ungewollt inhaltlich überein mit Rainer Brüderle (FDP), der sich etwa in der TAZ äußert mit: „Die Menschen sind klug genug, selbst zu entscheiden, wann sie Fleisch und Gemüse essen und wann nicht.“ (TAZ, 05.08.2013). Hier zeigt sich erneut, dass die Grünen die Idee anders meinten, als sie diskursiv kommuniziert und verstanden wurde. Medial wurde weit überwiegend die Bevormundung oder das Verbot thematisiert, wenngleich der Vorschlag im Wesentlichen ein Anreiz zu verändertem Konsumverhalten sein sollte. Die überraschenden Gemeinsamkeiten von Grünen und FDP in der Debatte illustrieren, dass mit einer ähnlichen Argumentation teils pro, teils contra Veggie-Day agiert wurde.

Das Narrativ des Liberalismus wird medial in gewisser Weise als Gegenpol zum staatlichen Verbot benutzt und somit negativ definiert durch das, was die Grünen eben anscheinend gerade nicht sind. Zum Problem wird dabei, dass die Grünen sowohl von sich selbst, als auch den Medien als liberale Partei begriffen werden und dem natürlich nicht gerecht werden können, wenn der Veggie-Day als Verbot begriffen wird. So analysiert etwa der FOCUS:

„Wenn man den grünen Veggie-Vorschlag von A bis Z bedenkt, besteht das unverschämte Unerhörte, zutiefst Udemokratische, geradezu Erziehungsdiktatorische darin, dass DER STAAT bestimmen solle, was, wo und wie viel jeder Einzelne von uns darf, kann oder muss.“ (13.08.2013)

Diesem Grundgedanken entsprechend äußern viele der Artikel, dass der Veggie-Day ja eine tolle Sache wäre, dem viele bereits ohnehin entsprechen, aber eben aus eigenem Antrieb. So veröffentlicht etwa der SPIEGEL in einem Interview die Aussage:

„Ehrlicherweise muss man sagen, dass die Forderung nach einem einzigen vegetarischen Tag in der Woche eine Nichtigkeit ist. Der Veggie-Day ist aber ein Symbol für Bevormundung und das kommt bei vielen Leuten schlecht an.“ (15.08.2013)

Die Absurdität des Narrativs liegt darin, dass die Grünen lediglich forderten, ein Veggie-Day solle Standard werden und die Umsetzung im Wesentlichen eben gerade den Bürger*innen selbst überließe – im Kern also ein liberaler Umgang mit einem Thema, bei dem angesichts von Massentierhaltung, Übergewicht, Klimawandel und weltweitem Nahrungsmittelbedarf durchaus auch schärfere Maßnahmen angebracht wären. Die Medien selbst haben erst das Narrativ des staatlichen Zwangs bedient, um dann etwas Gegensätzliches einzufordern – zum Schaden der Grünen, die von Beginn an keinen Zwang suchten und denen durch die mediale Darstellung des steuerpolitischen Veggie-Day Vorhabens jegliche Glaubwürdigkeit diesbezüglich genommen wurde.

4.6. Fazit

Dieser Teil des Forschungsprojekts setzt sich mit der Analyse von politischen Steuerungsmaßnahmen zu einem nachhaltigeren Konsumverhalten auseinander. Der Fokus liegt dabei auf der Reduktion des Fleischkonsums und auf Maßnahmen, die diese zum Ziel haben - umgesetzt, beziehungsweise gefordert, von Mensen und der Partei Bündnis 90/ Die Grünen.

Der vorliegende Beitrag zur Analyse der medial verbreiteten und produzierten Veggie-Day-Debatte betrachtet in diesem Kontext die gesellschaftliche Makroebene. Mit dem Fokus auf der realpolitisch und gesellschaftlich breit diskutierten Maßnahme des Veggie-Days soll ein Zusammenhang zum politischen Tagesgeschäft hergestellt werden. Damit dient die Auseinandersetzung mit der Debatte zur Zeit des Bundestagswahlkampfs 2013 als Beispiel einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Nachhaltigkeitsmaßnahmen, der nicht zuletzt für die Umsetzung künftiger Maßnahmen und Ideen vielfältige Hinweise liefert.

Diese Diskursanalyse ging der Frage nach, wie Maßnahmen zu einem nachhaltigeren Konsumverhalten in der Öffentlichkeit aufgenommen und reproduziert werden. Konkret wurden mediale Reaktionen auf den Vorschlag der Grünen, bundesweit einen Veggie-Day einzuführen, betrachtet. Narrative der Medien wurden exemplarisch ausgearbeitet, um zu verstehen weshalb der Vorschlag der Grünen so weitreichende Ablehnung fand, die Partei ein besseres Ergebnis in der Wahl kostete und deren öffentlicher Wahrnehmung bis heute anhängt.

Es zeigte sich, dass im Rahmen von vier von uns identifizierten Narrativen die Narrative der Bevormundung und des Verbots den Diskurs stark dominierten und weite Teile der medialen Landschaft somit ein stark negativ konnotiertes Bild des Veggie-Days transportierten. Das bevormundende Element wurde derart in den Vordergrund gestellt, dass völlig in Vergessenheit geriet, dass sich der Vorschlag lediglich auf eingeschränkte Orte (öffentliche Mensen) bezog und keinesfalls einem Verbot des Fleischkonsums nahekommen sollte. So transportierte der Diskurs das Bild einer Partei und einer Idee, welche teilweise mit Diktaturen und Faschismus gleichgesetzt wurde. Obwohl eine derartige Überzeichnung im „Sommerloch“ und einem insgesamt an Höhepunkten recht armen Bundestagswahlkampf sicherlich auch ein medientheoretisch hoch problematisches Phänomen ist, zeigt sich doch, dass die deutsche Öffentlichkeit auf politisch verordnete Nachhaltigkeitsmaßnahmen nicht wohlwollend reagiert. Dies beeinflusste die Bürger*innen sicherlich nicht unerheblich in deren Wahlverhalten und führte zu einer weiteren Emotionalisierung der Debatte um nachhaltigen Konsum. Das dürfte auch ein Grund sein, weshalb bislang kein weiterer politischer Akteur mehr gewagt hat, einen fleischfreien Tag umzusetzen, obwohl dies in der Bevölkerung durchaus Unterstützung findet und ökologisch wie medizinisch relativ unstrittig sinnvoll wäre. Insbesondere vor dieser Blaupause einer gescheiterten Steuerungsmaßnahme zeigt sich, dass

zukünftig eine völlig andere Art von Öffentlichkeitsarbeit notwendig wäre, sollte eine solche Maßnahme nochmals angegangen werden. Die Debatte um den Veggie-Days kann hierbei nur ein extremes Beispiel dafür liefern, dass eine Akzeptanz von Einschränkungen des Konsums für eine nachhaltigere Gesellschaft schwierig zu erreichen ist.

5. Gesamtfazit

In Anbetracht der Tatsache, dass sich das Ernährungsverhalten in Ländern des Globalen Nordens drastisch verändern muss, um die weltweiten Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren, setzte sich die Themenklasse 2018/19 mit Steuerungsmaßnahmen für ein nachhaltigeres Konsumverhalten auf mehreren Ebenen auseinander. Konkret haben wir Maßnahmen zur Reduktion des Konsums tierischer Produkte betrachtet – wie sie von deutschen StWs in universitären Mensen umgesetzt werden und wie sie 2013 von der Partei Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen wurden.

Der erste Teil dieses Berichts betrachtete Maßnahmen, die StWs in Deutschland durchführen, um den Anteil vegan-vegetarischer Speisen zu erhöhen, ohne ihren sozialstaatlichen Verpflegungsauftrag zu verletzen. Anstatt an einigen Tagen oder Orten komplett auf Fleisch zu verzichten (durch Veggie-Tage oder Veggie-Mensen), setzen die meisten StWs auf kreative Formate, um vegan-vegetarische Gerichte beliebter zu machen und das Angebot langfristig auszuweiten. Eine Einbindung der Studierenden, beispielsweise durch Feedbackmöglichkeiten, und Kooperationen mit Partnern außerhalb der StWs können dabei helfen innovative Maßnahmen zu entwickeln.

Der zweite Teil reflektierte die Begriffe Mündigkeit und Bevormundung anhand von Beispielmaßnahmen aus der Praxis von universitären Mensen. Ob eine Maßnahme bevormundend ist oder nicht, hängt vom Kontext ab, der in diesem Fall durch den Verpflegungsauftrag der StWs bestimmt wird. Als Bevormundung definieren die Autor*innen eine Einschränkung von Handlungsoptionen die absichtlich erfolgt und außer Acht lässt, ob die eingeschränkten Personen diese Absicht teilen oder ablehnen. Auch wenn einige StWs mehr oder weniger stark bevormundende Maßnahmen umsetzen, ist Bevormundung an sich nicht per se schlecht. Wenn solche Maßnahmen erfolgreich dazu beitragen das Speiseangebot nachhaltiger zu gestalten, können diese durchaus wünschenswert sein.

Der dritte Teil ging der Frage nach, wie Maßnahmen zu einem nachhaltigeren Konsumverhalten in der Öffentlichkeit aufgenommen und deren Wahrnehmungen reproduziert werden. Der mediale Diskurs, der 2013 auf den Veggie-Day Vorschlag der Grünen folgte, war von Narrativen der Bevormundung und des Verbots dominiert, die Debatte wurde stark emotionalisiert und ein Vorschlag der sich auf öffentliche Mensen beschränkte, wurde als allgemeines Fleischverbot ausgelegt. Das Beispiel zeigt, wie schwierig es ist Akzeptanz für Maßnahmen und die Bereitschaft zu Veränderungen im Konsumverhalten gesellschaftlich zu etablieren.

Wie möchten wir uns in Zukunft ernähren?

Unsere Ernährung wirkt sich nicht nur auf unser individuelles, sondern auch auf unser kollektives Wohlbefinden aus. Denn wenn sich unser Ernährungsverhalten nicht verändert, werden Umweltdegradation und Klimawandel weiter beschleunigt. Deswegen muss diese Frage, wie die

Ernährung der Zukunft aussehen soll, gesellschaftlich debattiert werden. Nur in einer offenen Debatte können neue Ideen und Ansätze entwickelt werden, die uns letztlich zu einer klimagerechten Ernährung führen. Aber wie kann eine solche Debatte überhaupt aussehen? Diese Frage ergibt sich aus unseren Forschungsbeiträgen und stellt uns somit vor einen größeren Forschungsauftrag, der nicht innerhalb der Wissenschaft, sondern innerhalb der gesamten Gesellschaft geklärt werden muss.

6. Literaturverzeichnis

Albert-Schweitzer-Stiftung, N.N. 2016. 50 % des Mensa-Angebots vegetarisch-vegan. Online verfügbar: albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/50-prozent-mensa-angebot-vegetarisch-vegan (abgerufen am 13.03.2019).

Bündnis 90/Die Grünen. 2013. Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben, Einmischen, Zukunft Schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013. 1-327.

Cantow, M., Fehndrich, M., Schneider, A., Zicht, W. 2017. Wahlrecht.de. Online verfügbar: <https://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bundestag.htm> (abgerufen am 07.04.2019).

Cremer, N., Kallee, D., Lutze, J., Rittner, M., Sladek, A. 2018. Ein Klima-Siegel für die Außer-Haus-Verpflegung: Befragung zur Bekanntheit des Klimabaums und seiner Kriterien in den Mensen des studierendenWERKS BERLIN. Bericht der Deutschlandstipendium-Themenklasse Nachhaltigkeit und Globale Gerechtigkeit 2017/18. Online verfügbar: https://www.iri-thesys.org/education/deutschlandstipendium/themenklasse-2017-18/umfrage-zum-klimabaum_abschlussbericht-der-themenklasse-2017_18.pdf (abgerufen am 30.05.2019).

Coskun, A., Kathrin, L., Rupieper, K. 2018. Wegwerfbecher im Studierendenwerk Berlin. Ein Forschungsentwurf zur Untersuchung der Auswirkungen auf das studentische Konsumverhalten hinsichtlich der Wegwerfbecher der Mensen und Cafes des Studierendenwerks Berlin. Online verfügbar: <https://www.iri-thesys.org/education/deutschlandstipendium/themenklasse-2018-19/becher/research-and-transformation> (aufgerufen am 27.06.2019).

Deutsches Studentenwerk. N.N. 2014 (a). Studentenwerke mit neuen Qualitätsleitlinien in der Hochschulgastronomie. Online verfügbar: [/www.studentenwerke.de/de/content/studentenwerke-mit-neuen](http://www.studentenwerke.de/de/content/studentenwerke-mit-neuen) (abgerufen am 30.01.2019).

Deutsches Studentenwerk, N.N. Ohne Datum (b). Qualitätsleitlinien der Studentenwerke. Online verfügbar: www.studentenwerke.de/de/content/qualit%C3%A4tsleitlinien-der-studentenwerke (abgerufen am 30.01.2019).

Deutsches Studentenwerk, N.N. Ohne Datum (c). Nachhaltige Einkaufsrichtlinien. Online verfügbar: www.studentenwerke.de/de/content/nachhaltige-einkaufsrichtlinien (abgerufen am 06.04.2019).

Dworkin, G. 2017. "Paternalism". The Stanford Encyclopedia of Philosophy (Winter 2017 Edition), Edward N. Zalta (Hg.). Online verfügbar: www.plato.stanford.edu/archives/win2017/entries/paternalism/ (abgerufen am 15.04.2019).

Foucault, M. 1993. Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Ralf Konersmann. Fischer Taschenbuch Verlag Wissenschaft, Frankfurt am Main.

Gadinger, F., Jarzebski, S., Yildiz, T. 2014 (a). Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie, In: Politische Narrative - Konzepte, Analysen, Forschungspraxis. Frank Gadinger, Sebastian Jarzebski, Taylan Yildiz (Hrsg.), Springer VS, Wiesbaden, 3-38.

Gadinger, F., Jarzebski, S., Yildiz, T. 2014 (b). Vom Diskurs zur Erzählung. Möglichkeiten einer politikwissenschaftlichen Narrativanalyse, PVS, 55. Jg., 1/2014, 67-93.

Geisenhanslüke, A. 2001. Literatur und Diskursanalyse. In: Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken. Marcus S. Kleiner (Hg.), Campus Stud, 60-71.

Kant, I. 1784. "Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?" in: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik I, Werkausgabe in 12 Bänden Bd. XI, Frankfurt 1968, 53-61.

Klima Ohne Grenzen. 2013. Ermittlung der Klimabilanz für die in Mensen und Cafeterien des Studentenwerkes Berlin verwendeten Nahrungs- und Genussmittel.

Korte, K. (Hrsg). 2015. Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Springer VS, Wiesbaden. DOI: DOI 10.1007/978-3-658-02915-9

Ölander, F., Thøgersen, J. 2014. Informing Versus Nudging in Environmental Policy, Journal of Consumer Policy, 37(3), 341-356

PETA.N.N. 2017. PETA zeichnet die vegan-freundlichste Mensa 2017 aus. Online verfügbar: www.peta.de/mensa-2017 (abgerufen am 13.04.2019).

PETA, N.N. 2018. PETA zeichnet die vegan-freundlichste Mensa 2018 aus. Online verfügbar: www.peta.de/mensa-2018 (abgerufen am 13.04.2019).

Poore, J., & Nemecek, T. 2018. Reducing food's environmental impacts through producers and consumers. Science, 360, 987-992.

- Probst, L. 2015. Bündnis 90/Die Grünen: Absturz nach dem Höhenflug. In: Die Parteien nach der Bundeswahl 2013. Niedmayer, Oskar (Hrsg.), Springer Fachmedien, Wiesbaden, 135-158.
- Schlosser, M. 2015. "Agency", The Stanford Encyclopedia of Philosophy (Fall 2015 Edition), Edward N. Zalta (Hg.). Online verfügbar: <https://plato.stanford.edu/archives/fall2015/entries/agency/> (abgerufen am 17.04.2019).
- Schünemann, W. 2014. Subversive Souveräne. Vergleichende Diskursanalyse der gescheiterten Referenden im europäischen Verfassungsprozess. Veröffent. Diss., Universität Koblenz-Landau, 2012. Reiner Keller (Hrsg.), Springer VS, Wiesbaden.
- Seitter, W. 2001. Politik der Wahrheit. In: Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken. Marcus S. Kleiner (Hg.), Campus Stud, 154-168.
- Spiegel Online, N.N. 2016. Geil, es ist SchniPo-Tag. Online verfügbar: www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/mensaessen-schnitzel-pommes-currywurst-und-vegan-a-1100654.htmlgl (abgerufen am 7.4.2019).
- Springmann, M., Godfray, H. C. J., Rayner, M., & Scarborough, P. 2016. Analysis and valuation of the health and climate change cobenefits of dietary change. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 1-6.
- Steinfeld, H., Gerber, P., Wassenaar, T., Castel, V., Rosales, M., & de Haan, C. 2006. Livestock's long shadow. Environmental issues and options. Food and Agriculture Organization.
- Ströbele, C. 2013. Der Fleischkonsum steigt mit dem Einkommen, Zeit. Online verfügbar: www.zeit.de/lebensart/essen-trinken/2013-08/umfrage-fleischkonsum-veggie-day (abgerufen am 15.04.2019).
- Straub, J. 2010. Erzähltheorie/ Narration. In: Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Güther Mey, Katja Mruck (Hrsg.), Springer Fachmedien, Wiesbaden, 136-149.
- Studierendenwerk Essen-Duisburg (k.A.) Mensa, wir müssen reden! Feedback beim Mensa-Stammtisch. Online verfügbar: <https://www.stw-edu.de/gastronomie/veranstaltungen/mensa-stammtisch/> (abgerufen am 27.05.2019).
- Tubiello, F., Salvatore, M., R., C. G., Ferrara, A., Rossi, S., Biancalini, R., Federici, S., Jacobs, H., Flammini, A. 2014. Agriculture, Forestry and Other Land Use Emissions by Sources and Removals by Sinks. Food and Agriculture Organization Statistics Division, Working Paper Series.

Umweltbundesamt N.N. 2015. Ernährung der Deutschen belastet das Klima. Online verfügbar: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/478/dokumente/pi-2015-45_ernaehrung_der_deutschen_belastet_das_klima.pdf (abgerufen am 15.04.2019).

United Nations, 21.07.2017. World population projected to reach 9.8 billion in 2050, and 11.2 billion in 2100. Online verfügbar: <https://www.un.org/development/desa/en/news/population/world-population-prospects-2017.html> (abgerufen am 08.05.2019).

Vermeulen, S. J., Campbell, B. M., & Ingram, J. S. I. 2012. Climate Change and Food Systems. The Annual Review of Environment and Resources, 37, 195-222.

Werkswelt, N.N. 2018. Veggie Zone St. Paul erhält Marketing.Award 2018. Online verfügbar: www.werkswelt.de/?post=veggie-zone-st-paul-erhalt-marketingaward-2018 (abgerufen am 13.04.2019).

Wilson, G. & Shpall, S. 2016. "Action". The Stanford Encyclopedia of Philosophy (Winter 2016 Edition), Edward N. Zalta (Hg.). Online verfügbar: <https://plato.stanford.edu/archives/win2016/entries/action/> (abgerufen am 17.04.2019).

Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik beim BMEL. 2015. Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. Gutachten. Berlin.

Zillien, N., Lenz, T. 2008. Medien und Gesellschaft. In: Lehr(er)buch Soziologie. Für die pädagogischen und soziologischen Studiengänge. Willems, Herberg (Hrsg.), Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Band 1, 435-454.

Analysierte Artikel aus Kapitel 4

BILD (1): Politiker fordern Vegetarier-Tag in öffentlichen Kantinen. Die Grünen wollen uns das Fleisch verbieten! 05.08.2013. <https://www.bild.de/politik/inland/vegetarisch/gruene-wollen-einmal-die-woche-inkantinen-fleisch-verbieten-31661266.bild.html> (abgerufen am 15.03.2019)

BILD (2): Grüne Umerziehung – genug ist genug! 06.08.2013. <https://www.bild.de/news/standards/bild-kommentar/gruene-umerziehung-genug-ist-genug-31676880.bild.html> (abgerufen am 15.03.2019)

BILD (3): KOMMENTAR ZUR GRÜNEN-IDEE. Veggie-Day? Ja, bitte! 06.08.2013. [HTTPS://WWW.BILD.DE/POLITIK/INLAND/VEGETARISCH/VEGGIE-DAY-JA-BITTE-31691842.BILD.HTML](https://www.bild.de/politik/inland/vegetarisch/veggie-day-ja-bitte-31691842.bild.html) (abgerufen am 15.03.2019)

BILD (4): KOMMENTAR ZUR GRÜNEN-IDEE. Veggie-Day? Nein, danke! 06.08.2013.

[HTTPS://WWW.BILD.DE/POLITIK/INLAND/VEGETARISCH/VEGGIE-DAY-NEIN- DANKE-31691844.BILD.HTML](https://www.bild.de/politik/inland/vegetarisch/veggie-day-nein-danke-31691844.bild.html) (abgerufen am 15.03.2019)

BILD (5): Grüne machen unser Land zur Bevormundungs-Republik. 07.08.2013.

[https://www.bild.de/politik/kolumnen/hugo-mueller-vogg/das-muss-doch-mal-gesagt- werden-31739792.bild.html](https://www.bild.de/politik/kolumnen/hugo-mueller-vogg/das-muss-doch-mal-gesagt-werden-31739792.bild.html) (abgerufen am 15.03.2019)

BILD (6): VEGGIE-DAY So lacht Deutschland über die Gaga-Idee der Grünen. 12.08.2013.

[HTTPS://WWW.BILD.DE/POLITIK/INLAND/DIE-GRUENEN/GAGA-IDEE-VEGGIE-DAY-ODER-EINE-GRUENE-PUNKTLANDUNG-SO-DISKUTIERT-DEUTSCHLAND-31681228.BILD.HTML](https://www.bild.de/politik/inland/die-gruenen/gaga-idee-veggie-day-oder-eine-gruene-punktlandung-so-diskutiert-deutschland-31681228.bild.html) (abgerufen am 15.03.2019)

FOCUS (1): Fleischloser Tag. Grüne fordern verpflichtenden Vegetarier-Tag in Kantinen. 05.08.2013.

https://www.focus.de/politik/deutschland/gegen-den-fleischkonsum-gruene-fordern-verpflichtenden-vegetarier-tag-in-kantinen_aid_1062625.html (abgerufen am 15.03.2019)

FOCUS (2): Veggie-Day, Tüten-Geld und Tempolimit. „Verbotsmentalität“ ärgert selbst Ur-Grüne.

05.08.2013. [https://www.focus.de/politik/deutschland/tid-32754/die-lizenz-zum-vorschreiben-veggie-tag-tueten-abgabe-tempolimit-die-bevormundungs-wut-der-gruenen-vorschriften-fuers-fliegen-autofahren-und- heizen_aid_1063314.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/tid-32754/die-lizenz-zum-vorschreiben-veggie-tag-tueten-abgabe-tempolimit-die-bevormundungs-wut-der-gruenen-vorschriften-fuers-fliegen-autofahren-und-heizen_aid_1063314.html) (abgerufen am 15.03.2019)

FOCUS (3): Kanzlerkandidat gegen den Wurst-Verzicht. Grünen-Chefin Roth: Wir sind keine

Verbotspartei. 10.08.2013. https://www.focus.de/politik/deutschland/kanzlerkandidat-gegen-den-wurst-verzicht-gruenen-chefin-roth-wir-sind-keine-verbotspartei_aid_1067929.html (abgerufen am 15.03.2019)

FOCUS (4): Frontalangriff auf die Demokratie. Bald verordnen die grünen Tugendtyrannen

Deutschland noch einen „Sex-Day“. 13.08.2013. https://www.focus.de/politik/experten/wolffsohn/frontalangriff-auf-die-demokratie-schon-bald-verordnen-die-gruenen-tugendtyrannen-deutschland-noch-einen-sex-day_id_3078296.html (abgerufen am 15.03.2019)

SPIEGEL (1): "Veggie Day". Die Furcht vor der grünen Umerziehung. 09.08.2013.

<http://www.spiegel.de/polik/deutschland/veggie-day-gruene-regen-fleischverzicht-an-a-915657.html> (abgerufen am 15.03.2019)

SPIEGEL (2): Fleischloser Tag. Heftiger Widerstand gegen "Veggie Day" der Grünen. 05.08.2013.

<http://www.spiegel.de/polik/deutschland/fleischloser-tag-widerstand-gegen-veggie-day-der-gruenen-a-914949.html> (abgerufen am 15.03.2019)

SPIEGEL (3): Ernährungspsychologe Ellrott. "Der Mann 2.0 kann auch Gemüse grillen". 15.09.2013. <http://www.spiegel.de/panorama/gesellscha/ernaehrungspsychologe-ellro-ueber-veggie-day-und-fleischverzicht-a-921380.html> (abgerufen am 15.03.2019)

TAZ (1): Der sonntaz-Streit- Ist ein Veggie Day geboten? 06.08.2013. <https://www.taz.de/Archiv-Suche/%215061785%26s%3Dveggie%2Bday/> (abgerufen am 15.03.2019)

TAZ (2): Fleischverzicht als Wahlkampfthema. Grüne fordern Veggie Day. 05.08.2013 <https://www.taz.de/Archiv-Suche/%215061858%26s%3Dveggie%2Bday/> (abgerufen am 15.03.2019)

TAZ (3): Ist ein Veggie Day geboten? Ja. 10.08.2013. <https://www.taz.de/Archiv-Suche/%21460894%26s%3Dveggie%2Bday%26SuchRahmen%3DPrint/> (abgerufen am 15.03.2019)

TAZ (4): Kommentar Umfragetief Grüne. Mut zum Verzicht. 12.09.2013 <https://www.taz.de/Archiv-Suche/%215059345%26s%3Dveggie%2Bday/> (abgerufen am 15.03.2019)

TAZ (5): Streit um Fleischkonsum. In der grünen Hölle. 12.08.2013. <https://www.taz.de/Archiv-Suche/%215061444%26s%3Dveggie%2Bday/> (abgerufen am 15.03.2019)

Filme

N.N., 2011: KlimaTeller - Der leckere Klimaschutz - Werbefilm, Perspektive Media. Online verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=85Ha5c5c2hY> (abgerufen am 03.03.2019)

7. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das StW Erlangen-Nürnberg wirbt mit frischen Zutaten für vegan-vegetarische Gerichte. <https://www.facebook.com/Mensa.Nuernberg/> (abgerufen am 3.3.2019)

Abbildung 2: Kennzeichnung des StW Berlin. Die 'Gastronomische Ampel', unten rechts, steht für eine medizinisch-ernährungsphysiologische Gesamtbewertung der Gerichte, basierend auf Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. https://www.stw.berlin/mensen.html#jump_faq, <https://www.stw.berlin/mensen/themen/speiseleitsystem.html> (abgerufen am 24.04.2019)

Abbildung 3: Konsum von Heißgetränken in Berliner Mensen nach Servierart, online verfügbar: <https://www.stw.berlin/mensen/themen/pappesatt.html> (aufgerufen am 27.06.2019)

Abbildung 4: Bevormundungsskala, entwickelt auf Basis von Beispielen aus der Hochschulgastronomie (eigene Abbildung).

Abbildung 5: Pro und Contra-Narrative zum Veggi-Day (eigene Abbildung)

**Deutschland
STIPENDIUM**

Wir sind dabei

Die Themenklasse *Nachhaltigkeit
& Globale Gerechtigkeit* wird
unterstützt durch die:



Humboldt-Universität zu Berlin
IRI THESys
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Offices: Friedrichstr. 191, 10117 Berlin

Joining minds for sustainable pathways

At IRI THESys, the Integrative Research Institute on Transformations of Human-Environment Systems, scientists from humanities, social and natural sciences collaborate to solve interdisciplinary research questions related to the societal challenges of transforming human-environment systems.

www.iri-thesys.org